



Als Präsident des Bundeskriminalamtes (1971-1981) mit dem Terror der Baader-Meinhof-Bande konfrontiert, hat Horst Herold die Methoden der Elektronischen Rasterfahndung entwickelt und perfektioniert, dafür aber nicht nur Beifall geerntet. WELT-Autor Herold begründet, warum im Einsatz gegen die Schwerkriminalität auf die Hilfe von Computer nicht verzichtet werden kann. Er fordert vom Gesetzgeber: „Die Polizei darf nicht länger gezwungen sein, auf wirksame und zugleich datenschutzgerecht gestaltete Waffen im Kampf gegen das Verbrechen zu verzichten.“ Seite 6

Explosive Lage in Manila. Will Marcos Wahl ignorieren?

Oppositionsbewegung: Corazon Aquino führt / Kirche sieht Gefahren

PETER ISELI, Manila „Landsleute, hier spricht Corazon Aquino. Der Marcos-Fluch ist gebrochen.“ Die 53jährige Oppositionsführerin nahm frühzeitig den Sieg der Präsidentenwahl auf den Philippinen für sich in Anspruch. Etwas früh, so scheint es und nicht ohne taktische Hintergedanken forderte Frau Aquino den amtierenden Präsidenten Ferdinand Marcos zu einer friedlichen Übergabe der Macht auf. Marcos denkt aber offensichtlich nicht an Aufgabe. Er will von seinen Machtbefugnissen Gebrauch machen. Und die reichen bis zur Annulierung der Wahl. Was dann geschehen würde, wagt niemand vorzusagen. Seit der Schließung der Wahllokale am Freitagmorgen herrschen in der Hauptstadt Manila Chaos, Unsicherheit und Spannung, die durch drei widersprüchliche Auszählungen, vor allem aber durch immer zahlreichere Berichte über Einschüchterungen, gewaltsamen Urnendiebstahl und Schüsse auf Wahlbeobachter von Stunde zu Stunde aufgeheizt werden. Die schleppende Auszählung der Stimmen durch die offizielle Wahlkommission (COMELEC) trägt dazu bei, daß nun unsichere Prognosen über den Wahlausgang möglich sind. Dramatische Szenen waren in und um Manila am Wahltag, aber auch am Wochenende zu beobachten. Im Bezirk Pasay im Süden der Hauptstadt versuchte die Polizei trotz Wasserwerfern, Schlagstöcken und Warnschüssen vergeblich eine Gruppe von etwa 200 Aquino-Anhängern auseinanderzutreiben, die im Auszählungszentrum die Urnen beschützen wollten. Betende Priester und Nonnen stellten sich in einem Schulzimmer vor die Behälter mit den Wahlzetteln, als eine Gruppe von Schlägern gewaltsam einkam und mit automatischen Gewehren, Handfeuerwaffen und Schlagstöcken bewaffnete Männer versuchten, einen aus mehreren 100 Menschen gebildeten Schutzkordon um das dortige Auszählungszentrum zu durchbrechen. Die etwa dreiminütige Auseinandersetzung forderte mindestens fünf Verletzte. Auch in anderen Quartieren fielen im Straßenbild der Hauptstadt immer wieder bewaffnete und teilweise maskierte Truppen auf. Am Wahltag wurden im ganzen Land mindestens 85 Menschen getötet. Trotzdem sprach ein Militärangehöriger gestern von den „friedlichsten Wahlen“ in der jüngsten Geschichte. Am Sitz der offiziellen Wahlkommission und im Auszählungszentrum der „Nationalen Bewegung für freie Wahlen“ (NAMFREL) schauten Hunderte von Menschen gebannt auf die Wandtafel mit den laufend neuerefindenden Ergebnissen. COMELEC und NAMFREL hatten vor der Wahl Zusammenarbeit vereinbart. Als jedoch die regierungsoffizielle Behörde ihre Auszählung immer weiter hinauszögerte - bis Samstagmittag waren angeblich erst knapp zwei Prozent der Stimmen ausgezählt - veröffentlichte die unabhängige Bürgerbewegung ihre eigenen Zahlen. Die offizielle philippinische Nachrichtenagentur trug mit noch einmal stark abweichenden Ergebnissen weiter zur Verwirrung bei. Nach neuesten Zahlen vom Sonntagmorgen (Ortszeit) führte laut COMELEC Marcos mit rund einer

DER KOMMENTAR Sacharow

ENNO v. LOEWENSTERN

Nach all den Hoffnungen der letzten Monate hat nun Gorbatschow höchstpersönlich eine Ausreise Sacharows abgelehnt - so erschütternd dies auch ist, so deutlich es Schwäche und begrenzte Handlungsfähigkeit des angeblich starken neuen Generalsekretärs zeigt, es ist doch auch ein Hoffnungszeichen, daß der höchste Amtsträger der UdSSR sich genötigt sah, selbst eine Erklärung zu Sacharow abzugeben. Der weltweite Druck wirkt, weil der Präsident der Vereinigten Staaten und deren öffentliche Meinung sich nicht von jenen zum Schweigen bringen ließen, die mit der angeblichen Zaubervirkung „stillen Diplomatie“ haushieren. Diese Wirkung wird verstärkt durch die neuesten Briefe Sacharows über Folter in Gorki, die wie zur Antwort auf das Gorbatschow-Interview kommen. Was hatte Gorbatschow gesagt: Sacharow lebe in Gorki „unter normalen Bedingungen“? Man wird auch an jenen elenden Atom-Arzt Tschasow erinnert, der Gorki als Pensionisten-Paradies pries. Solange solche Kreaturen im Westen Preise statt Verachtung erhalten, kann ein Sacharow weiter gequält werden. Wenn der Westen stattdessen Geschlossenheit zeigt, wenn er Gorbatschows Aussage aufgreift und nachdrücklich, dann wird es den Folterknechten immer schwerer fallen, ihre Beute festzuhalten. Sacharow ein Geheimnisträger? Der Mann ist seit Jahrzehnten als Dissident bekannt und mit Sicherheit von allen Geheimnissen abgekoppelt. Washington sollte nun fordern, hochrangige Besucher nach Gorki schicken zu dürfen: warum sollte das in Helsinki Namen nicht bei einem Bürger möglich sein, der da „unter normalen Bedingungen“ lebt? Da wird man dann sehen, daß nicht über militärische Geheimnisse gesprochen wird, sondern über politische. Gorbatschow zeigt Wirkung: der öffentliche Gewissensdruck muß unerbittlich verstärkt werden, bis Sacharow frei ist. Und sage niemand, das habe nichts mit den Vorrangthemen Frieden und Abrüstung zu tun. Das hat entscheidend damit zu tun.

POLITIK

Mängel: Scharfe Kritik an der Agrarforschung hat das ZK der KPdSU gelbt. Beklagt werden „beträchtliche Verluste“ bei der Weizenerte 1985. Moskau will den Weizenanbau verstärken, um den Import zu drosseln. Peru: Präsident Garcia hat über Lima und die Hafenstadt Callao den Ausnahmezustand verhängt, um der Attentatswelle Herr zu werden. (S. 2) Südjemen: Die neuen Machthaber haben den früheren Regierungschef Ali Atmas zum Staatspräsidenten ernannt und ein Kabinett mit 18 Ministern gebildet, dem der frühere stellvertretende Ministerpräsident Said Noman vorsteht. SDI: Ein „klares Bekenntnis gegen SDI“ hat „DDR“-Staatschef Honecker von Bonn gefordert und von der gemeinsamen Verantwortung beider deutscher Staaten für die Friedenssicherung gesprochen. Eine solche Entscheidung könne zum Erfolg der Verhandlungen zwischen Moskau und Washington beitragen.

Dregger: DGB kann Union nicht spalten

CDU-Politiker nennt Einrichtung einer Schiedsstelle „Ergänzung“ des Entwurfs zum 116

ms, Bonn Die Einrichtung einer Schiedsstelle im Zusammenhang mit der Neufassung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes hält der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, „für erwägenswert“. In einem Interview für die WELT sagte Dregger: „Wenn die Streikregel sich vor dem Schiedsspruch diesem unterwerfen, wäre der Schiedsspruch verbindlich. Geschieht das nicht, dann ist für diesen Fall zu erwägen, für die Anfechtung nur eine gerichtliche Instanz vorzuziehen, um bald Klarheit zu erhalten. Das ist für die Gewerkschaften ebenso wichtig wie für die Arbeitgeberseite.“ Dregger betonte, die jetzige Regierungsvorlage zum Paragraphen 116 könne verändert werden. Der Vorschlag für eine Schiedsstelle würde aber die Regierungsvorlage „nicht verändern, sondern im Sinne der angestrebten Klarstellung ergänzen“. Er forderte den DGB auf, „statt aufgeladene Kampagnen“ zu veranstalten. Gespräche mit dem Gesetzgeber zu führen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Dregger: „Druck und Desinformation prällen bei uns ab. Eine Null-Lösung wird es nicht geben. Wir werden das Gesetz nach sorgfältiger Beratung Ende März verabschieden.“ Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende fügte hinzu: „Niemand sollte glauben, die Fraktion spalten zu können. Der Versuch, Norbert Blüm von der Fraktion trennen zu können, wird scheitern.“ Dregger kündigte an, die Bundesregierung werde mit Norbert Blüm das beschließen, „was notwendig ist, um die Tarifautonomie funktionsfähig und die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig und damit auch zugunsten der Arbeitnehmer leistungsfähig zu erhalten.“ Bei der Neufassung des 116 gehe es nicht um einen Eingriff in das Arbeitskampfrecht. Dregger: „Es geht um die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie, um die Neutralität des Staates bei Arbeitskämpfen, es geht darum, zu verhindern, daß das Streikrisiko und das Aussperrungsrisiko auf öffentliche Kassen verlagert wird.“ Mit Hilfe des Gesetzentwurfs solle klargestellt werden, daß das Streikrisiko durch die Minimax-Strategie der IG Metall nicht auf die Gemeinschaftskasse der Bundesanstalt für Arbeit abgewälzt werden könne. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende warnte den Koalitionspartner FDP davon, sich in der Diskussion um den Paragraphen 116 auf Kosten der Union zu profilieren. Dregger: „Profilierungsversuche der FDP in dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt können der Sache nur schaden.“

Wieder Hütten in Wackersdorf errichtet

DW, Wackersdorf

Rund 4000 Atomkraft-Gegner haben am Wochenende gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf meist friedlich demonstriert. Nachdem die Grünen zum „narrischen Faschingstreiben“ im „Tollkühner Forst“ aufgerufen hatten, war rund die Hälfte der Demonstranten karnevalistisch maskiert auf dem Baugebiet erschienen. Am späten Samstagmorgen mußte allerdings die Polizei einschreiten, nachdem einige hundert Demonstranten unter dem Schutz von knapp 2000 Demonstranten rund 30 Hütten und Baumhäuser errichtet hatten. Die Räumung verlief allerdings ohne größere Zwischenfälle. Wegen des Baues von Wegsperrern und Beschädigung von Polizeifahrzeugen wurden nach Angaben der Polizei drei Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage vorläufig festgenommen.

WELT-Serie über die Entwicklung auf Haiti

DW, Port-au-Prince

Der nach der Flucht von Präsident Jean-Claude Duvalier auf Haiti neugebildete nationale Regierungsrat hat am Wochenende ein 13 Minister umfassendes Kabinett ernannt. Außerdem wurden alle politischen Häftlinge freigelassen. Nach der Abreise Duvaliers, der das Land in einem US-Flugzeug verlassen hatte und sich jetzt in dem französischen Alpenort Talloires aufhält, kam es auf der Karibik-Insel zu schweren Unruhen und Plünderungen. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan gab unterdessen bekannt, daß die Vereinigten Staaten die Regierungsjunta unterstützen würden. Lateinamerika-Korrespondent der WELT, Werner Thomas, schildert in einer dreiteiligen Serie, wie sich Haiti zum Brennpunkt der Weltpolitik entwickelt hat. In der ersten Folge beschreibt er die aktive Rolle der katholischen Kirche beim Umsturz. (Seite 3)

WIRTSCHAFT

Dow-Jones: Die US-Aktienmärkte haben hektisch hinter sich. Zunächst war der Dow-Jones-Industrie-Index am Freitag um rund 18 Punkte abgesackt, um dann einen neuen Rekord aufzustellen, indem er netto 12,73 Punkte zulegte. Ursache war das Urteil des Bundesgerichts in Washington, das einen Teil des Gramm-Rudman-Gesetzes, wodurch der US-Etat bis 1991 ausgeglichen werden soll, für verfassungswidrig erklärt hatte. - Im Wochenverlauf nahm der „Dow“ um 42,43 auf 1613,42 Punkte zu. (S. 9) Verschuldung: Die Ölpreise purzeln, der Dollar verliert an Stärke. Was bedeutet dies für die Länder der Dritten Welt? Der Wertverlust des Dollar hilft den Entwicklungsländern, der Ölpreiserfall wirkt sich neutral aus. (S. 10)

Moskau läßt Sacharow nicht ausreisen

Gorbatschow gibt französischer Zeitung Interview / Scharfe Angriffe gegen USA

DW/RMB, Moskau/London Die sowjetischen Medien haben dem Interview von Partschef Gorbatschow mit dem Zentralorgan der französischen Kommunisten, „L'Humanité“, breiten Raum gewidmet. Darin hatte Gorbatschow erneut bekräftigt, daß der sowjetische Dissident und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow nach wie vor als Träger von Staatsgeheimnissen gelte und aus diesem Grund nicht aus der Sowjetunion ausreisen dürfe. Der sowjetische Rundfunk und das Fernsehen starteten gleichzeitig eine Kampagne zur Unterstützung der Außenreden des Parteichefs. Dazu wurden intellektuelle, Funktionäre und Manager interviewt, um ihre ausschließliche zustimmende Meinung zu den Äußerungen Gorbatschows kundzutun. Der Kreml-Chef bestritt in dem Interview, daß es in der Sowjetunion politische Häftlinge gebe. Allerdings, so der Partschef, verblühten derzeit etwas mehr als 200 Personen Haftstrafen, weil sie Staatsverbrechen begangen hätten. Westliche Organisationen bezifferten die Zahl der politischen Gefangenen auf mehr als 1000. In bezug auf die amerikanischen SDI-Pläne sagte Gorbatschow, Washington versuche mit voller Absicht, die laufenden Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und alle bestehenden Rüstungskontrollabkommen mit einem Federstich zu zunichte zu machen. Wenn es darum gehe, mit der Drobung des Atomkriegs Schluß zu machen, so sei nicht zu erklären, warum die USA die jüngsten Vorschläge Moskaus nicht akzeptierten. Gorbatschow beantwortete in dem Interview auch die Frage nach einer Zensur in der Sowjetunion. Er bejahte diese Frage und sagte: „Ihre Aufgabe besteht darin, nicht zuzulassen, daß staatliche und militärische Geheimnisse, Propagierung von Krieg, Gewalt und Brutalität, Verunglimpfung der Persönlichkeit und Pornographie in der Presse publiziert werden.“ Gleichzeitig entgegnete Gorbatschow dem Fragesteller der „L'Humanité“, daß in jedem Land „eine solche Zensur“ bestehe. Gorbatschow beschuldigte die USA, daß unter dem Druck reaktionärer Gruppen Bücher aus Schulbibliotheken entfernt würden mit Schriftstellern wie Dostojewski, Hemingway und unter anderem dem Tagebuch der Anne Frank. Die britische Sonntagszeitung „Observer“ kündigte gestern die Veröffentlichung angeblicher Briefe Sacharows an seine Familie in den USA an. Darin beklagt sich der nach Gorki verbannte Sacharow über „systematische Folter und Zwangsernährung“ durch sowjetische Geheimdienstagenten. Der „Observer“ will am kommenden Sonntag damit beginnen, handgeschriebene Briefe und Fotos von Sacharow und seiner Frau zu veröffentlichen. Die Briefe enthalten „eine der aussagekräftigsten Schilderungen des menschlichen Leidens, die je aus der Sowjetunion nach außen gedrungen“ seien.

„Abschluß auf Beamte übertragen“

DW, Bonn

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach hat die Bundesregierung aufgefordert, die für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes ausgehandelten Einkommensverbesserungen „unverzüglich und nahtlos“ auf die Beamten zu übertragen. Fehrenbach, der im DGB-Vorstand für Beamtenpolitik zuständig ist, bewertete die Tarifvertragsgewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich auf eine lineare Erhöhung der Löhne und Gehälter für die rund 2,7 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes um rund 3,5 Prozent geeinigt. Für die unteren und mittleren Vergütungsgruppen sowie für Auszubildende wurden stärkere Anhebungen vereinbart.

Sowjet-Funktionäre üben Selbstkritik

DW, Moskau

Die Parteichefs in der Ukraine, Wladimir Schtscherbicki, und in Kasachstan, Dinmuhamed Kunajew, die auch dem aus zwölf Mitgliedern bestehenden sowjetischen Politbüro angehören, sind in ihren Ämtern bestätigt worden. Das meldete die sowjetische Partzeitung „Pravda“. Ihre Wiederwahl erfolgte im Anschluß an Parteitage in Kiew und Alma-Ata, bei denen Mißstände enthüllt wurden und die Funktionäre teilweise heftige Selbstkritik übten. Der 74jährige Kunajew und der 67jährige Schtscherbicki sind alte Weggefährten des früheren Kreml-Chefs Breschnew. Wegen der schlechten Wirtschaftslage in den beiden Unionsrepubliken waren die Parteiführer auch von Gorbatschow kritisiert worden.

SPORT

Leichtathletik: Der Amerikaner Billy Olson stellte in East Rutherford (USA) mit 5,94 m eine Halen-Weltbestleistung im Stabhochsprung auf. (S. 13) Ski: Der deutsche Weltmeister Wassmeier gewann in Morzine sowohl den Super-G als auch die alpine Kombination. Er ist jetzt Dritter im Weltcup. (S. 14)

Castro droht USA mit Eskalation

Kuba will sich in Angola und Nicaragua stärker engagieren / Hochrangige Gäste bei KP-Kongreß

WERNER THOMAS, Havana Der dritte Kongreß der kubanischen KP ist am Wochenende mit einer kämpferischen Rede Fidel Castros zu Ende gegangen, die eine Eskalation der Konflikte in Angola und Nicaragua signalisierte. Castro, erneut zum Parteichef der kommunistischen Karibikinsel gewählt, will auf eine militärische Unterstützung der Vereinigten Staaten für die Guerrilla-Gruppen beider Länder mit Gegenmaßnahmen reagieren. Kuba werde diese Regierungen nicht im Stich lassen. Diplomatische Beobachter in Havana glauben, daß während dieser viertägigen Veranstaltung wichtige Weichen gestellt wurden. Moskau hatte mit Politbüro-Mitglied Igor Ligatschow, Nummer zwei in der Kreml-Hierarchie, einen hochrangigen Mann nach Havana geschickt. Aus Nicaragua war Präsident Daniel Ortega gekommen. Angola ließ sich durch Vizeverteidigungsminister Antonio dos Santos vertreten. Die Absicht der Reagan-Regierung, die anti-sandinistischen Contras wieder militärisch zu unterstützen und der anti-marxistischen angolanischen Partisanenbewegung Unita Waffenhilfe zu gewähren, betrifft auch Kuba: Nach amerikanischen Schätzungen befinden sich 25 000 bis 30 000 kubanische Soldaten in Angola und 3000 kubanische Militärberater in Nicaragua. Mit großer Wahrscheinlichkeit hatte Castro seine „historische Rede“ mit Ligatschow abgestimmt, die eine Konflikt-Eskalation auch eine Belastung des Verhältnisses der beiden Supermächte bedeuten würde. Castro richtete scharfe Angriffe gegen US-Präsident Reagan, zog Vergleiche zu Hitler und beschuldigte ihn einer faschistoiden Gesinnung. Er gelobte, die kubanischen Truppenkontingente würden bis zum Ende des Apartheid-Systems in Angola bleiben, sei „das zehn, zwanzig oder dreißig Jahre“. In seinem Bericht hatte Castro die Friedensbemühungen der Contador-Länder gewürdigt. Die Schlußrede betonte dagegen die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen in Mittelamerika. Der Parteitag brachte tiefgreifende Veränderungen im Politbüro, die eine Verjüngung der kubanischen Führung bedeuten, aber keinen Kurswechsel. So rückte Vilma Espin, die Frau des Verteidigungsministers Raul Castro, Fidels Bruder, in das Spitzengremium als einzige weibliche Vertreterin auf. Fidel Castro indes dominierte diese Veranstaltung und wird auch in Zukunft die Politik Kubas bestimmen. Dazu gehört der „proletarische Internationalismus“ mit dem der ergraute Revolutionär sein Angola- und Nicaragua-Engagement erläutert.

„DDR“-Führung räumt den Paßbehörden Spielraum ein

Bestimmungen bei Reisen in Familienangelegenheiten gelockert

hrk, Berlin Die „DDR“-Führung verweigert weiterhin eine allgemeine Senkung des Reisealters, wie es die Bundesregierung mehrfach intensiv gefordert hatte. Dagegen erging jetzt an die zuständigen Paß-Behörden die Anweisung, seit dem 1. Februar in dringenden Familienangelegenheiten mit Ausnahmefällen auch Reiseanträge von jüngeren Antragstellern als 60 (Frauen) oder 65 (Männer) Jahren entgegenzunehmen. Außerdem ist offenbar der bisher sehr eng gehaltene Kreis von Antragberechtigten erweitert worden. Bislang durften nur Verwandte ersten Grades einen Reiseantrag in dringenden Familienangelegenheiten stellen. Nunmehr sollen in den neuen Bestimmungen, die nicht veröffentlicht und somit weder nachvollziehbar noch „berufungsfähig“ sind, auch runde Geburtstage vom 50. Lebensjahr aufwärts und beispielsweise Einschulungen oder andere familiäre Ereignisse berücksichtigt werden. Somit handelt es sich bei den neuen Anweisungen, die wegen ihrer Deutbarkeit und weiten Auslegungsfähigkeit bewußt nicht im „Gesetzesblatt der DDR“ veröffentlicht werden, weiterhin um feine Kann-Bestimmungen. Kein „DDR“-Antragsteller kann sich, weil er den Wortlaut nicht zu Gesicht bekommt, auf Texte berufen. Erste Erfahrungen mit diesen Richtlinien lassen sich ohnehin frühestens Anfang März gewinnen. Denn die Bearbeitung sämtlicher entsprechender Reiseanträge dauert erfahrungsgemäß mindestens vier Wochen. Außerdem bedingt jede Vorgesprache bei den zuständigen Behörden, daß der Antragsteller zuvor bereits eine schriftliche Genehmigung und Befürwortung des Reiseantrags durch seinen Betrieb vorliegt. Der jeweilige Direktor und Vorgesetzte in Mitteldeutschland haften gegenüber den „DDR“-Sicherheitsbehörden persönlich für die Rückkehr des Mitarbeiters, dessen Reiseantrag von dem jeweiligen Betrieb positiv beschieden worden ist.

AUS ALLER WELT

Mafia: Der bislang größte Prozeß gegen die Mafia in der Geschichte Italiens beginnt heute in Palermo. 474 Angeklagte müssen sich für mehr als 90 Morde - vor allem im Zusammenhang mit dem Heroin-Schmuggel zwischen Thailand, Sizilien und den USA - und andere Straftaten verantworten. (S. 16) Katastrophe: 38 Menschenleben hat das bislang schwerste Eisenbahn-Unglück in der Geschichte Kanadas gefordert; nach weiteren Opfern wird gesucht. 270 Kilometer westlich der Stadt Edmonton stießen auf eingeleisiger Strecke ein Personen- und ein Güterzug frontal zusammen. (S. 16)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Der Papst im Angesicht des beispiellosen Elends - Von Friedrich Melchner S. 2
- Frankreich: Der Präsident, ein Showstar auf provinzieller Bühne - Von Peter Ruge S. 3
- Peking: Die Position zu Gorbatschows Abrüstungsvorschlägen - Von Jochen Hehn S. 5
- Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7
- Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.
- Fernsehen: „Mainzer Hofsänger“ - Nicht nur während der närrischen Tage aktiv S. 7
- Betriebsprüfungen: ÖTV fordert mehr Gleichmäßigkeit in der Besteuerung S. 9
- Leichtathletik: Wenige Glanzlichter bei den Hallen-Meisterschaften in Sindelfingen S. 13
- Panorama: I. Olyosson und die Schneeflocke - Wundersame Gebilde mit Symmetrie S. 15

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Heiße Luft

Von Fritz Wirth

Man kann es nun fast schon auf dem Kalender eintragen: alle drei Wochen eine neue Abrüstungsinitiative aus dem Kraml. Nachdem jahrelang aus Moskau in Abrüstungsfragen nur der kalte Wind der Verweigerung wehte, bläst Michail Gorbatschow nun mit fast verwunderlicher Eile und Beharrlichkeit heiße Luft ins Hoffnungsfeuer neuer Raketenabkommen. Dieses Mal benutzte er Senator Kennedy als Vehikel neuer Abrüstungsbotschaften zu einem Zeitpunkt, da der Westen noch über seine letzten Vorschläge grübelt.

Was Kennedy berichtete, hörte sich in der Tat ermutigend an. Keine Rede mehr von der Kopplung eines Abbaus von Mittelstreckenraketen mit der stereotypen Forderung nach einem Verzicht auf amerikanische SDI-Forschung. Statt dessen trug Gorbatschow seinem Gast auf, nach Washington weiterzuleiten: Ein neues Gipfeltreffen habe nur Sinn, wenn konkrete Ergebnisse zu erwarten seien. Vor zehn Wochen in Genf, als Reagan und Gorbatschow sich ganz locker auf einem Parkplatz zu einem neuen Gipfel verabredeten und daraus eine ständige jährliche Einrichtung machen wollten, gab es diesen Erfolgswahn noch nicht.

Dennoch: Mit diesem Junktim Gorbatschows läßt sich leben. Niemand ist gegen Gipfeltreffen mit konkreten Ergebnissen. Gorbatschow weiß jedoch sehr wohl: Konkrete Ergebnisse, vor allem in hochkomplizierten Rüstungsfragen, lassen sich nicht auf Gipfelbegegnungen zusammenhängern. Sie bedürfen intensiver Vorverhandlungen. Ein Forum für derartige Vorverhandlungen aber gibt es seit fast einem Jahr in Genf.

Die Frage bleibt: Warum schlägt Gorbatschow auf dem von ihm angestrebten Weg zum Erfolg nicht die direkteste und kürzeste Route ein, nämlich die über die Abrüstungsunterhändler in Genf? Die Tatsache, daß er Senator Kennedy zum Boten seiner Gedanken, Pläne und Kopplungen machte, zeigt an, daß er nicht nur den Erfolg, sondern auch die Schlagzeilen sucht. Das hinterläßt einen schalen Beigeschmack. Wenn Gorbatschow es wirklich ernst meint mit dem Erfolg, ist es Zeit, daß er an der richtigen Adresse zur Sache kommt. Geschieht es nicht, bleibt nicht viel mehr übrig als heiße Luft.

Jedenfalls wird getrimmt

Von Horst-Alexander Siebert

Es ist zweifellos zu früh, den Versuch Washingtons, endlich den Haushalt in Ordnung zu bringen, für gescheitert zu erklären. Das Verdikt der drei Bundesrichter gegen das Ausgleichsgesetz, das den Namen der republikanischen Senatoren Phil Gramm und Warren Rudman trägt, ist mehr technischer Natur. Durch einen einfachen Zusatz könnte der Fehler noch vor Beginn des Berufungsverfahrens vor dem Obersten Gerichtshof korrigiert werden.

Besser ist es, dem Gespür der Märkte zu folgen. An der New Yorker Aktienbörse schoß der Dow-Jones-Industrie-Index Freitag nachmittag auf eine neue Rekordhöhe, weil die Budgetdiskussion in den USA einen Punkt erreicht hat, an dem es keine Umkehr mehr gibt. Jeder weiß, wie tief das Land in den roten Zahlen steckt und daß etwas geschehen muß.

Deshalb bedarf es eigentlich gar keines Gesetzes, das ohnehin nicht in den traditionellen demokratischen Prozeß paßt und die US-Regierung ihrer Flexibilität beraubt - unwürdig der Führerschaft der westlichen Welt. Die Gramm-Rudman-Bill, die den Haushaltsausgleich in fünf Jahren vorschreibt, ist auch ein schlechtes Gesetz. Warum, zeigt dieser Mechanismus:

Aufgestellt sind Defizitziele - für das Finanzjahr 1986 rund 172 und für 1987 exakt 144 Milliarden Dollar. Danach beträgt der jährliche Abbau 36 Milliarden Dollar, bis 1991 die magische Zahl Null erreicht ist. Einigen sich Kongreß und Weißes Haus bis zu den Stichtagen nicht, setzen automatische Schnitte ein, wobei der Verteidigungsetat immer die Hälfte zu verkraften hat. In dieser Phase entscheiden praktisch Computer über Amerikas Prioritäten.

Aus diesem Grunde hat Präsident Reagan das Ausgleichsgesetz zuletzt nicht mehr gewollt und die Verfassungsmäßigkeit selbst laut in Frage gestellt. Denn was er fürchtet, war eine Budgetkonsolidierung hauptsächlich auf Kosten der Sicherheit. An einer solchen Schwächung durch die Hintertür kann auch die Allianz nicht interessiert sein.

Voraussetzung ist, daß in diesem Jahr mit oder ohne Gramm-Rudman das Defizit wie geplant getrimmt wird. Danach lassen sich höhere Steuern ohnehin nicht vermeiden.

Garcias Sorgen

Von Günter Friedländer

Alan Garcia, Perus junger Präsident, hatte Ende Januar die ersten sechs Monate seiner fünfjährigen Amtszeit beendet, als die „subversiven Verbrecher“ - so pflegt seine Regierung die Mitglieder der marxistischen Guerrilla „Sendero Lumino“ (leuchtender Pfad) und der revolutionären Bewegung „Tupac Amaru“ zu nennen - ihren Kampf vor die Tore seines Amtssitzes trugen. In mehreren Nächten wurden die Bewohner der Hauptstadt Lima von Bombenanschlägen gegen Banken, Regierungsstellen und Büros der Regierungspartei geweckt. In der Nacht zum Mittwoch verursachten Brandbomben in einer traditionsreichen Hauptstraße der Altstadt, „Jiron de la Union“, Feuersbrünste, die erst nach acht Stunden gelöscht werden konnten. Die Straße führt bis auf hundert Meter an den Regierungssitz des Präsidenten heran.

Garcia mußte nun handeln. Am Freitag verhängte er nach langen Beratungen der Regierung den Ausnahmezustand, der viele bürgerliche Grundrechte aufhebt und während gewisser Stunden der Nacht ein Ausgehverbot einführt.

Es gab gute Gründe für das lange Nachdenken. Der Präsident hatte am Tag vorher die Reorganisation der Polizei mit der Entlassung von 301 Offizieren und 629 Polizisten beendet. Diese bei seinem Regierungsantritt versprochene Reform hatte vorher bereits 363 Offiziere betroffen, auch Generale. Garcia hatte die Entlassenen heftig kritisiert, was bei den Betroffenen böses Blut machen mußte. Die Reorganisation hat auch die Struktur der Polizeikräfte und die Befehlsweg verändert. Das ist nicht der Augenblick, in dem man der Polizei zusätzliche Aufgaben von enormer Tragweite geben möchte.

Die begreifliche Nervosität in der Regierung erklärt auch, daß Garcia die Rolle der Guerrilla mystifizierte: Da hätten andere ihre Hand im Spiel, die „Gott weiß welchen Interessen gehorchen“, wenn sie die Regierung als zu schwach darstellen wollen. Dieser Eindruck der Schwäche wurde bisher allerdings dadurch geweckt, daß Garcias Reformen von vielen Arbeitnehmern abgelehnt werden und daß die von ihm organisierte Lebensmittelversorgung und Preiskontrolle weitgehend nicht funktionieren. Diese Enttäuschung, so kurz nach einer Begeisterungswelle bei seinem Amtsantritt, gibt zu denken.



„Skalpelli Tupfer! Gramm-Rudman!“

MARLETTE / THE CHARLOTTE OBSERVER

Die Hängepartie

Von Jochen Hehn

Das philippinische Volk hat gewählt - und, so scheint es, vorerst wieder einmal verloren. Auch nach dem dritten Tag der Stimmenausszählung liegen die beiden Kandidaten um das Präsidentenamt nur um wenige Prozentpunkte auseinander. Dabei stehen die meisten Ergebnisse (rund 75 Prozent) noch aus, und es kann noch Tage dauern, bis die Entscheidung fällt. Zuverlässige Hochrechnungen gibt es ebenfalls nicht. Dennoch: Beide Spitzenkandidaten schmücken sich schon mit dem Siegerkranz. Für die Witwe des 1983 ermordeten Senators Benigno Aquino, die populäre Corazon („Cory“) Aquino von der Opposition, ist der Erfolg „eine unumstößliche Tatsache“.

Ferdinand Marcos wiederum, der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete amtierende Staatspräsident, äußert nicht den leinsten Zweifel daran, in seinem Amt zu verbleiben. Die beiden Äußerungen widersprechen einander nur scheinbar. Denn man darf davon ausgehen, daß Cory Aquino zwar das Vertrauen der Mehrheit aller Wahlberechtigten auf sich vereinigen konnte; daß aber ihre Aussichten, daraus politisches Kapital schlagen zu können, mit der Dauer der Stimmenausszählung wie Schnee in der Sonne schmelzen. Wahlbetrug liegt in der Luft.

Die schon vor dem Wahlgang immer wieder geäußerten Befürchtungen der Oppositionsparteien, der einflussreichen katholischen Kirche und auch unabhängiger politischer Beobachter, Ferdinand Marcos werde alle ihm zu Gebote stehenden Mittel - vor allem die illegalen - nutzen, um an der Macht zu bleiben, haben sich bestätigt. Vor allem in den Provinzen, die siebzig Prozent aller Wahlberechtigten stellen, leisteten und leisten seine Wahlgehilfen ganze Arbeit. Wählerstimmen wurden gekauft, wenn nötig, auch erpresst, und zahlreiche Wahlergebnisse werden - wie es gerade geschieht - in der Absicht zurückgehalten, sie bei Bedarf „richtigstellen“ zu können.

Der lebentliche Aufbruch der Opposition an ihre Wähler, sie sollen nicht nur wählen, sondern auch Sorge tragen, ihre Stimmen zu schützen - das heißt in der Praxis, sie sollten den Transport der Wahlurnen von den Wahllokalen bis zu den zentralen Zählstellen in den

Provinzhauptstädten sowie die Stimmenausszählung selbst überwachen -, hat nie und da Manipulationen verhindern können. Doch ist es sehr fraglich, ob die Bemühungen der Opposition ausreichen werden, das Netz von Gewalt und Korruption zu zerreißeln.

Das philippinische Volk geht schweren Zeiten entgegen, ganz gleich, wer nach den Wahlen die Regierung bildet. Ist es Marcos, dann allerdings schlittert der Inselstaat in eine Katastrophe. Ein Staatspräsident, der nur durch Fälschung und Betrug in seinem Amt verbleiben konnte - oder gar durch „Annullierung der Wahlen“ - hätte nach den Geschehnissen vor und während der Wahlen auch den letzten Funken seiner Überzeugungskraft eingebüßt. Gegen eine sich bedrohlich aufhebende Opposition würde er sich nur mit Hilfe einer erneuten Verhängung des Kriegsrechts im Sattel halten können.

Nutznieser einer solchen Entwicklung wären allein die kommunistischen Guerrillaverbände der „Neuen Volksarmee“ (New People's Army, NPA), die in den letzten Monaten großen Zulauf erhielten und angeblich schon zwanzig Prozent des Landes kontrollieren. Das mit der Verhängung des Kriegsrechts automatisch einhergehende Verbot jeglicher Oppositionsparteien dürfte den im Untergrund operierenden Guerrilleros den entscheidenden Kräftezuwachs bringen, der ihnen - weil durch die legale Opposition zur

Zeit noch gebunden - bisher versagt geblieben war. Präsident Marcos in seinem Amt bestätigt: das wäre ein Traumbergebnis für die NPA, die konsequenterweise die Wahlen boykottierte und dadurch Marcos indirekt unterstützte.

Droht den Philippinen das Schicksal Vietnams? Washington sieht diese Gefahr offenbar heraufziehen und hat Marcos unter Druck gesetzt, demokratische und saubere Wahlen abzuhalten, einkedend ähnlicher Entwicklungen in China, auf Kuba, in Vietnam, in Iran und auch in Nicaragua. Nur ein Führer, der moralisches Ansehen und Vertrauen der Bevölkerung genießt, kann revolutionäre Entwicklungen aufhalten. Marcos hat dieses Vertrauen restlos verspielt. Cory Aquino besitzt es in höchstem Maße.

Die USA, die mit der Marinebasis Subic Bay und dem Luftwaffenstützpunkt Clark auf den Philippinen die beiden größten amerikanischen Militärbasen außerhalb der Landesgrenzen unterhalten und von dort aus ihre Operationen im West-Pazifik, Indischen Ozean und Persischen Golf koordinieren, haben ein vitales Interesse daran, daß Cory Aquino als neue Staatspräsidentin in den Malacanang-Palast von Manila einzieht. Doch selbst dann und mit amerikanischer Unterstützung würde Cory Aquino die schwierigste Aufgabe ihres Lebens erst noch bevorstehen. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist deprimierend. Breite Bevölkerungsschichten sind hoffnungslos verarmt, sechzig Prozent sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Und auf die Unterstützung des Geldadels, in der Regel jene Marcos-Partei-gänger, die sich auf Kosten der Massen riesige Vermögen ansammeln, könnte sie kaum zählen.

Auch das Verhältnis der Opposition zur Armee, deren Generalstabschef sich wegen des Mordanschlags auf Benigno Aquino zu verantworten hatte, ist aus verständlichen Gründen nicht frei von Spannung. Trotz dieser enormen Vorbelastungen: Mit Cory Aquino bleibt den Philippinen eine winzige realistische Chance, daß die Präsidentenwahlwahlen doch noch das Tor zu einer hoffnungsvolleren Zukunft öffnen.



Kampf gegen Betrug und Fälschung: Corazon Aquino FOTO: AP

Der Papst im Angesicht des beispiellosen Elends

Das Gemeinsame der Religionen und der Appell an die anderen / Von Friedrich Meichner

In Indien sah sich der Papst während der letzten zehn Tage immer wieder zurückversetzt in die ideale und materielle Ausgangssituation allen christlichen Wirkens, als wären die letzten zweiwundert Jahre mit einem Schlag ausgelöscht. Sicherlich ist Johannes Paul II. der trostlosen Unterentwicklung und der schreienden Armut schon auf so manchen seiner vorangegangenen Reisen begegnet - in Lateinamerika ebenso wie auf den Philippinen und in Schwarzafrika. Das Indierlebnis war jedoch insofern einmalig, als es bestimmt wurde von einer tiefreligiösen, aber nicht christlichen Gesellschaft in dem bevölkerungsmäßig zweitgrößten Land der Welt.

Johannes Paul II. war tief bewegt, am deutlichsten zeigte er das in Mutter Terras „Heim für Sterbende“ von Kalkutta. Trotzdem scheint er an den bereits in Rom vorbereiteten Texten seiner Predigten und Reden im Verlauf der Reise keine wesentlichen Änderungen vorgenommen zu haben. Das mag der Kritik neuen Auftrieb

geben, daß er mehr predige als zuhört. Der Papst übte deutlich Zurückhaltung in der Vertretung der traditionellen moraltheologischen Lehre seiner Kirche. Das Thema Geburtenkontrolle griff er nur am Schluß der Reise auf. Den Weg eines Ausbruchs aus dem indischen Circulus vitiosus von Unterentwicklung, Elend und Bevölkerungsexplosion, die das Elend potentiell, vermochte er damit freilich nicht zu weisen. Die moralische Berechtigung seiner Appelle an die Reichen zur Unterstützung der Armen steht gewiß außerhalb jeder Diskussion. Aber daß es mit solcher Hilfe gerade in Indien nicht getan ist, wird jedem deutlich, der die indische Verflechtung von Apathe, Unwissenheit, Fruchtbarkeit und Kasteneinteilung erfährt.

Und es dient nicht unbedingt der Glaubwürdigkeit von Solidaritätsbekundungen mit den Armen und Strafpredigten an die Reichen, wenn solche Reisen des Papstes in Entwicklungsländer als Staatsbesuche aufgefaßt werden. Tragen

doch für die Unterentwicklung in vielen dieser Länder die Herrschenden mindestens ebensoviel Verantwortung wie die im materiellen Überfluß lebenden Völker der entwickelten Welt.

Niemand wird ernsthaft vom Papst, der gleichzeitig Oberhaupt des Vatikanstaates ist, erwarten, daß er, wie der von ihm hier oft zitierte Mahatma Gandhi, im Eisenbahnabteil zweiter Klasse durch Indien fährt. Aber es gibt schließlich auch für Staatsoberhäupter die Möglichkeit inoffizieller Auslandsbesuche. Und ein Papst-Besuch verlore wohl nicht an Gewicht und Ausstrahlungskraft, wenn statt in den erbischöflichen, für diese Gelegenheit noch - wie in Goa - mit Pflöcken ausgelegten Residenzen etwa im Mutterhaus der Mutter Teresa von Kalkutta Quartier gemacht würde.

Neben dem Entwicklungsthema stand auf dieser Reise das Thema des interreligiösen Dialogs im Vordergrund. Wie bei der Kürze der Reise nicht anders zu erwarten, konnte dieser Dialog nur andeu-

IM GESPRÄCH Friedrich Bauer

Der offene Diplomat

Von Evi Keil

Sie gelten als besonders verbindlich in der Form, die österreichischen Diplomaten. Wobei das besonders interessant werden kann, wenn sie außerdem auch noch kein Blatt vor den Mund nehmen, um politische Vorgänge zu beschreiben. Zu dieser Kategorie gehört Dr. Friedrich Bauer, Karrierediplomat seit Ende der fünfziger Jahre und nun Botschafter in Bonn. Zuletzt war er seit 1983 Stellvertreter des Generalsekretärs für Auswärtige Angelegenheiten im Wiener Außenministerium und Politischer Direktor.

Der gebürtige Wiener, Lehrersohn und Jurist, kam über das Bundeskanzleramt 1958 in den Diplomatendienst. Zuvor hatte er neben Jura in Wien internationale Beziehungen in Bologna studiert. Seitdem beherrscht er das Italienische so gut, daß ich auch das klassische Römisch des Herrn Andreotti verstehe. Außerdem blieb neben einer generellen Vorliebe für Norditalien die Begeisterung für das Bergsteigen in den italienischen Dolomiten.

Der erste Posten in Belgrad, 1958-1960, bot Gelegenheit, sich in das marxistische Gedankengut einzuarbeiten. Hochsensiblen Charakter bekam für den jungen Diplomaten dann der nächste „Wunschposten“: Israel, 1963-1967. Der Wiener spricht aus, was nicht jeder Österreicher zu sagen wagt: „Ich glaube nicht, daß die Probleme zwischen Deutschen und Juden im allgemeinen und mit Israel im besonderen und die Probleme zwischen Österreichern und Juden verschieden sind. Denn man muß ganz klar und schonungslos sagen, in Österreich war seinerzeit ein gewaltiger Nährboden für den Antisemitismus. Ich würde nicht sagen, daß wir die Deutschen damit infiziert haben. Aber es gibt Wechselwirkungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Antisemitismus. Und die haben meiner Ansicht nach direkt in die Konzentrationslager, direkt in die Ausrottungslager geführt.“



Man muß vorher nur hart verhandeln: Wiens neuer Botschafter Bauer FOTO: EVI KEIL

In Israel erlebte Friedrich Bauer dann „den Einzug der Deutschen“, mit Rolf Pauls als Botschafter an der Spitze. Die Mission des ersten deutschen Botschafters „war schwierig, aber erfolgreich“, sagt der Österreicher heute voller Anerkennung. 1973 wurde Friedrich Bauer selbst zum erstenmal Botschafter. Sein Weg führte ihn in die „DDR“. Er betrat zum selbst seines Landes eröffnete.

Noch heute aber legt Friedrich Bauer Wert auf den Hinweis, daß Österreichs diplomatische Beziehungen mit der DDR erst nach Unterzeichnung des Grundlagungsvertrages zwischen Bonn und Ost-Berlin aufgenommen wurden. Und wir sind nicht in die DDR gegangen ohne einen vorherigen Meinungsaustausch mit Bonn. Töricht wäre es gewesen, sagt Bauer, zu einem früheren Zeitpunkt mit der „DDR“ Beziehungen herzustellen. Inzwischen hat Wien mit Ost-Berlin auch ein Kulturabkommen. „Es funktioniert, typisch, wie überhaupt alles funktioniert mit der DDR, wenn man vorher nur hart verhandelt - dann wird alles eingehalten.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Ökologische Mundschau

Zu Bass Reise in die USA meinte sie:

Der Kandidat weiß, daß die Mehrheit nur in der Mitte zu holen sind. Deshalb bemüht er sich, seine Partei dorthin zurückzuführen. Doch das erfordert mehr als ein paar richtige Worte in Übersetzung. Die SPD-Mehrheit hat Helmut Schmidt abgelehnt, weil sie sein Festhalten an der NATO-Nachrüstung als Befestigung gegenüber den USA auslegte. Wird sie klaglos einen Kandidaten tragen, der von einer „Wertegemeinschaft“ mit den USA spricht?

Northwest-Zeitung

Zum Wertes-Gesichtnis meinte die Oldenburger Zeitung:

Das Warten auf den erhofften Aufschwung im Weltschiffbau ist gefährlich. Wenn er denn eines Tages kommt, werden die deutschen Werten wegen des hohen Lohnniveaus hierzulande kaum konkurrenzfähig sein... Die Zukunft der deutschen Werten kann nur im Spezial-Schiffbau liegen. Ein Know-how-Vorsprung muß geschaffen, ausgebaut und verteidigt werden. Dafür werden dann auch die Preise gezahlt, die die Werten zum Überleben brauchen.

Hochener Dolleszeitung

Zu den Aktionen von GEW-Lehrern in den Schulen heißt es hier:

Die Unterrichtshilfen, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur 35-Stunden-Woche und zur Friedenserziehung geleistet wurden, sind wegen ihrer einseitigen Politisierung der Schule noch nicht vergessen. Jetzt legt die GEW mit from-

Frankfurter Allgemeine

Sie befürchtete sich mit Reagan Abrüstungs-Gegenverschiebung:

Nichts wäre europäischen Verteidigungsinteressen unzuträglicher als eine Verwirklichung des Gedankens, auf beiden Seiten die Kurz- und Mittelstreckenwaffen abzubauen. Das wäre zwar in der Tat binnen weniger Wochen möglich. Aber man würde auf westlicher Seite Jahre brauchen - und dazu viel mehr Geld als bisher - um die Absicherung durch konventionelle Verteidigung aufzubauen.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung lobt die Politik der USA:

Amerika hat begriffen, daß es besser ist, die Volksbewegung zu unterstützen und zu lenken, anstatt gegen sie anzugehen. Auf der anderen Seite der Welt, auf einem anderen Inselgebiet, das sich Philippinen nennt und mit Haiti nur das diktatorische Regime gemein hat, bewegen sich die Amerikaner mit demselben Ziel in dieselbe Richtung... Offenbar sind die USA in beiden Fällen auf gutem Wege.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Der Präsident, ein Showstar auf provinzieller Bühne

„Soll ich in dieser Stunde schweigen, wo Frankreich im Begriff ist, einen anderen Weg zu wählen“, fragt François Mitterrand in Lille seine 20 000 geladenen Zuhörer. Und er gibt auch gleich die Antwort: Der Präsident aller Franzosen macht Wahlkampf für seine sozialistischen Freunde.

Von PETER RUGE

Sagen Sie bloß nicht, wir Franzosen können nicht organisieren“, ruft der Busfahrer. Wir stehen im Stau auf der Autobahn, kurz vor Lille, seit 15 Minuten. Auf der Einmündung vom Flughafen her nähern sich Blaulichter - Polizeifahrzeuge, dahinter eine Motorradstaffel in Pfeilform, dann die Wagenkolonne: Das muß der Staatschef sein, François Mitterrand hält Einzug in das Kohle-
revier Frankreichs.

Der Norden verbündet sich mit dem Präsidenten“, ist am Bus zu lesen, als der Stau sich auflöst. An ein Fenster geklebt, prängt die Banderole: Sozialistische Partei Frankreichs.

Hat Mitterrand so wenig Freunde in Lille, daß sie seine Genossen herankarren müssen. Was ist das eigentlich für eine Veranstaltung in den Messehallen - ein öffentlicher Auftritt für eine geschlossene Gesellschaft, eine Wahlkündigung etwa von einem Präsidenten für eine Partei, der doch vorgibt, über allen Parteien zu stehen“, fragen Neugierige an den Absperrungen. Es wimmelt von Polizei.

Nach den Terroranschlägen in Paris ist die Nervosität der Ordnungskräfte spürbar. Weiße Karten, Tür C - grüne Karten, Tür D“, es strömt aus 400 Bussen; ohne persönliche Einladung kein Einlaß, 20 000 Personen dürfen sich geehrt fühlen, aus der Masse herausgehoben zu sein - sie sind an diesem Abend Grundbesitzer erster Klasse.

350 Meter lang ist die Halle, ebenso lang ist der rote Teppich, den eine kluge Regie bis vor das Podium am anderen Ende legen ließ. An der Wand ein Tüllvorhang vor einem blauen Himmel, darauf ein einziger Schriftzug neben dem Wahrzeichen Lilles, dem Turm der Handelskammer. „Avec le président“ - mit dem Präsidenten. Auf der Riesenscheibe der Bühne das Pult, dreieckig zugeschnitten, die Spitze mit den Trikoloren blau-weiß-rot zum Publikum gerichtet, aufragend wie eine gotische Kathedrale. Was erwartet uns: eine Messe, eine Heilslesung, eine Verkündigung?

Es paßt nicht so ganz in diese Inszenierung, daß die Kapelle zum Anwärmen den Amerikaner Glenn Miller spielt. Dazu pusten von draußen Diesellagereate Warmluft in die Menge, es stinkt. Beifall braust auf, pflanzt sich von einem Ende der Halle fort bis zum Podium: Pierre Mauroy, der Bürgermeister von Lille, Mitterrands erster Premierminister der sozialistischen Koalitionsregierung mit den Kommunisten bis 1984, erscheint mit Gefolge, Danielle Mitterrand, die Frau des Präsidenten, ist dabei. Er darf den roten Teppich betreten, niemand kehrt hinter ihm, es ist nicht nötig, er hinterläßt keine Spuren. Rechts von der Bühne, auf der Ebene mit den Arbeitern, das Gestühl für die Prominenz.

Links neben der Bühne kein Gestühl, aber dennoch von der Menge getrennt, der Raum für die lokalen und regionalen Honoratioren, viele Bürgermeister tragen die blau-weiß-rote Schärpe - treue, verlässliche Kampfgefährten auch sie.

Erneuter Beifall: Nun tänzelt es auf dem roten Teppich die Halle entlang. Künstler, Intellektuelle, Akteure von Film, Fernsehen und Bühne: Françoise Sagan, Annie Girardot, Michel Colucci - Coluche genannt, ein Komiker, der mit seiner Idee der „Restaurant du cœur“ in Frankreich die Arme-Leute-Küchen populär macht. Angeführt wird diese rote Schickieria aus Paris von Jack Lang, dem Kulturminister. Dem Tagesanlaß entsprechend tragen viele Männer rote Schals, um die Damen wehen Füchse, die weichen Pelze werden enger an die Körper gezogen, denn viele Hände recken sich in die Gasse, wollen erfassen, was sich hier abspielt.

Aus dem Dunkel tritt: François Mitterrand

20 Uhr und drei Minuten: Die sechs Fernsehkameras sind auf einen Punkt gerichtet, live wird dieser Augenblick ins Land übertragen. Mit den ersten Tönen der französischen Nationalhymne, der Marseillaise, erhebt sich die Menge. Scheinwerfer richten sich auf einen Mann: Aus dem Dunkel tritt François Mitterrand - die Helligkeit blendet ihn, er verharrt und dann geht eine Verwandlung vor sich. Die in der Halle verteilten Großprojektionswände spiegeln die Fernsehbilder wider.

Die Kamera fährt auf ihn zu: Aus dem Mann im dunklen Anzug mit der blauen Rosette, der höchsten Stufe der von Kaiser Napoleon geschaffenen Ehrenlegion, wird der Präsident. Es vollzieht sich die Inkarnation des Staatsamtes. Er setzt behutsam Fuß vor Fuß auf den roten Teppich, die Würde Frankreichs geht oft ein wenig gestelzt einher - stemlose Stille, dann bricht es heraus aus rauhen Männerkehlen: „Mitterrand“, rufen sie, „on va gagner“ - wir werden siegen.

350 Meter, er braucht vier Minuten, wehlt ein Bad in der Menge - wehlt ein Risiko, denn er geht schutzlos, allein, die Wachen halten Abstand. Er glüht nach links und rechts, sparsam sind die Gesten und jedem ist bewußt: Wenn er jetzt einen Finger ausstreckt, der Funke würde überspringen - die Allegorie mit dem berühmten Gemälde Michelangelos in der Sixtinischen Kapelle, Mitterrand behält sich diese Symbolik vor.

Der Präsident der Republik ist kein Parteigänger, er ist auch kein Parteiführer. Aber er kann nicht gleichgültig bleiben gegenüber den Vorgängen in Frankreich. Was würden die Franzosen von mir halten, was würden sie sagen, wenn unter diesen Umständen ihr Präsident schweigen würde.“ Nein, das sagt Mitterrand so nicht, das stammt von Giscard d'Estaing, seinem Vorgänger - es ist ein Zitat aus einer Rede des Republikaners kurz vor den Parlamentswahlen 1978, das nun den Sozialisten zum Feigenblatt wird. „Als Präsident 1981 vom Volk mit großer Mehrheit für sieben Jahre gewählt, soll ich in dieser Stunde schweigen, wo Frankreich im Begriff ist, einen anderen Weg zu wählen“, das sagt



Riesengroß auf die Leinwand projiziert, die Kathedrale von Lille. Groß war auch - der Schein trägt - Präsident Mitterrand als Wahlkämpfer. FOTO: AFP

Mitterrand in Lille - er gibt vor, alle Franzosen anzusprechen, doch richten sich seine Worte vornehmlich an die, die nach fünf Jahren Sozialismus zu zweifeln beginnen.

Knapp ein Drittel der Stimmen für die regierenden Sozialisten, sagen die Prognosen, das würde den Machtwechsel im Parlament bedeuten. Ist Mitterrand nach dem 16. März nur noch ein Drittel-Präsident, ein Minder-30-Prozent?

So wird aus dem Auftritt von geplanten 40 Minuten eine Kampagne, die François Mitterrand auf fast zwei Stunden ausdehnt. Ironisch nimmt er die Uneinigkeit der Opposition zum Anlaß das Schreckensbild einer Politik zu beschwören, die die Reichen begünstigt auf Kosten der Armen. Er scheut sich nicht, demagogische Verführung zu betreiben, indem er den - so behaupten seine Gegner - manipulierten Rückgang der Arbeitslosigkeit so heraufstelt, als ob allein Frankreich in Europa dieses Kunststück vollbracht hätte.

„Ja“, jubeln ihm die Tausende in der Halle zu, wenn er Gerechtigkeit fordert für die Alten, die Behinderten, die Kinderreichen, die Frauen, die Jugendlichen.

„Ja“, antwortet ihm ein Aufschrei, wenn er fragt: „Geht es uns heute nicht besser mit einer Politik, die Euch eine Woche mehr bezahlten Urlaub verschafft hat und das Recht, mit 60 Jahren in Pension zu gehen.“

Mitterrand malt die Vision eines neuen Frankreichs: „320 Millionen Europäer sind wir heute, größer als die USA oder die UdSSR - gibt mir

15 Jahre, dann werden die Früchte aufgehen, die heute gesät wurden. Frankreich wird größer werden in dem Maße, wie Europa wächst, es erhält eine neue Dimension: Heute heißt es Frankreich - unser Vaterland, morgen wird daraus Europa - unser Vaterland.“

Erinnerung an General de Gaulle

Die Arbeiter in Lille begreifen das zwar kaum, aber diese Worte sind nicht für den Augenblick gedacht. Mitterrand sagt sie auf für spätere Historiker - er schreibt schon die Fußnoten seiner Biographie. Der Mann oben auf dem Pult - in seiner Gestik, in seiner Artikulation, in seiner Prophetie, gleicht in diesem Augenblick dem größten Präsidenten der französischen Nachkriegsgeschichte: General de Gaulle.

Die unsichtbare Regie zieht zum Abschluß noch ein Register: Ein kleines Mädchen im blauen Mantel, blond und puppig, steigt die Treppe zum Präsidenten hinauf: Mitterrand geht der Kleinen entgegen, Küßchen hier, Küßchen da - sie wendet sich verschüchtert ab, da nimmt sie der Staatschef in seine Arme, hebt sie hoch - in der Halle von Lille erklingt die Marseillaise. So endet ein Abend mit dem Präsidenten - ein Schauspiel, das nach Auffassung von Sozialisten nichts, aber auch gar nichts gemein hat mit dem Wahlkampf in Frankreich.

Mit dem Papstbesuch begann das Ende der Ära Duvalier

Jean-Claude Duvalier ist geflohen, eine Junta regiert das Land. Wie kam es zum Sturz und wie geht es in Haiti weiter? Im ersten Teil einer WELT-Serie beschreibt Werner Thomas die aktive Rolle der katholischen Kirche beim Umsturz.

Von WERNER THOMAS

Papst Johannes Paul II. stand auf dem François-Duvalier-Flughafen der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince und beklagte das soziale Elend. Er forderte eine „echte menschliche Existenz“ für die Bevölkerung. Er appellierte schließlich: „In diesem Land muß sich etwas ändern.“ Präsident Jean-Claude Duvalier und seine mit Juwelen behängte Frau Michele saßen in der ersten Reihe. Sie wirkten irritiert.

Die denkwürdige Messe liegt fast drei Jahre zurück. Es war im März 1983.

Letzte Woche gab es nun Veränderungen. Und der Papst-Besuch und sein Aufruf hatte sicherlich mit dazu beigetragen, daß die Duvalier-Dynastie nach fast 29 Jahren zu Ende ging. „Der Papst hat uns alle motiviert“, sagte François Gayot, der Bischof von Cap-Haïtien und Vorsitzende der nationalen Bischofskonferenz. „Wir verstanden seine Worte als Aufruf zur Aktion.“ Auch zur politischen Aktion.

Nirgendwo anders auf dem amerikanischen Kontinent, Nicaragua ausgenommen, hat die katholische Kirche eine so einflußreiche Oppositionsbewegung gebildet. Überall, besonders in den ärmsten Regionen, leisteten Priester Basisarbeit. Der amerikanische Salesianer-Pater Lawrence Bohner, einer der schärfsten Kritiker des gestürzten Regimes, sprach von einer „Bewußtseinsbildung“.

80 Prozent der Haitianer sind Mitglieder der katholischen Kirche. Viele von ihnen glauben jedoch auch an den Voodoo-Kult. Oft mischen sich Elemente dieses afrikanischen Kultes mit dem Christentum.

Die Menschen dieser ärmsten Nation der westlichen Hemisphäre hatten lange ihr Leid geduldig ertragen. Vom Sicherheitsapparat des Regimes eingeschüchert, wagte kaum jemand Kritik. Im Mai 1984 änderte sich

plötzlich diese Situation, als in der Provinzstadt Gonaïves eine Hungerrevolte ausbrach, die sich wie ein Lauffeuer verbreitete. Die Protestaktionen wurden von Priestern ermutigt. Bischof Emmanuel Constant von Gonaïves sympathisierte öffentlich mit den Demonstranten.

Radio Soleil, die im Priesterseminar von Port-au-Prince operierende Rundfunkanstalt, entwickelte sich zum wichtigsten Sprachrohr der Opposition. Der meistgehörte Sender Haitis berichtete über die Misere, über Mißstände und Menschenrechtsverletzungen. Als im November vergangenen Jahres jene Rebellion begann, die schließlich zum Sturz Duvaliers führen sollte, war Radio Soleil die beste Informationsquelle. Er meldete auch die brutalen Übergriffe der Polizeiverbände, die neue Haßgefühle gegen das System weckten.

Duvalier hatte bereits im August vergangenen Jahres mit der Ausweisung von drei belgischen Priestern reagiert. Unter ihnen war der damalige Direktor von Radio Soleil. Gerüchte kursierten, daß die Ermordung eines vierten belgischen Priesters von den Sicherheitskräften vorgenommen worden sei. Im November ließ die Regierung den Sender dann vorübergehend schließen. Anfang Februar, als Duvalier nach seiner berühmten Durchhalte-Erklärung („Ich fühle mich stark wie ein Affenschwanz“) den Ausnahmezustand

verhängt hatte, wurde der Sender erneut geschlossen. Jetzt darf er wieder senden.

Diplomatische Beobachter in Port-au-Prince glauben, daß die Kirche in Zukunft noch einflußreicher sein wird, schon deshalb, weil von ihr die entscheidenden Impulse zur Rebellion gegen Duvalier kamen. Allerdings können die internen kirchlichen Spannungen jetzt offen zum Ausbruch kommen.

Es gibt Priester, vorwiegend Europäer, die das Evangelium der linken Befreiungstheologie predigen. Sie wünschen radikale Strukturformen und hätten auch nichts gegen sozialistische Experimente einzuwenden. Auf der anderen Seite gibt es konservative Kräfte, die während der Rebellion gegen Duvalier neutral waren oder gar die Regierung stützten. Bischof François Gayot steht in der Mitte.

Der Konflikt innerhalb der Kirche kann sich entspannen, wenn sich die soziale Situation der Insel verbessert. Die Zukunft Haitis ist jedoch ungewiß. Niemand weiß, wie lange die neue Junta unter der Führung des Generals Henry Namphy an der Macht bleiben wird. Schon kritisierten linksgerichtete Priester, in Haiti herrschten die alten Verhältnisse weiter - ein „Duvalierismus“ ohne Duvalier.

Morgen: Die Junta



Jubel auch in Miami: Exil-Haitianer feiern tanzend und singend das Ende der 29-jährigen Diktatur. FOTO: DPA

Auch alte Computer sind Gold wert

Von SIEGFRIED HELM

Das Computerzeitalter schreitet so rasant voran, daß das Neueste morgen schon Schrott ist. Der Kanadier Jeff Caplan (27) hat in London daraus eine Tugend gemacht: einen „Computer-Friedhof“.

Hier landen funkelneue Computer im Wert von Millionen, die sich schon überlebt haben und zum alten Eisen geworfen werden. Caplan über seine oft brandneuen Leichen: „Es klingt absurd, aber bei uns landen Computer in ihrer Originalverpackung. Die sind schon zwischen Bestellung und Anlieferung veraltet und werden verschrottet.“ Viele Konzerne wollen ständig auf dem jüngsten Stand der Technik stehen und schaffen immer schnellere und kleinere EDV-Systeme an. Da werden teure Computer zu Spottpreisen abgegeben oder landen gleich auf dem Schrottplatz.

Caplan: „An diesem Geschäft läßt sich bestens verdienen. Ich komme mir vor wie ein Gebrauchtwagenhändler, der den Leuten als letzter noch etwas abkauft.“ Für einen Computer, der neu an die 275 000 Mark kostete, bietet Caplan immerhin noch bis zu 400 Mark. Die Menge macht's.

Gelegentlich kommen auch hochbetagte und verdiente Schnellrechner auf diesen Friedhof, so der 30 Meter lange, fünf Meter hohe und acht Meter tiefe Gigant von Brummidimension, der bei der Royal Air Force in Hendon Dienst tat, bis er nicht mehr ausreichte.

Computer-Verwerter Caplan: „Fast alles, was hier angeliefert wird, ist gutes, durchaus noch brauchbares Material. Irgendwo konnte es irgendjemandem von Nutzen sein. Es ist kein Schrott. Was bei uns als überholt angesehen wird, wäre genau richtig in der Dritten Welt.“

Aus dem irdischen Rest der Computer werden durch Spezialmaschinen und in Schmelzereien Edelmetalle extrahiert, beispielsweise Gold, das elektronische Signale mit Lichtgeschwindigkeit geleitet hatte. Die Schmelzerei darf als Bezahlung zwei Prozent des Goldes behalten.

Jake Bremner, der die Computer zur ewigen Wiederkunft für die Recycling-Reise rüstet, ist überzeugt, daß es auch auf einem Computerfriedhof nicht anders als auf einem Kirchhof, spukt. „Die stöhnen und knirschen nachts ganz erbärmlich. Nachts ist es hier richtig unheimlich. Man kann es kaum abwarten, daß das Licht angeht.“ Wenn dann die Präfluthämmer die mit Chips-Grips gefüllten Gehirne in tausend Stücke schlagen, dann hätte man ein gequältes Zeitgenosse, der den Umgang mit ihnen noch lernen muß, seine helle Freude daran. (SAD)

Sozialer Aufstieg

Wir Deutsche haben seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein Gemeinwesen geschaffen, das offener ist als jedes andere zuvor - offen für die Förderung von Begabungen, die Entfaltung eigener Kräfte, die persönliche Weiterentwicklung jedes einzelnen. Chancen voranzukommen gibt es quer durch alle sozialen Schichten.

Seien wir uns dessen bewußt:

- Wir haben ein breites Bildungssystem und eine Vielfalt von Ausbildungswegen und damit die Voraussetzungen für gleiche Startbedingungen.
- Leistung, Sachkenntnis, persönliche Integrität und Verantwortungsbewußtsein bestimmen das berufliche

Fortkommen und den Zugang zu Führungspositionen, nicht aber ererbte oder willkürliche Privilegien.

- Der breite Mittelstand und eine zunehmende Zahl von gerade jungen Selbständigen zeigen, daß durch eigene Anstrengungen Aufstieg und Entwicklung möglich sind.

Soziale Unterschiede werden so zum Anreiz, nicht zur Abgrenzung. Erfolg durch Leistung - dieses Prinzip wird uns helfen, die vielen vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, für das es sich einzusetzen lohnt.

Deutsche Bank



Man muß über den geschichtlichen Themenkanon neu nachdenken

Von JOIST GROLLE

Die Berliner Schulszenaristin Hanna-Renate Laurien hat Sturm gegen einen Lehrplan für die Fächer Geschichte und Sozialkunde in Hamburg geläutert (Die WELT vom 31. Januar 1986, Anm. d. Red.). Ich glaube, meine Kollegin hat einen Fehlalarm ausgelöst.

Im Jahre 1984 hatten Umfragen ergeben, daß die Schüler der Hamburger Gymnasien bei der Behandlung der neuesten Geschichte nur selten über das Jahr 1945 hinauskommen. Lange Zeit mag solche Zurückhaltung verständlich gewesen sein. Aber inzwischen wachsen in unsere Schulen Kinder hinein, die samt ihren Eltern ausnahmslos dieses Jahr 1945 geboren sind. Die Bundesrepublik, auf deren Boden die neuen Generationen heranwachsen, blickt bereits auf einen größeren Zeitraum zurück, als Weimarer Republik und Drittes Reich zusammengekommen. Kann es da befriedigen, daß nach wie vor das in den Schulen vermittelte Geschichtsbild nur im Ausnahmefall über die Zäsur des Jahres 1945 hinausführt? Haben nicht unsere Kinder und Enkel Anspruch auf ein Geschichtsbild, das ihre eigene Erfahrungswelt und die ihrer Eltern einbezieht? Wer aus dieser Einsicht Konsequenzen ziehen will, der kommt nicht umhin, neu über den geschichtlichen Themenkanon nachzudenken. Ohne Konzentration und Straffung geht dies nicht ab, es sei denn, man wolle die Köpfe in einen Speicher unverändert addierter Daten verwandeln.

Wirklichen Streit lohnt die Frage, welche Begriffe geeignet sind, die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945 zu erfassen. Aber dieser Streit sollte nicht mit untergeschobenen Argumenten geführt werden. Frau Laurien suggeriert, den Hamburger Schülern solle der Nationalsozialismus als „spätkapitalistischer Hitlerfaschismus“ vorgestellt werden, der seine Fortsetzung in der Bundesrepublik finde. Dies ist eine Unterstellung, die ich als bewußt verfälschend mit Schärfe zurückweise.

Statt sich über diesen Stand der Dinge durch einen Anruf in Hamburg zu informieren, schreibt Frau Laurien einen Artikel, in dem sie die überholte Erstfassung vom Juli 1985 mit Vehemenz attackiert. So behauptet sie, es solle den Lehrern in Hamburg überlassen bleiben, ob sie entweder die Revolution von 1848 oder die deutsche Einigung von 1871 behandeln. Tatsächlich ist längst klargestellt, daß beide Themen für den Unterricht verbindlich sind. Ebenso unnötig erhebt sich Frau Laurien über die angeblich den Hamburger Schülern zugedachte Frage „Wende in Bonn - Rückkehr in die 50er Jahre“. Vielleicht tröstet es die Kollegin, daß ich selbst diese Formulierung mit Rücksicht auf den überparteilichen Charakter der Schule aus dem ersten Textentwurf gestrichen habe.

Anderes wird Frau Laurien allerdings weiter ertragen müssen. So von ihr kritisierte Thema „Die Sowjetunion - ein sozialistisches Modell?“. Für wie unzulänglich eigentlich sollen wir unsere Schüler halten, wenn wir sie nicht mit einer solchen Frage konfrontieren dürfen? Dies um so mehr, als der Themenplan selbst deutliche Hinweise auf das von revolutionärem Aufbruch ebenso wie von stalinistischer Gewalt geprägte Doppelgesicht der sowjetischen Geschichte gibt. - Neue Medien - droht für geschichtliches Interesse überhaupt, eine Feststellung im übrigen, die seit Thukydides Zeiten gilt.

Attacke richtete sich gegen überholte Erstfassung

Die Behandlung der Zeitschicht ist nicht, wie Frau Laurien argwöhnt, ein „Vorwand für das Zerbrechen historischer Kontinuität“, sondern eine immer neue Bedingung für geschichtliches Interesse überhaupt, eine Feststellung im übrigen, die seit Thukydides Zeiten gilt.

Mögen andere Lehrplanschreiber noch zögern, in Hamburg jedenfalls haben wir uns entschlossen zu han-

Fragen an die Gegenwart und die Vergangenheit

Richtig ist, daß der Hamburger Entwurf bezogen auf die Zeit von 1933 bis 1945 von „deutschem Faschismus“ spricht. Ich weiß nicht, welche Ängste Frau Laurien eingegeben, dies sei typisch „marxistisches Vokabular“. Ist denn inzwischen vergessen, daß die gesamte deutsche Emigration von Thomas Mann bis Anna Seghers von „deutschem Faschismus“ gesprochen hat? Ist denn verdrängt, daß spätestens seit dem Standardwerk von Ernst Nolte „Der Faschismus in seiner Epoche“ (1963) der Faschismusbegriff in der internationalen Geschichtsforschung breit eingeführt ist? Sicher, es gibt in Teilen der Wissenschaft Vorbehalte. Aber ist dies ein Grund, alle diejenigen, die an den von der deutschen Emigration geprägten Faschismusbegriff anknüpfen, als marxistische Saboteure am Bestand der Bundesrepublik zu denunzieren?

Die Lehrer in Hamburg werden sich nicht davon abbringen lassen, unseren Kindern ein Geschichtsbild ohne Tabus zu vermitteln. Es wäre weit mit uns gekommen, wenn wir uns von konservativen Ängsten daran hindern lassen wollten, im Gespräch mit unserer Jugend kritische Fragen an Gegenwart und Gegenwart zu stellen. Mit „rückwärts gewandtem Lamentieren“ hat das wenig zu tun, um so mehr mit demokratischem Selbstbewußtsein.

Genscher: USA verhandeln in Genf konstruktiv

rmc. Bonn

Die jüngsten Beratungen der Bundesregierung mit US-Botschafter Paul Nitze zur Koordinierung der westlichen Haltung in Fragen der Rüstungskontrolle haben Bundesaußenminister Genscher in seiner Ansicht bekräftigt, daß die USA die Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion konstruktiv weiterzuführen wollen. In einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk wertete Genscher die Vorschläge Gorbatschows vom Januar nicht als Propagandamanöver. Vielmehr enthält sie „in der ganzen Reihe von Fragen auch positive, substantielle Ansätze“. Wo die so-wjetischen Ansätze „in dieser Form nicht akzeptabel“ seien, so Genscher, werde der Westen „konstruktive Gegenvorschläge machen“.

Nach Nitze Beratungen mit Genscher und dem Bonner Abrüstungsbeauftragten Botschafter Ruth, deutet sich eine Akzentverschiebung im westlichen Verhandlungskonzept an, die offenbar stark von Bonn beeinflusst ist. Danach sind die Vereinigten Staaten bereit, die Genfer Verhandlungen über die Atomwaffen und die Nutzung des Weltraums auch stärker im Zusammenhang mit anderen, besonders für Europa bedeutsamen Rüstungskontrollverhandlungen zu sehen. Dazu zählen unter anderem die Konferenz für den Truppenabbau in Mitteleuropa, MBFR in Wien, und die KVAE in Stockholm. Denn Genscher und Nitze befanden nach ihrer Unterredung, Rüstungskontrolle müsse „das gesamte militärische Kräfteverhältnis umfassen“. Nur durch parallele Fortschritte in allen Bereichen könne dauerhafte Stabilität erreicht und das Risiko eines neuen Krieges ausgeschlossen werden.

Seite 2: Heiße Luft

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 35,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Es besteht Rechtsunsicherheit, die der Gesetzgeber beenden muß

WELT: Die Diskussion über den neuen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ist unübersichtlich geworden und allenfalls noch für Experten nachvollziehbar. Um was geht es bei Paragraph 116 wirklich?

Dregger: Es geht um die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie, um die Neutralität des Staates bei Arbeitskämpfen; es geht darum, zu verhindern, daß das Streikrisiko und das Aussparungsrisiko auf öffentliche Kassen verlagert wird. Wenn es der IG Metall gelänge, mit Hilfe ihrer neuen Mini-Max-Strategie die Gemeinschaftskasse der Bundesanstalt für Arbeit zu ihrer Streikkasse umzufunktionieren, dann hätte sie das Streikrisiko weitgehend auf Dritte abgewälzt, dann könnte sie unbegrenzt lange streiken, dann könnte sie Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert. Oder die Industrie wäre gezwungen, ihre hochproduktiven, aber streikempfindlichen Strukturen zugunsten von mehr Streikunempfindlichkeit, aber zu Lasten der Produktivität zu verändern, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ihre Fähigkeit, hohe Real-löhne zu zahlen, vermindern würde.

WELT: Was heißt Mini-Max-Strategie?

Dregger: Beim letzten Arbeitskampf in der Metallindustrie wurden zwei Hersteller von Motorkolben mit einer Belegschaft von nur 5000 Arbeitnehmern bestreikt; damit lag die ganze deutsche Automobilindustrie lahm, auch außerhalb des Kampfgebietes, in dem gestreikt wurde. Der wirtschaftliche Schaden, der dabei entstand, lag bei dem hundertfachen der Kosten, die die Gewerkschaft für Streikgelder aufbringen mußte. Für die ausgefallenen Löhne in den nicht bestreikten, aber wegen Ausbleibens der Kolben ebenfalls stillgelegten Betrieben sollte die Bundesanstalt für Arbeit aufkommen, auch außerhalb des Kampfgebietes. So legten jedenfalls zwei Arbeitsgerichte den Neutralitätsparagraphen 116 in seiner jetzigen Fassung im Gegensatz zur Bundesanstalt aus, ohne daß die zwei Verfahren bis heute rechtskräftig abgeschlossen worden wären. Die Bundesanstalt zahlt daher nur unter Vorbehalt, was auch für die betroffenen Arbeitnehmer eine Quelle der Unsicherheit ist. Es besteht Rechtsunsicherheit, die der Gesetzgeber durch eine klarstellende Formulierung des Paragraphen 116 beenden muß.

WELT: Soll die neue Streiktaktik der IG Metall verboten werden?

Dregger: Nein, in das Arbeitskampfrecht greifen wir nicht ein. Aber wir wollen klarstellen, daß das Streik-

Dregger: Soweit ich sehe, kann nach den jetzigen Strukturen und der jetzigen Praxis diese Frage nur im Metallbereich wirksam werden. Sie setzt nämlich voraus, daß derselbe Fachbereich in regionale Tarifgebiete unterteilt ist und daß - auf Grund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen - auch außerhalb des Kampfgebietes, also in einem anderen regionalen Tarifbereich, Stillelegungen wegen ausbleibender Vorlieferungen stattfinden müssen.

WELT: Zur Zeit hat über die Anwendung des Paragraphen 116 der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit die Entscheidung, die dann von den Sozialgerichten angefochten werden kann. Was halten Sie von der Anregung, statt des Präsidenten eine Schlichtungsstelle einzurichten zu lassen, die von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Neutralen besetzt wird?

Dregger: Ich halte das für erwägenswert. Wenn die Streikgerichte sich vor dem Schiedsgericht diesem unterwerfen, wäre der Schiedsgerichtsbefugnisse, das nicht, dann ist für diesen Fall zu erwägen, für die Anfechtung nur eine gerichtliche Instanz vorzusehen, um bald Klarheit zu erhalten. Das ist für die Gewerk-

schaften ebenso wichtig wie für die Arbeitgeberseite.

WELT: Bedeutet das, daß die Regierungsvorlage nach Ihrer Auffassung verändert werden könnte?

Dregger: Ja, das haben wir immer gesagt. Die hier erörterte Anregung würde übrigens die Regierungsvorlage nicht verändern, sondern im Sinne der angestrebten Klarstellung ergänzen.

Die Regierungsvorlage ist gut und ausgewogen. Aber das schließt nicht aus, sie zu verbessern. Ich fordere insbesondere den DGB auf, statt auf geladene Kampagnen, bei denen fast niemand weiß, um was es eigentlich geht, zu veranstalten, mit uns, dem Gesetzgeber, Gespräche zu führen und Verbesserungsvorschläge zu machen. Druck und Desinformation prälen bei uns ab. Eine Null-Lösung wird es nicht geben. Wir werden das Gesetz nach sorgfältiger Beratung Ende März verabschieden. Niemand sollte glauben, die Fraktion spalten zu können. Der Versuch, Norbert Blum, einen der wenigen Arbeiter im Bundestag, den gelerntem Werkzeugmacher aus Rüsselsheim, das alte Mitglied der IG Metall, von der Fraktion trennen zu können, wird scheitern. Wir werden zusammen mit Norbert Blum das beschließen, was notwendig ist, um die Tarifautonomie funktionsfähig und die deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig und damit auch zugunsten der Arbeitnehmer leistungsfähig zu erhalten.



Alfred Dregger
FOTO: JUPP DARCHINGER

WELT: Die FDP hat die Auseinandersetzungen um den Paragraphen 116 als zusätzliche Möglichkeit, Profil zu gewinnen, entdeckt. Bedeutet die schärfere Gangart der Freien Demokraten in solchen Einzelfragen und deren Bemühen, sich insgesamt als die Wirtschaftspartei zu präsentieren, eine Belastung für die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition?

Dregger: Die FDP mag sich profilieren wie sie will. Nur eines muß sie erkennen. Die mit der Neuformulierung des Paragraphen 116 gestellte Frage kann ohne politischen Schaden nur von uns geregelt werden; denn nur wir sind die große Volkspartei, in der die Arbeitnehmer ebenso zu Hause sind wie andere gesellschaftliche Gruppen. Profilierungsversuche der FDP in dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt können der Sache nur schaden.

WELT: Ist es richtig, den Bundestagswahlkampf so anzulegen, daß die jetzige Formation der drei Regierungsparteien auch nach 1987 Bestand hat, oder sollte den Stimmen nachgegeben werden, die der Union raten, auf eine knappe absolute Mehrheit der Mandate zu setzen?

Dregger: Das ist viel zu kompliziert gedacht. Wir wollen jede Stimme erhalten, die für uns erreichbar ist. Wir



Beim „Börsentraining '86“ der 'Wirtschaftswoche' lernen Sie jetzt unter ganz realistischen Bedingungen die Sprache der Börsianer. Und können beweisen, wie fachmännisch und profitabel diese Sprache?

Beherrschen Sie diese Sprache?

Sie mit allen Finanzinstrumenten spielen. Zu gewinnen sind Preise im Gesamtwert von 100.000 DM.



Teilnahme-Unterlagen gibts bei der 'Wirtschaftswoche'.
Tel.: 0211-83 88/3 78 oder 3 88.
Und in vielen Geschäftsstellen der Deutschen Bank.

MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE.

„ Wir würden unseren Wettbewerbsvorsprung gegenüber der französischen und britischen Industrie verlieren “

risiko durch Mini-Max nicht auf die Gemeinschaftskasse der Bundesanstalt abgewälzt wird.

Würde diese Klarstellung unterbleiben, dann müßten unsere Unternehmen sich streikunempfindlich machen. Sie müßten ihre Läger aufstocken und sich die Vorstufen der Produktion angliedern, die Arbeitsteilung vermindern und sich autark machen, wie dies heute noch weitgehend in Frankreich und Großbritannien der Fall ist. Dadurch würden wir unseren Wettbewerbsvorsprung gegenüber der französischen und britischen Industrie verlieren. Mit den Japanern, deren hohe Produktivität auf einer ausgeprägten Arbeitsteilung und einer reibungslosen Zusammenarbeit der Unternehmen mit Zulieferern und Abnehmern beruht, könnten wir nicht mehr mithalten. Das würde mit der deutschen Wirtschaft auch die deutschen Arbeitnehmer schädigen; denn auch eine starke Gewerkschaft kann nur das an Lohn- und Tarifbedingungen erkämpfen, was zuvor durch eine hochproduktive, leistungsfähige Wirtschaft erarbeitet wurde.

WELT: Sie sprechen in diesem Zusammenhang immer nur von der IG Metall. Gilt das nicht auch für die anderen Gewerkschaften?

Flüge von Paris nach Leipzig?

dpa, Berlin

Zwischen Frankreich und der „DDR“ finden nach Informationen des Berliner „Tagesspiegels“ gegenwärtig Verhandlungen über die Aufnahme einer ständigen Flugverbindung zwischen Paris und Leipzig statt. Ziel der Verhandlungen sei eine Ausweitung der bisherigen Messeflüge zu einem allgemeinen Linienflugverkehr, berichtete die Zeitung gestern unter Berufung auf „alliierte Kreise“.

Die Strecke solle von der „DDR“-Fluggesellschaft Interflug allein bedient werden, da die Air France nicht die Absicht habe, in die „DDR“ zu fliegen. Bisher veranstaltet die Interflug nur zu Messezeiten Flüge von Paris nach Leipzig.

Dokumentation zum Fall Antes

hrk, Berlin

Der Senat will in den nächsten Tagen eine umfangreiche Dokumentation über den größten Bestechungs- und Korruptionsskandal der Berliner Nachkriegszeit, der durch den Baustadtrat Wolfgang Antes (CDU) ausgelöst wurde, vorlegen: Senatssprecher Winfried Fest sagte gestern zur WELT, man habe sich aufgrund der „vielen falschen Darstellungen“ von Sachverhalten und Umständen in den Medien zu einem derartigen Schritt entschlossen. „Es handelt sich dabei um eine Art Chronologie, in der die tatsächlichen Abläufe aufgeführt werden.“ Man will im Rathaus Schöneberg dadurch vor allem den Eindruck einer defensiven Grundeinstellung zu den Vorgängen vermeiden.

Demonstration in Ungarn aufgelöst

ugs, Wien

Eine Demonstration ungarischer und österreichischer Umweltschützer ist in Budapest von der ungarischen Polizei gewaltsam aufgelöst worden. Die etwa 60 Demonstranten wollten durch einen Marsch in Budapest gegen den Bau des Kraftwerks Nagymaros in Ungarn und der tschechoslowakischen Staustufe Gabčíkovo an der Donau protestieren. Die Polizei nahm einen österreichischen Fernseh-Kameramann, der die Demonstration filmen wollte, fest. Gegen den Kraftwerksbau an der ungarischen und tschechoslowakischen Donau, der durch Verträge zwischen Budapest und Prag geregelt wurde, haben Ökologen schwere Bedenken geltend gemacht.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Peking verweist auf die Sicherheitslage in Asien

Chinas Position zu Gorbatschows Abrüstungsvorschlägen

JOCHEM HEHN, Hongkong
Das spektakuläre Angebot des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, bis zum Jahr 2000 die Welt von Atomwaffen zu befreien, hat die chinesische Regierung nicht weniger überrascht als Washington. Man ist in Peking nun auf die Antwort der USA gespannt. Mit vorsichtiger Zurückhaltung kommentierte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, die Abrüstungsvorschläge beinhalteten zwar neue Gesichtspunkte, doch bedürften sie noch sorgfältiger Prüfung. Und unter Bezug auf die Sicherheitslage in Asien fügte der Sprecher hinzu, daß es eine Lösung des Konflikts nur dann geben könne, wenn die beiden Supermächte ihr Hegemoniebestreben in der asiatischen Region aufgeben und die Krisenherde in Kambodscha und Afghanistan beseitigt würden.

Die Tatsache, daß Peking seine Reaktion auf die sowjetischen Vorschläge mit der Sicherheitslage in Asien verknüpft und dabei ausdrücklich die Länder Kambodscha und Afghanistan ins Feld führt, die beide entweder durch sowjetische Truppen oder mit Hilfe Moskaus besetzt sind, mag auf den ersten Blick widersprüchlich erscheinen. Denn auch Peking müßte die Abrüstungsofferte Gorbatschows eigentlich willkommen sein, soll damit doch der amerikanische Präsident Ronald Reagan dazu gedrängt werden, auf seine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zu verzichten, die von Peking immer wieder als „gefährliche Veränderung des Weltfriedens“ brandmarkiert wurde.

Globale Dimension

Die chinesische Diplomatie befindet sich aber in dieser Frage gegenwärtig in einer delikaten Position. Einerseits würde sie dem sowjetischen Vorstoß gern ihren Segen geben, andererseits möchte sie gegenüber den Vereinigten Staaten den Eindruck vermeiden, sie würde auf die sowjetische Linie einschwenken. Gorbatschows Angebot, das hat man in Peking offenbar erkannt, hat eine globale Dimension - es berührt nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen dem Warschauer Pakt und dem westlichen Verteidigungsbündnis, sondern zielt auch nach Osten. Eine Volksrepublik China im Kielwasser Moskaus könnte für Washington als strategisches Ge-

gewicht zur UdSSR an Bedeutung verlieren und dazu führen, daß die Amerikaner dem chinesischen Modernisierungskurs ihre Unterstützung entziehen, was vor allem bedeuten würde, den umfangreichen Technologie-Transfer im militärischen Bereich zu stoppen.

Pekings „Ohrfeige“ für den „Hegemonisten aus Moskau“ kann somit in die gleiche Kategorie eingeordnet werden wie etwa jene drei stereotyp wiederholten Forderungen, auf deren Einlösung China vor einer völligen Normalisierung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses immer noch besteht, nämlich: 1. Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, 2. Ende der Unterstützung für das in Kambodscha kriegführende Vietnam und 3. Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte entlang der chinesisch-mongolischen Grenze.

Auf eigene Stärke bedacht

China will dem Westen beweisen, daß die Kluft zwischen Peking und Moskau - ungeachtet der vielfältigen Kontakte - unverändert groß ist. Auch die jüngsten Äußerungen der chinesischen Führung zum chinesisch-sowjetischen Verhältnis vermitteln diesen Eindruck. Peking ist sehr daran gelegen, nicht jenen Kräften in den USA Auftrieb zu geben, die im kommunistischen China noch immer eher einen potentiellen Gegner denn ein befreundetes Land sehen.

Bei all dem vorsichtigen Taktieren zwischen Moskau und Washington verliert Peking jedoch nicht die Stärkung der eigenen Stellung aus den Augen. Die chinesischen Bemühungen, die beiden Gipfelpartner USA und UdSSR gemeinsam als Gefahr für den Weltfrieden hinzustellen, sowie die ständige Aufforderung an die Europäer in West und Ost, sich dem Bankrott der beiden Supermächte zu entziehen, dienen dieser Zielsetzung. Unter demselben Gesichtspunkt muß auch die Umwandlung der chinesischen Massenarmee in eine modern ausgerüstete Truppe sowie der forcierte Ausbau der eigenen atomaren Bewaffnung gesehen werden. Mit dieser Position wird US-Botschafter Rowney konfrontiert werden, wenn er in diesen Tagen in Peking die amerikanische Antwort auf Gorbatschows Vorschlag erläutern wird.

USA wollen die Vorschläge Moskaus mit eigenen Forderungen beantworten

Kennedy bedauert starre Haltung des Generalsekretärs in der Dissidentenfrage

FRITZ WIRTH, Washington

Der sowjetische Regierungschef Michail Gorbatschow hat in einem Gespräch mit Senator Kennedy im Kreml zu verstehen gegeben, daß er das nächste Gipfeltreffen mit Präsident Reagan in Washington nur für sinnvoll hält, wenn es konkrete Ergebnisse in Abrüstungsfragen verspricht. Er bezog sich dabei vor allem auf die von ihm vorgeschlagenen Reduzierungen von nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa, wobei er, wie Kennedy ausdrücklich betonte, dies nicht von amerikanischen Konzessionen an ihrem geplanten Forschungsprogramm für eine Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) abhängig machte.

Wie inoffiziell zu erfahren ist, wird die Reagan-Administration positiv auf die Vorschläge Gorbatschows reagieren, die er ursprünglich am 15. Januar gemacht hatte, sie zugleich aber mit der Zusatzforderung nach einem 50prozentigen Abbau sowjetischer Mittelstreckenraketen in Asien

verbinden. Außerdem möchte Washington das britische und französische Nuklearpotential aus diesem Vorschlag ausklammern, da die USA nicht in der Lage seien, für fremde Regierungen zu verhandeln.

In Washington hat überrascht, daß Gorbatschow den geplanten Gipfel mit Reagan in diesem Jahr mit einem Erfolgsgarantien versieht und ihn möglicherweise ganz in Frage stellt, wenn keine konkreten Ergebnisse zu erwarten seien. In der Reagan-Administration glaubt man jedoch nicht, daß Gorbatschow den Gipfel platzen lassen möchte, sondern daß er mit diesem Junktim lediglich Druck hinter seine Abrüstungsvorschläge vom 15. Januar setzen möchte.

Über den Termin des geplanten Gipfels gibt es zwischen Moskau und Washington immer noch Differenzen. Die Reagan-Administration drängt weiterhin auf den ursprünglich geplanten Termin im Juni, der Kreml dagegen bevorzugt einen Termin im Herbst, der den Gipfel in beträch-

Publikum der „Prawda“ fordert „Währungsreform“

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Zählt ein Jahr lang keine Gehälter, dann sind die heimlichen Geldreserven verbraucht, denn von irgend etwas müssen die Menschen ja leben.“ Dieser zynische Satz stand jetzt in der „Iswestija“. Er ist keine Ausnahme. Kein Tag vergeht, ohne daß in einer Moskauer Zeitung Geschichten über „dunkle“ Nebengeschäfte angeprangert werden. Auffallend ist jedoch in den letzten Wochen die Fülle von Artikeln in den sowjetischen Gazetten zum Thema „undeckeltes Einkommen“. Die Bevölkerung soll offensichtlich auf eine Novellierung oder Revision der bisherigen Gesetzgebung vorbereitet werden - oder gar auf eine „Währungsreform“. Denn erstmals stand jetzt schwarz auf weiß in der „Prawda“: „Reform? Ja.“

Hilfe der Sparkassen

Ein gewisser W. Iwensens, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Metallurgie, schlägt in seinem Leserbrief folgendes vor: Der Monatslohn der Arbeiter und Angestellten sollte in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft geregelt werden. Es gehe dabei um die „soziale Entwicklung und die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes“, wie sie derzeit in den „Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der UdSSR bis zum Jahre 2000“ diskutiert werden. Doch der Leserbriefschreiber geht weit über die bisherigen Vorschläge hinaus. Er verlangt eine „Geldreform“ (deneschnaja reforma), mit deren Hilfe „heftige und plötzliche Kürzungen der Einnahmen durchgeführt werden sollen“.

In der gleichen Ausgabe des Parteiorgans machen sieben weitere Briefschreiber Vorschläge, wie man den „grauen“ Markt in den Griff bekommen kann. Und zwar mit Hilfe der Sparkassen. Auch diese Sowjetbürger plädieren für eine Staats- und Gemeindeförderung auf dem Gebiet der Arbeitsplätze sowie gleichzeitig auf dem Gebiet für Konsumausgaben. „Raffgierigen, habstüchtigen und bestechlichen Menschen und Spekulanten muß entschieden Einhalt geboten werden. Der Tag der Abrechnung ist nahe. Aber immer noch nicht für alle“, so schreiben sie entrüstet.

Andere Vorschläge gehen dahin, „die Einkommen und Ausgaben eines jeden Staatsbürgers unter Kontrolle zu stellen. Man sollte ein Sy-

stem von Maßnahmen ausarbeiten, um alle Geldmittel in der Hand des Staates zu konzentrieren.“ Für ein geeignetes Mittel halten die zu Wort kommenden „Leser“ sogenannte Sparbücher. Der Monatslohn von Arbeitern, Kolchosbauern und Angestellten solle auf Sparbücher gezahlt werden. „Selbstverständlich muß jeder ein Sparbuch haben und dessen Nummer muß im Paß verzeichnet sein.“

Ferner wird empfohlen, daß Sparkassen unter bestimmten Bedingungen auch Einzahlungen von Bürgern privat annehmen dürfen. Außerdem verlangen diese Sowjetbürger, ein „Scheck-System“ einzuführen. Schecks sollten künftig von den Sparkassen zur Bezahlung von Beträgen über 300 Rubel ausgestellt werden.

Nur: Die meisten Sowjetbürger haben kaum einen Rubel auf der Sparkasse. Die Verzinsung - drei Prozent - bietet keinen Anreiz, das Geld auf einem Sparkonto anzulegen. Andererseits weiß man, daß zigtausend Rubel privat gehortet werden. Rubel, die durch Dritt-Geschäfte und Schwarzarbeiten erworben wurden. Ganze Branchen - etwa die der Autoreparatur, die in den staatlichen Werkstätten fast total versagt - werden durch Schwarzarbeit aufrechterhalten. Dies hat dazu geführt, daß Facharbeiter ihre Arbeitszeit „im Dienste tatenlos absitzen und ihre Energie für den Abendjob aufsparen“ („Iswestija“).

Rechtzeitig aufgeschreckt

Die Häufung der Artikel über eine Geldreform hat die Sowjetbürger aufgeschreckt. Es ist noch nicht bekannt, wie das genau geschehen soll, die Diskussion aber hat, eben auf dem üblichen Weg über die medialen Transmissionsriemen der Partei, schon begonnen. Und zwar rechtzeitig vor dem Parteitag.

Zur allgemeinen Beunruhigung trägt auch die Abwertung des „Gold“-Rubels, des Devisenrubels, bei. Derzeit beläuft sich der von der sowjetischen Staatsbank festgesetzte Kurs auf 3,19 Mark. Zum Vergleich: Vor einem Jahr betrug er noch 3,80 Mark. Viele ältere Sowjetbürger erinnern sich noch an die von Chruschtschow 1961 durchgeführte Währungsreform. Plant Gorbatschow Ähnliches?

Sittenlehre: Der Papst zitiert Gandhi

Johannes Paul II. verteidigt Standpunkt zu Geburtenkontrolle / Begeisterung in Bombay

F. MEICHSNER, Bombay

Unter Berufung auf Mahatma Gandhi, den 1948 ermordeten indischen Nationalhelden und hinduistischen Apostel der Gewaltlosigkeit, hat Papst Johannes Paul II. gestern in Bombay zum Schluß seiner Indien-Reise den traditionellen katholischen Standpunkt gegen künstliche Empfängnisverhütung und Abtreibung vertreten. In den vergangenen acht Tagen seiner Rundreise durch den Subkontinent hatte er dieses Thema, zu dem die Regierung in Neu-Delhi angesichts der Bevölkerungsexplosion in Indien eine ganz andere Haltung einnimmt als die Kirche, mit keinem Wort erwähnt.

In seiner Predigt im Shivaji Park von Bombay zitierte der Papst Gandhi mit den Worten: „Der Akt der Fortpflanzung sollte im Interesse eines geordneten Wachstums der Welt kontrolliert werden. Wie kann die Suspension der Fortpflanzung herbeigeführt werden? Nicht durch unmoralische und künstliche Verbindung, sondern durch ein Leben der

Disziplin und der Selbstkontrolle. Moralische Ergebnisse können nur erzielt werden durch moralische Zurückhaltung.“

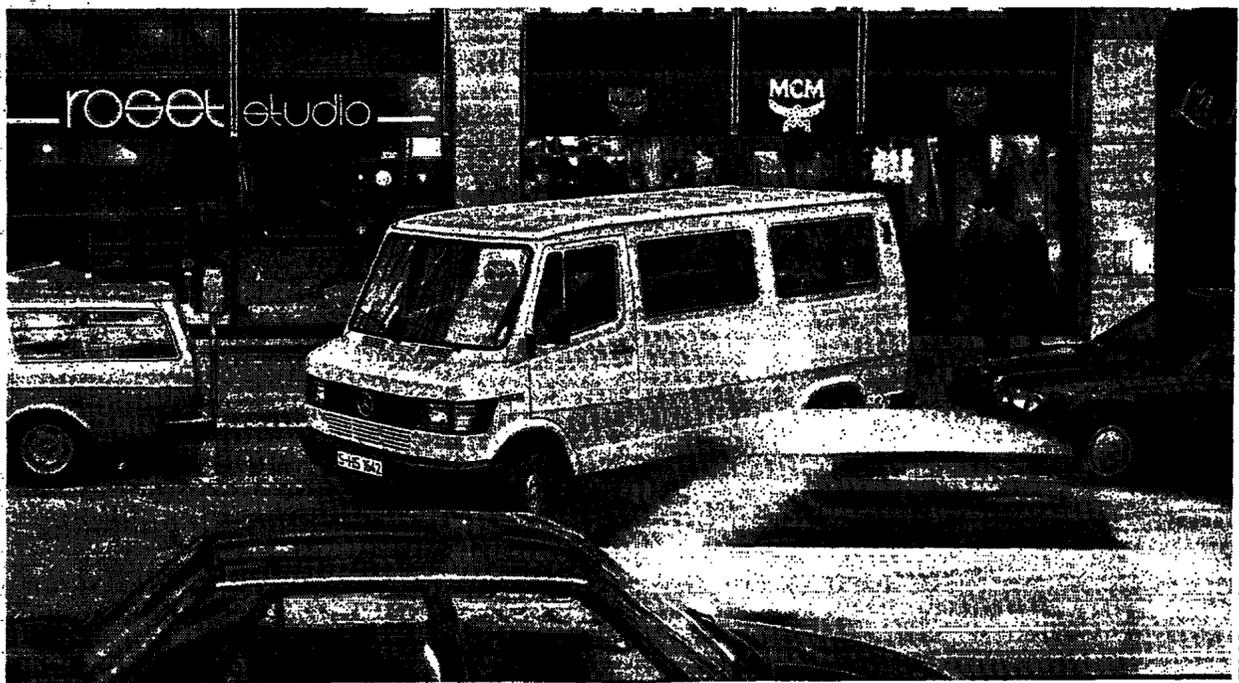
Das, so fügte Johannes Paul II. hinzu, sei auch die „tiefe Überzeugung“ der Kirche. Darüber hinaus sei es überall die Aufgabe von Familie und Gesellschaft, „die Heiligkeit des menschlichen Lebens vom Augenblick der Empfängnis an zu proklamieren“. Die Menschheit müsse alles ablehnen, was das menschliche Leben verwunde, schwäche oder vernichte - alles, was auch immer die Würde irgendeines menschlichen Lebens verletze.

Vor dem Hintergrund eines in der Nähe der Shivaji Parks gelegenen großen Slumviertels der 8-Millionen-Stadt am Arabischen Meer wies der Papst dann auf die Gefahr der „rapiden Urbanisierungsentwicklung“ hin. Die Folgen seien überfüllte Slums, Wohnungsprobleme sowie ein Anwachsen von Arbeitslosigkeit. All das habe negative Auswirkungen auf die Familie. Im „papsterfahrenen“

Bombay, wo schon Paul VI. 1964 seinen Einzug gehalten hatte, war Johannes Paul II. am Schluß seiner Reise der sicherlich größte Empfang seit seinem Eintreffen in Indien am 1. Februar bereitet worden. Hunderttausende säumten die Straßen.

Zuvor war er nach einer Seligsprechung noch für wenige Stunden zu einem Gebetsgottesdienst nach Trivandrum, der Verwaltungshauptstadt von Kerala, geflogen. Kerala ist der indische Bundesstaat mit der ältesten christlichen Tradition und der größten christlichen Minderheit. Der Gottesdienst von Trivandrum mit dem direkt am Meeresstrand errichteten Altar im Licht der untergehenden Sonne, mit den farbenprächtigen Festtrachten der Einheimischen, mit Tänzen und indischer Musik war die sicherlich suggestivste Veranstaltung der ganzen Reise überhaupt. In seiner Predigt unterstrich Johannes Paul II. hier die Bedeutung der Union zwischen Rom und der malankarisch-syrischen Kirche, die sich auf den Apostel Thomas zurückführt.

Wendig und lebendig - die Transporter von Mercedes-Benz.



Weil wir möchten, daß Sie in die langersehnte Parklücke so einfach wie möglich reinkommen, haben wir Technik, Ladevolumen und Komfort bei unseren Transportern kompakt zusammengefaßt. Klare Linien, optimale Gestaltung von Front- und Seitenscheiben und große Außenspiegel sorgen für beste

Sicht rundum. Und was den Fahrer besonders freut: Mit einer Fahrzeugbreite von unter zwei Metern dürfen die Mercedes-Transporter bis 2,8 Tonnen an jeder Parkuhr stehen. Mit der präzisen, leichtgängigen Lenkung läßt sich der Mercedes-Transporter problemlos drehen, wenden und rangieren, und im

Fahrerhaus mit Pkw-ähnlichem Komfort ist das Fahren ein Vergnügen. In Betreuung so gut wie in Technik. Das heißt für Mercedes-Benz auch: 1. Individuelle Finanzierungsmodelle und Leasingssysteme. 2. Überall bedarfsgerechte Ersatzteillager. 3. Breitestes Ausstattungsprogramm.



In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz. Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Rasterfahndung - unverzichtbares Mittel für die Polizei

Von HORST HEROLD

Wenn die Polizei - von Amts wegen - mit der Aufklärung von Straftaten beauftragt wird, dann hat sie keine Wahl: Die Strafprozeßordnung verpflichtet sie dazu, alle Maßnahmen zu treffen, um die Verhinderung der Sache zu verhindern. Häufig richtet sich der Verdacht zwar von vornherein gegen eine bestimmte Person, zumeist aber ist der Täter unbekannt und muß erst mühsam ermittelt werden.

Und vielfach führen diese Ermittlungen nicht einmal zu einer bestimmten Person, sondern ergeben nur Kennzeichnungen, Kriterien, nach denen sich der Täter beschreiben läßt. Etwa so: Der Mörder muß 1,80 m groß, schwarzhaarig und von Beruf Bäcker sein; er dürfte in einer süddeutschen Kleinstadt leben. Da solche Merkmale natürlich auf eine Vielzahl von Personen passen, aus denen der eigentlich Verdächtige erst herausgefiltert werden muß, gestaltet sich die Suche der Polizei entsprechend schwierig. Bezeichnet man die Summe der Beschreibungsmerkmale als Raster, so ist die Rasterfahndung folglich so alt wie der Kampf gegen das Verbrechen.

Was aber, wenn sich trotz aller Anstrengungen keine weiteren Beschreibungsmerkmale finden lassen, die den Kreis der Merkmalsträger verkleinern könnten? Dann bleibt der Polizei, um bei unserem Beispiel zu bleiben, nichts anderes übrig, als in sämtlichen süddeutschen Kleinstädten im näheren Lebens-, Freundes- und Bekanntenkreis aller Bäcker vor-sichtige Erkundigungen über deren Größe, Haarfarbe sowie den Aufenthalt zur Tatzeit einzuziehen. Natürlich spricht sich die Tatsache solcher Ermittlungen herum, trägt Zweifel in den Lebenskreis unschuldiger Bürger. Um derartige Belästigungen in Grenzen zu halten, bemüht sich die Polizei, in den Karteien jener Behörden nachzusehen, die die gesuchten Daten, im Beispielsfall jene über Größe, Haarfarbe, Beruf und Wohnsitz, verwaltet. Die Karteien dieser Behörden (Meldeamt, Paßamt) werden von Hand systematisch durchgeprüft, um alle Personen herauszufinden, die 1,80 m groß sind, schwarzhaarig usw. Erst die Heraushebung werden durch Ermittlungen vor Ort überprüft.

Die Befugnis der Polizei, im Auftrag der Staatsanwaltschaft von anderen Behörden Auskünfte zu verlangen, ergibt sich aus Art. 35 des Grundgesetzes. Freilich: Die neuere Rechts-

entwicklung, die - an der Schwelle des Computer-Zeitalters - in Gang gekommen ist, verlangt für Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht eine spezielle, den jeweiligen Eingriff exakt beschreibende Ermächtigung. Deshalb sind Zweifel aufgetaucht, ob die allgemein gehaltenen Vorschriften der Strafprozeßordnung als Rechtsgrundlage für die Nachschau in anderen Dateien noch genügen.

Die Polizei erhalte, so wird gesagt, bei der Durchsicht der Karteien anderer Behörden zwangsläufig Einblick in die persönlichen Daten auch jener Bürger, auf die überhaupt keine Suchkriterien zutreffen. Die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung zur raschen Auffindung und Durchmusterung großer Datenmengen haben diese Bedenken noch verstärkt. Könnte sich die Polizei nicht jederzeit in einem Rechner-Rechner-Verbund oder mit dem Aufbau von Datenverbindungen im Einzelfall bei allen anderen Behörden personenbezogene Daten beschaffen? Zwar würde die elektronische Fahndung, so wird allgemein gegeben, nur jene Daten herausfinden, die den Suchkriterien (1,80 m groß, Bäcker usw.) entsprechen und die Daten anderer Personen in einer Weise "überblättern", die die Anonymität der Nicht-Merkmalsträger wahrt. Kritiker meinen jedoch, daß die Polizei durch unbemerktes Einbringen von Zusatzkriterien sich illegale Einblicke in andere Daten unkontrolliert beschaffen könne.

Das Märchen vom Behörden-Datenverbund

Die Einwände sind insoweit un- berechtigt, als es einen Datenverbund der Polizei mit anderen Behörden, wie überhaupt einen Datenverbund der Verwaltungen, nicht gibt. Ihm stehen die Rechte des persönlichen Geheimschutzes entgegen, die der Gesetzgeber für den Lebens- und Sozialbereich in einem Schutzkreis um das Individuum errichtet hat. Der Grundsatz der Informationseinheit aller Staatsorgane wurde vom Volkszählungsurteil endgültig außer Kraft gesetzt. Die kritischen Einwände greifen daher theoretisch nur bei der für den Einzelfall aufgebauten Daten- verbund der Polizei zu einer anderen Behörde; praktisch hat es solche Fälle nicht gegeben.

Um die aufgetretenen Besorgnisse indes auszuräumen, hat die Polizei mehrfach vorgeschlagen, den elektro-

nischen Suchvorgang gesetzlich der Aufsicht und Kontrolle eines Richters oder auch des Datenschutzbeauftragten zu unterstellen. Dies würde garantieren, daß der Kreis der Suchkriterien nicht erweitert werden kann. Die aufgeworfenen Fragen bedürfen der Klärung, denn unbestreitbar besitzt die elektronische Fahndung den Vorzug, daß sie das Eindringen in den Lebensbereich von Unschuldigen vermeidet.

Im aufgeregten Klima der Datenschutzdebatte, die zu Beginn des Jahrzehnts aufbrach, war eine rationale Diskussion der mit der elektronischen Fahndung verbundenen Probleme freilich nicht möglich. Einige Datenschutzbeauftragte bezeichnen jeden elektronischen Suchvorgang als Rasterfahndung und meinen, diese sei ein Instrument zur Aus- filterung solcher Gruppen, die der Polizei risikobehaftet scheinen. Mit der Rasterfahndung verlege der Staat seine Sicherungslinie von den gesetzlich beschriebenen Verdachtsfeldern vor auf eine präventive Sozialkontrolle aller individuellen und kollektiven Lebensbereiche.

Tatsächlich hatte eine elektro- nische Fahndung nach unbekanntem Täter in der beschriebenen Form - Suche in den Dateien anderer Behörden - bis dahin gar nicht stattgefunden (davon zu unterscheiden sind sogenannte Datei-Abgleiche, bei denen überprüft werden soll, ob sich die Namen richtiger gesuchter Straftäter in anderen Dateien finden). Grund für den Verzicht waren einerseits die aufgetretenen Bedenken, zum anderen aber auch die praktischen Schwierigkeiten der unverhältnismäßig aufwendigen Suche in den jeweils verschiedenen, meist nicht kompatiblen Programm- und Datenbank- strukturen anderer Behörden. Die Suchkriterien, die im Rahmen der Terrorismusfahndung ermittelt wurden, konnten in den behördlichen Dateien herkömmlichen Schemas gar nicht verzeichnet sein, wie z. B. Wohn-, Lese- oder Konsumgewohnheiten von Terroristen, ihre bevorzugte Kleidung, Frisuren usw. Für die polizeiliche Kriteriensuche in den Dateien anderer Behörden wäre die Bezeichnung "positive" Rasterfahndung angebracht. Dies bringt zum Ausdruck, daß die elektronische Fahndung mit "positiven", das heißt auf vorhandene Eigenschaften hinweisenden Suchkriterien arbeitet; sie erkennt "positive" Gegenstände aus einer Datei, um das gefundene Ergebnis sodann "positiv" anzuzeigen.



Von 1971 bis 1981 Chef des BKA: Horst Herold. FOTO: SVEN SIMON

Elektronische Fahndungen, wie sie die Polizei seit 1977 praktizierte, sind von dieser "positiven Rasterfahndung" jedoch grundverschieden. Sie müßten als "negative" Rasterfahndungen bezeichnet werden. Leider schert die öffentliche Diskussion sämtliche computergestützten Fahndungsmöglichkeiten mit der Pauschalbezeichnung "Rasterfahndung" über einen Kamm. Dies hat zu schwerwiegenden Mißverständnissen beigetragen. Sie belasten die Diskussion zu den elektronischen Fahndungsformen und blockieren den Einsatz der "negativen" Rasterfahndung - ein großes Hemmnis bei der Bekämpfung des Schwerverbrechens, insbesondere des Terrorismus.

Was ist unter "negativer" Raster- fahndung zu verstehen?

Die Wirkungsweise läßt sich an einem praktischen Beispiel aus der Terrorismusbekämpfung zeigen. Terroristen waren und sind bei ihrem Tun auf konspirativ und unter anderem Namen unterhaltene Wohnungen angewiesen. Konspirative Wohnungen spielten eine zentrale Rolle als Unter- schlupf, Treffpunkt, Anlaufstelle, Werkstatt, Planungs-, Vorbereitungs- und Fluchtraum. Auf die Entdeckung dieser Nervennoten der terroristischen Bekämpfungsmaßnahmen daher in erster Linie ab. Konspirative Wohnungen können nicht unter dem wirklichen Namen, sondern nur mit Hilfe von Tarn- oder Falschnamen gemietet und unterhalten werden. Miete, Telefon, bezogener Strom werden unter dem Tarn- oder Falschnamen bezahlt. Weil aber Überweisungen von Konto zu Konto mit hohem Risiko verknüpft sind, zogen die Terroristen eine Barzahlung vor, entweder

unmittelbar oder durch Bareinzah- lung aufs Konto des Gläubigers bei einer Bank. Hieraus folgerten die Fahnder, daß immer dort, wo konspi- rative Wohnungen zu vermuten sind, die Tarn- oder Falschnamen sich z. B. unter den Namen der Strombezieher finden müssen, die ihre Stromrech- nung durch Barzahlung begleichen. Dieser Verdacht erlaubte die Elektrizitätswerke durch richterliche Beschlagnahmebeschlüsse anzuhalten, der Polizei ein Magnetband mit den Namen aller barzahlenden Kunden zur Verfügung zu stellen.

Wie aber ist es möglich, beispiele- weise, unter 20 000 Strombarzahlern einer Großstadt die Tarnnamen der wenigen Terroristen herauszufinden und die 19 995 Namen der Nichtbe- troffenen unberührt zu lassen?

Bei den 19 995 Nichtbetroffenen kann es sich nur um Personen han- deln, die sich ihres Namens legal be- dienen. Die Namen dieser Personen müssen bei Standesämtern, Melde- ämtern, Arbeitsämtern usw. verzeich- net sein, wie überhaupt bei allen Be- hörden und Institutionen, die "richti- ge" Namen, "geprüfte" Namen, also legale Personendaten verwalten. Die Dateien dieser Behörden sind daher geeignet, um in einem Gegenlauf der Magnetbänder aus dem Strombarzah- lerbund alle "legalen" Personendaten herauszulösen. Trifft beim Ver- gleichslauf eine legale Personalle auf ihr Spiegelbild im Strombarzahler- bund, so geht dieses, ohne Spuren zu hinterlassen, physikalisch unter, d. h. es wird vernichtet.

In aufeinanderfolgenden Lö- schungsverläufen werden die Mag- netbänder gegen das Strombarzahler- bund gespielt werden, so lange, bis anzunehmen ist, daß sämtliche Legal- daten getilgt und nur noch Tarn- oder Falschnamen übrig geblieben sind. Für die Träger legaler Namen ist der Vorgang datenschutz- und grund- rechtlich "harmlos", weil für sie ent- lastend; ihr datenmäßiges Spiegel- bild, das die Polizei betrachten könn- te, existiert nicht mehr. Die löschenden Behörden halten ihre Daten nicht, wie bei der positiven Fahndung, dem polizeilichen Einblick of- fen, sondern "radieren" sie, ohne sie fremden Einblicken auszusetzen, aus dem Untersuchungsbestand heraus. Die physikalische Vernichtung der le- galen Daten schließt ihren Mißbrauch aus: Besser als durch Datenvernich- tung in Untersuchungsbeständen kann die löschende Behörde ihre Da- ten vor der Kenntnis der Polizei nicht schützen. Für die "negative" Fah-

ndung können danach auch "sensible" Dateien, wie z. B. die der Sozialbehör- den, verwendet werden. Je sensibler das Datum ist, um so größer ist sein Schutz - durch Löschung.

In Frankfurt blieben im Herbst 1979 nach einer diesem Muster fol- genden, allerdings noch weithin ma- nuell unterstützten "Ausschließungs- fahndung" von 18 000 Barzahlern nur zwei Falschnamen übrig: der eines gesuchten Rauschgifthändlers mit falschem Paß und der des gesuchten Terroristen Rolf Heißler, der wenig später in seiner konspirativen Woh- nung festgenommen wurde. Weitere negative Rasterfahndungen fanden nicht mehr statt. Die empörte Öffent- lichkeit vermutete, vom Bundes-De- tenschutzbeauftragten nicht berich- tet, die Polizei verschaffe sich durch die Verwendung von fremden Da- teien Einblick in die Privatsphäre von Millionen unschuldiger Bürger. Gegenüber der Woge allgemeiner Entrüstung war es nicht möglich, Öffent- lichkeit und politischer Führung zu erläutern, daß das Modell der "ne- gativen" Rasterfahndung das Persön- lichkeitsrecht Nichtbetroffener aus- drücklich schützen sollte.

Eine Kombination aus "Negativ" und "Positiv"

Die vorgenommenen Löschungen spiegeln ein bestimmtes Aussonde- ringsprinzip wider. Anders als bei der Suche nach dem unbekanntem Täter durch "positive" beschreibende Kriterien, liegen der "negativen" Rasterfahndung ausschließende Merk- male zugrunde. Wenn etwa aufgrund von Ermittlungen feststeht, daß der Täter kein Rentner sein kann, so müßte die Rentenversicherungsan- stalt gebeten werden, mit ihrer Ren- tendatei aus dem von der Polizei zu untersuchenden Datenbestand alle Personendaten von Rentnern heraus- zulösen. Ergeben die Ermittlungen, daß der Täter kein Student war, so dient die Datei der Universitäten der Löschung. Und so fort, je nach der Personengruppe, zu der ein Täter nicht gehören kann. Die Ermittlungen müssen daher auf alle Ausschließungs-kriterien zielen, die sich in au- ßerpolizeilichen Dateien als Lö- schungshilfen finden.

In der Praxis könnten sich "posi- tive" und "negative" Fahndungsfor- men kombinieren lassen. So ist ein großer Datenbestand durch Löschungen so zu reduzieren, daß mit Hilfe "positiver" Kriterien bereits in weni-

gen Schritten der Verdächtige ermit- telt werden kann. Umgekehrt ließe sich der Restbestand einer positiven Fahndung durch Löschungen auf den Tatverdächtigen vermindern. Die rechtliche Beurteilung solcher Misch- formen richtet sich danach, welcher Fahndungsanteil jeweils überwiegt.

Die Schwachstelle der "Negativ"- Fahndung darf nicht verschwiegen werden: Um die Fahndung zu be- ginnen, müssen in aller Regel Personen- datensätze aus bestehenden Dateien herausgezogen werden (z. B. die Bar- zahlern aus den Gesamtbeständen der Stromzähler). Kritiker fürchten da- her, die Polizei könnte während des Zusammenführens und Verwahrens in den Untersuchungsbestand Ein- blick nehmen, bevor die Löschungs- läufe diesen Bestand auf einen gerin- gen Rest vermindert haben. Bereits bei der öffentlichen Vorstellung der "negativen" Rasterfahndung hatte die Polizei im Februar 1980 vorge- schlagen, der jeweils zuständige Da- tenschutzbeauftragte solle den Unter- suchungsbestand unter seiner Auf- sicht aufbereiten, in Verwahrung nehmen und die Löschungen kontrol- lieren lassen. Erst in den übrigen ge- bliebenen Restbestand solle der Polizei die Einsicht freigegeben werden. Lei- der lehnte der zuständige Daten- schutzbeauftragte den Vorschlag mit der offensichtlich auf ein Mißver- ständnis gegründeten Erklärung ab, er sei zur Unterstützung rechtswidri- ger Polizei-Eingriffe in außerpolizei- liche Dateien nicht bereit.

Die Probleme der Rasterfahndung werden seit Jahren in breiter Öffent- lichkeit erörtert. Allgemein scheint sich die Auffassung durchzusetzen, daß die "positive" Rasterfahndung für die Verfolgung der Schwerkrimi- nalität unerlässlich ist und daher mit den erforderlichen Sicherungen gesetzlich geregelt werden sollte. Tiefgreifende Mißverständnisse erschweren dagegen noch immer die richtige Einordnung der "negativen" Rasterfahndung als eines daten- schutzkonformen Instrumentes zur Ermittlung unbekannter Täter, das bereits dem geltenden Recht ent- spricht. Nach fast zehn Jahren öffent- licher Diskussion hat der Bürger und hat auch die Polizei ein Anrecht dar- auf, daß der Gesetzgeber die beste- henden Zweifel und Unklarheiten be- seitigt und zu den aufgeworfenen Fra- gen Stellung nimmt. Die Polizei darf nicht länger gezwungen sein, auf wirksame und zugleich datenschutz- gerecht gestaltete Waffen im Kampfe gegen das Verbrechen zu verzichten.

EXTRA-KLASSE - DIE NEUE

FUNK UHR

Geschichten aus der Tierklinik: Was unsere Zoolieblinge alles schlucken müssen.



SCHIMANSKI-SERIE
Götz Georges Mutter schreibt:
„Ich habe Angst um meinen Sohn.“

Die große Chance:
FUNK UHR-LOTTO-RÄSEL
Wieder
25.000 Mark
zu gewinnen.
Spielen Sie mit! Gewinnen Sie mit!



Frühlings-
mode
mit Paola



MEHR WERT ALS SIE KOSTET. WER KABEL HAT, BRAUCHT FUNK UHR.

Handwritten signature or mark at the bottom of the page.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Arroganz des Monopols

„Marktwirtschaft beim Fernsehen“: WELT vom 21. Januar
Sehr geehrte Damen und Herren, jeder kann mittels der Printmedien seine mehr oder weniger maßgebliche Meinung kundtun. Warum dies bei den elektronischen Medien in undemokratischer Weise dem Bürger verweigert wird, war früher mit der Frequenzknappheit erklärt worden. Heute jedoch ist dieses Argument weggefallen. Hinzu kommt die Tatsache, daß die elektronischen Medien Macht in demokratischen Staaten ausüben. Machtausübung in demokratischen Staaten ist jedoch normalerweise an Wahlen gebunden.

den war, einen süffisant darauf hinweisen, daß das Empfangsgerät ja einen Abstellknopf habe. Dennoch, auch wenn das Gerät abgeschaltet oder überhaupt nicht benutzt wird, treibt man die Zwangsgebühren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ein. So wird die Rundfunkgebühr zu einer Zusatzsteuer, von der die Anstalten nicht schlecht leben.
Es ist also nicht nur die Einschränkung der grundgesetzlich verbrieften Meinungsfreiheit in den elektronischen Medien, sondern auch die nicht durch Wahlen entstandene Machtposition, die die elektronischen Medien in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen, durch viel längere Zeit legitimierte Demokratien, unterscheidet.

Sicher kann man nicht jeden Mitarbeiter wählen, und auch die Journalisten in den Printmedien üben Macht aus, allerdings mit dem einen großen Unterschied, daß der Konsument wählen kann zwischen den mannigfaltigen Erzeugnissen der Verlage. Bei den elektronischen Medien ist diese Wahlmöglichkeit erheblich eingeschränkt, weil es bis vor kurzem, vor Einführung des privaten Fernsehens, nur die Wahl zwischen zwei Monopolen gab und diese, wenn man mit dem Dargebotenen nicht einverstanden

Wundern muß man sich nur, daß die CDU sich diese „Haberberichterstattung“ zugunsten der SPD so lange gefallen läßt und diese noch durch Bestands- und Entwicklungsgarantie fördert. Dieser schädliche Parteieneinfluß kann nur durch Privatisierung beseitigt werden.
Mit freundlichen Grüßen
Ferdinand Neitzert,
Kaltenkirchen

Ethischer Damm

„Tötung auf Verlangen“: WELT vom 3. Februar
Sehr geehrte Damen und Herren, die Diskussion über aktive Sterbehilfe wird durch die Statistik ad absurdum geführt. Weist sie doch aus, daß zwei von drei Personen, die in freier Selbstentscheidung einen durchaus wirksamen Selbstmordversuch unternommen hatten, aber durch rechtzeitiges ärztliches Handeln am Leben blieben, damit zufrieden und einverstanden waren.
Wie hoch der BGH - im Gegensatz zum biologisch nicht bewanderten Verfassungsrichter Zeidler - den Schutz des Lebens bewertet, geht aus einem seiner Urteile hervor. So begründet er die Verurteilung eines Gynäkologen, der eine 21jährige, ledige Schwangere trotz der tödlichen Gefahr des Verblutens bei Bauchhöhlenschwangerschaft auf deren ausdrücklichen Wunsch nicht zur Operation einwies, weil sie folgte: Angesichts des bedrohlichen Zustandes der Patientin und ihres unverständlichen Verhaltens sei der Arzt zum Handeln verpflichtet gewesen. Der entgegenstehende Wille der Kranken sei unbeachtlich gewesen, weil ihr Leben bedroht gewesen sei, und sie hierüber nicht verfügen konnte.

Der Arzt ist verpflichtet, Gesundheit und Leben seiner Patienten zu erhalten und zu fördern. Die besondere Vertrauensstellung des Arztes gegenüber seinem Patienten darf auch am Sterbebett nicht erschüttert werden. Wenn dieser ethische Damm bricht, wird man bald von „Henkern in Weiß“ sprechen.
Dr. Norbert Zyka,
Siegburg

Frau nach Vorschrift?

„Frauen - der Bestimmung keine Chance“: WELT vom 1. Februar
Seit ihrem Amtsantritt gibt die Familienministerin Professor Siemsmuth immer wieder Anlaß dazu, sich verwundert zu fragen, wie ihre Auffassungen sich eigentlich mit den Grundsätzen einer CDU-Politik vereinbaren. Damit ist selbstverständlich nicht ihre Beziehung der in Familie, Beruf und öffentlichem Leben gleichberechtigten Frau gemeint, sondern ihre offensichtliche Neigung, diese Gleichberechtigung für die Frau im Sinne einer „Gleichverpflichtung“ zu deuten. Sie stellt zwar fest, daß wohl die Gesellschaft den Rollenwechsel nicht will, doch sie wehrt sich gegen eine „neue Mütterlichkeit“.

ter freiheitlicher Politik verstehe ich, daß durch staatliches Handeln Rahmenbedingungen geschaffen werden, die von den agierenden Bürgern durch individuelle Gestaltung genutzt und mit Inhalt versehen werden - in der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Gesellschafts- und Familienpolitik. In diesem Sinne scheint es mir ausreichend, den Frauen die gleichen Möglichkeiten wie den Männern zur Lebensgestaltung zu bieten, soweit dies möglich ist (die natürlichen Unterschiede der Geschlechter werden sich ja wohl kaum abschaffen lassen), und ihnen dann ebenso wie den Männern die freie Wahl zu überlassen, für welchen Weg sie sich entscheiden wollen.
Mit freundlichen Grüßen
Helga Schulze-Frey,
Uhlingen-Birkendorf

Was mich an dieser Art der Behandlung der Frauenfrage stört, ist die Parallele zur Planwirtschaft. Un-

drohende Unheil durch Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit dieser gewollten Antipartei abzuwenden.

Verfassungsmäßigkeit

„Bündnis-Verständnis“: WELT vom 21. Januar
Horst Stein sieht in seinem Kommentar zu Recht in der Blockierung des Bundesstaates bei der Behandlung des Gesetzes über Ausbau und Modernisierung der Bundesstraßen durch die Fraktion der Grünen einen Mißbrauch des sonst üblichen Bonus auf Minderheitschutz.
Auch ist Horst Stein darin zuzustimmen, daß die Demokratie mit der Glaubwürdigkeit und Kompetenz der Demokraten steht und fällt. Wo aber bleibt die Konsequenz aus diesem Versuch der Grünen, die parlamentarische Demokratie praktisch lahmzulegen?

Es bleibt auch heute die Aufgabe der Bundesregierung, dem Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes wieder Geltung zu verschaffen und das Bundesverfassungsgericht zur Klärung der Verfassungsmäßigkeit des Verhaltens und der Ziele der Grünen anzufragen.
Mit freundlichen Grüßen
Hans Frickhahn,
Hamburg 65

Die Grünen haben zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, daß sie diesen Staat und das Grundgesetz ablehnen. Dafür haben sie bisher zahlreiche Beispiele geliefert, darunter auch solche von Gewalt und Nötigung. Die Bundesregierung, die damals von der liberal-sozialen Koalition gestellt wurde, hat trotzdem gegen den Einzug der Grünen in den Bundestag keinen Versuch gemacht, das

WENN Bischöfe und Kirchenleitungen diesen unsinnigen Beschluß der Synode nicht inhibieren, dürfen sie sich nicht wundern, wenn gerade treue Glieder der Kirche kein Interesse mehr an ihrer Kirche haben.
Professor Dr. Dr. Ernst Dammann,
Pinnberg

Personalien

GEBURTSTAG
Liesel Kipp-Kaale, Gewerkschaftlerin und ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete, wird am 13. Februar in ihrer Heimatstadt Bielefeld 80 Jahre alt. Die gelehrte Schneiderin war bereits in den zwanziger Jahren der sozialistischen Gewerkschaft Textil und der SPD beigetreten. Nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sie sich am Aufbau der Einheitsgewerkschaft „Textil und Bekleidung“ und kam in deren Hauptvorstand. 1949 bis 1966 gehörte sie dem Bundestag an.

für Architektur an der Fachhochschule Münster, erhielt vom norwegischen Botschafter Sverre Gjellum in Münster das Kommandeur-Kreuz des Königlich-Norwegischen Verdienstordens. Die hohe Auszeichnung wurde Reese für seine Verdienste um den deutsch-norwegischen Kulturaustausch vor allem in seiner Wirkungszeit als Direktor der einstufigen Werkkunstschule in Münster (1957-1971) zuerkannt. Ihm seien zahlreiche Ausstellungen, enge Kunsthochschul-Kontakte und ein reger Studentenaustausch zwischen beiden Ländern zu danken.

EHRUNGEN
Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist dem Direktor des Walter-Poppelreuter-Hauses in Vallendar, Robert Visarius, verliehen worden. In ihrer Laudatio würdigte Frau Staatsminister Dr. Ursula Hansen vom Ministerium für Soziales und Familie des Landes Rheinland-Pfalz das beispielhafte Engagement von Robert Visarius für die Kriegsopfer, Behinderten und für die Versöhnung mit unseren französischen Nachbarn. Die Gattin des Bundeskanzlers, Frau Hannelore Kohl, die Schirmherrin der neurologischen Klinik und Präsidentin des Kuratoriums ZNS (Kuratorium für Schädigungen des zentralen Nervensystems) ist, dankte Robert Visarius für die kooperative Zusammenarbeit.
*
Eritz Reese (68), zuletzt Professor

WAHL
Dr. Rudolf Strauch, Korrespondent der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ in Bonn, wurde während der Jahresversammlung der Bundespressekonferenz zum sechsten Mal zum Vorsitzenden ge-

wählt. Der Bundespressekonferenz gehören zur Zeit 444 in Bonn tätige Parlamentarierjournalisten an. Für Dr. Strauch und die Mitglieder der Pressekonferenz gab es Anlaß zu einem besonderen Dank an Elisabeth Bachhausen, die seit fast 30 Jahren das Sekretariat der Pressekonferenz im Bonner Tulpenfeld leitet. Frau Bachhausen wird sich im Laufe des Jahres in das Privatleben zurückziehen. Im Herbst 1986 hatte sie das Sekretariat übernommen. Vorher war sie als Korrespondentin für „US News and World Report“ in Bonn tätig gewesen und gehörte als Mitglied und als Vorstandsmitglied der Bundespressekonferenz an. Zu ihren besonders großen Verdiensten gehört seitdem die jährliche Organisation des Bundespresseballs in Bonn. Inzwischen muß Elisabeth Bachhausen fast 3000 Besucher des Balles in einer Gästeliste unterbringen. Nach ihrem Ausscheiden wird Inge Gitzman die Leitung des Sekretariats übernehmen. Ihr zur Seite steht Margareta Busse. Frau Grimm hatte bereits früher acht Jahre in der Bundespressekonferenz mitgearbeitet und gehörte in der Zwischenzeit dem Büro des „Stern“ und des APF-Fernsehens an.

KONSULARCORPS

Bolivien hat einen neuen Honorarkonsul, der in München residiert. Ernannt wurde Rüdiger von Kaufmann. Sein Konsularbezirk umfaßt die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg.



Strahlende Tenöre und abgründliche Bässe: Die Mainzer Hof-sänger

FOTO: DPA

Sie sind nicht nur während der närrischen Tage aktiv: Die „Mainzer Hof-sänger“

Auf Wunsch auch als Kosaken

Sie gelten als der Höhepunkt der deutschen Fernseh-Fastnacht. Dabei haben die „Mainzer Hof-sänger“ mit ihrem Finale beim alljährlichen Frohsinn-Marathon genaue genommen weniger Zuschauer als die übrigen Akteure. Man muß ja alle die abziehen, die bis dahin schon ab- oder umgeschaltet haben.

nach dem Kriege. Die „Hofsänger“-Hits „Sassa“ - die Samba stammt übrigens aus Fred Raymonds Operette „Maske in Blau“ aus dem Jahre 1937 - und „So ein Tag, so wunderschön wie heute“ von Lotar Elias geschrieben und erstmals zu hören bei der Kölner Prinzenproklamation 1955, wo man den Gästen aus Mainz vor Begeisterung die halbe Blumendekoration auf die Bühne nachwarf) waren in den späten 50er Jahren ein solcher Renner, daß mehr als eine Million Schallplatten davon verkauft wurden. „So ein Tag“ ist bis heute populär geblieben.

war in den 60er Jahren einmal ein Ausflug über den Großen Teich, wo man einem hierzulande gebürtigen US-Millionär ein nostalgisches Ständchen bringen sollte.
Da ganz lange Jahre immer nur „Helau“? Mitnichten. Die „Hofsänger“ geben einen richtigen bunten Werbeprospekt heraus. Da kann man nachlesen, was die Herren so alles auf dem Kasten haben. Sechs verschiedene Buchungsmöglichkeiten stehen dem Interessenten zur Verfügung:
1. Rheinische Lieder (in grüner Weste),
2. Operetten und Musicals,
3. Hits und Evergreens aus aller Welt,
4. Russische Folklore (im Kosakendress),
5. Western-Parodien und Cowboy-Songs,
6. Stimmung und Humor an Fastnacht.

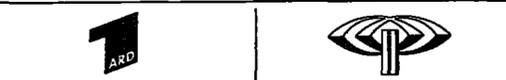
Vermutlich hat die 21köpfige Gruppe das gar nicht verdient. Ihre Texte (sie stammen im Gegensatz zur Musik meist nicht aus den eigenen Reihen) sind oft witziger und frecher als andere. Auch am Freitag wieder kam von den „Hofsängern“ auf einer Veranstaltung, die zeitweise wie eine Reklamedendung für die grundehrlichen deutschen Winzer und ihren geliebten Weinwirkte, mit das Spitzeste zu diesem Thema aber zu diesem Zeitpunkt, in musikalischen Wohlmut und Weinseligkeit gehüllt, wird es wohl nicht mehr so recht wahrgenommen. So sind die „Mainzer Hof-sänger“ der beliebteste deutsche Fastnachts-Chor, in bisher 32 TV-Sendungen nur einmal (1982) in der allgemeinen Rempelei um die einträglichen Plätze in der Sendung nicht berücksichtigt.

Tele-illustrierte - ZDF, 17.15 Uhr
ben, allerdings überwiegend in den heiseren Kehlen siegestrunkenen Fußball-Fans.

Dafür entwickelte sich rund um den TV-Erfolg für die „Hofsänger“ wie auch für andere Teilzeit-Narren ein anderes einträgliches Folgegeschäft. Nicht nur während der alljährlichen „Kampagne“, wo es fast jeden Abend mindestens einen Auftritt zu absolvieren gilt, sondern übers ganze Jahr ist eine prominente Gruppe wie die „Mainzer Hof-sänger“ im In- und sogar im Ausland gefragt. Zeitweise die 21 - obwohl vom Versicherungsinspektor über den Lagerhalter bis zum Winzermeister allesamt in einem höchst ehrenwerten, gar nicht komischen Beruf tätig - fast an jedem Wochenende unterwegs. Die Gage soll Höhen bis zu 5000 Mark plus Spesen erreichen. Aber das ist Geschäftsgeheimnis. Anders als eine Firma ist so ein Unternehmen schon aus steuerlichen Gründen gar nicht zu betreiben. Das größte auf diesem Gebiet

Angefangen hat es - übrigens vor fast genau 60 Jahren - ganz anders: als gemischter Chor, der sich vornehm, dem deutschen Liede zu huldigen“. Aber länger als ein paar Jahre ging es nicht mit dem erforderlichen ritzig deutschen Ernst. Schon bald trat die Gruppe - nunmehr rein männlich und seit 1933 unter dem Namen „Mainzer Hof-sängergilde“ - vorwiegend auf Fastnachtszügen auf.
Die ganz große Popularität kam

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM
9.45 ARD-Ratgeber
Rund um liebe Geld: Kontogebühren
10.00 heute
10.05 Die Schwanzweidklarin
11.00 Kölner Schul- und Vorkolleg
Ausschnitte aus dem Umzug vom Vorlage
12.00 Rosenmontag am Rhein
Aus Mainz (17.00): Werd' eins mit Mainz
Aus Düsseldorf (13.40): Was uns noch alles blüht
Aus Köln (15.20): Fastelovend der Rekorte
17.20 Pan Tau
Die vertauschte Melone
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Karneval in Köln
Ausschnitte aus der Großen Festsetzung des Festkomitees des Kölner Karnevals
Die Präsentation leitet Heinz-Helmut Simon, Präsident der Großen Kölner K. G. e. V. von 1982
Regie: Friedrich Scholler
Schon zum zehnten Mal zeichnet der WDR die Große Rosenmontags-Stritzung des Festkomitees des Kölner Karnevals auf. Unter diesem langen Namen trifft sich alljährlich die Kölner Narren-Prinzen zu ihrem Steildienste in Gürzenich.
22.44 Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehliteratur 1986 für das deutsche Hilfswerk
22.45 Tagesschau
23.15 Eine Leiche zum Dessert
Amerikanischer Spielfilm (1975)
Mit Truman Capote, Peter Falk, Peter Sellers u. a.
Regie: Robert Moore
0.50 Tagesschau
0.55 Nachtgedanken



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM
9.45 ARD-Ratgeber
Rund um liebe Geld: Kontogebühren
10.00 heute
10.05 Die Schwanzweidklarin
11.00 Kölner Schul- und Vorkolleg
Ausschnitte aus dem Umzug vom Vorlage
12.00 Rosenmontag am Rhein
Aus Mainz (17.00): Werd' eins mit Mainz
Aus Düsseldorf (13.40): Was uns noch alles blüht
Aus Köln (15.20): Fastelovend der Rekorte
17.20 Pan Tau
Die vertauschte Melone
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Karneval in Köln
Ausschnitte aus der Großen Festsetzung des Festkomitees des Kölner Karnevals
Die Präsentation leitet Heinz-Helmut Simon, Präsident der Großen Kölner K. G. e. V. von 1982
Regie: Friedrich Scholler
Schon zum zehnten Mal zeichnet der WDR die Große Rosenmontags-Stritzung des Festkomitees des Kölner Karnevals auf. Unter diesem langen Namen trifft sich alljährlich die Kölner Narren-Prinzen zu ihrem Steildienste in Gürzenich.
22.44 Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner der ARD-Fernsehliteratur 1986 für das deutsche Hilfswerk
22.45 Tagesschau
23.15 Eine Leiche zum Dessert
Amerikanischer Spielfilm (1975)
Mit Truman Capote, Peter Falk, Peter Sellers u. a.
Regie: Robert Moore
0.50 Tagesschau
0.55 Nachtgedanken

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (10)
Gin und die Folgen
20.45 Auslandshow
Treffpunkt London
22.15 Capote per Siegfried Palm
Das Porträt des Cellisten
22.45 Thema des Monats
Geplant: Gedanken übers Kabarett, mit vielen Ausschnitten aus früheren Programmen (z. B. der „Loch- und Schießgesellschaft“) und Gästen „vom Fach“.
Anschl. Letzte Nachrichten
NORD
19.00 Briefmarken - nicht nur für Sammler
19.15 Unter den Wolken
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagstheater
30 Jahre verheiratet
21.00 Hobbyklub
21.45 Das internationale TV-Kochbuch
22.00 Ivy
Amerikanischer Spielfilm (1947)
23.55 Nachrichten
HESSEN
18.55 Pimpe (15)
19.00 Drei - 1
20.00 Das Erbe von Joha
Polars Weg zur Volksrepublik
20.45 Die Sprachschule
Passives Rauchen
21.30 Drei aktuell
21.45 Magazin
Auch Parien haben Schatten
22.50 Über das Wunder, daß wir das andere Sprache verstehen
Bericht über Psycholinguistik
SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Soar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Samstagabend
19.50 Sonntag
20.15 Große Ärzte aus Südwestdeutschland
Leonhard Rauwolf
21.00 Kinibis
Lindenstraße (10)
Gin und die Folgen
22.15 Die Jagd nach den Profiteuren
Über, unter und im Schnee von St. Moritz
22.45 Jazz am Rosenmontagabend
Heiße Ware „Swing“
23.45 Nachrichten
BAYERN
18.45 Abendschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Der sogenannte Zufall
Wie wir die Wirklichkeit beeinflussen
Bericht von Gero von Boehm
21.50 Abendschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. H.
22.50 Fame - Der Weg zum Ruhm
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Mit Irene Cara, Lea Currat u. a.
Regie: Alan Parker
1.00 Abendschau

Ein Mords-Vergnügen

Spürnasen auf falschen Fährten

Was würde passieren, wenn die harmlos-präzise Miss Marple und der rüde Sam Spade, der schlitzohrige Charlie Chan, der versnobte Nick Charles und der pfiffige Hercule Poirot gemeinsam ein Verbrechen aufklären müßten? Vermutlich gerieten sich diese berühmten Detektivgestalten bei der Aufklärung des Falles so sehr in die Haare, daß der Verbrecher in aller Seelenruhe zuschauen könnte, ohne eine Entlarvung befürchten zu müssen.
Doch gerade diese hochkarätigen Spürnasen, jede für sich genommen auf seine bzw. ihre Art Meister im Auffinden böser Buben, werden von einem skurrilen Millionär in sein einsam gelegenes Haus gebeten, wobei

Eine Leiche zum Dessert - ARD, 23.15 Uhr

sie schon beim Betreten der Villa um ihr Leben rennen, springen oder sich ducken müssen.

Die Innenarchitektur des Hauses, wandelbar wie die Bühne eines Theaters, sorgt zusätzlich für Verwirrung, zumal der Millionär einen aberwitzigen Mummenschanz treibt, so daß man bis zum Schluß nicht weiß, welchen Geschlechts der skurrile Reiche eigentlich ist. Wenn dann noch ein blinder Butler gemeinsam mit einer taubstummen Köchin für das leibliche Wohl der geladenen Gäste zu sorgen hat, dann sind dies genau die Summanden, die sich zu einer rundum vergnüglichen Summe addieren lassen.

Fast hat Neil Simon, erfolgsvorbühnender Boulevardier der gehobenen Klasse, des Guten zu viel getan, zu viele Gewürze unter seine „Leiche zum Dessert“ gerührt, die des Zuschauers Lachmuskeln reizen sollen. Aber natürlich ist es für ausgepickte Krimifreunde ein herrliches Vergnügen, Klischees und Situationen, Personen und Zitate aus den diversen Kriminalromanen und Krimi-Serien wiederzuerkennen, die hier zu einem munteren mörderischen Cocktail zusammengemixt werden.

Und auch diejenigen, die im fiktionalen Mordgeschäft nicht so sehr bewandert sind, werden an diesem absurden Spaß ihre Freude haben. So unterhaltend, wie manch einem das Karnevalstreiben erscheint, ist dieser hochkarätig besetzte Film (Truman Capote, Peter Falk, Peter Sellers, David Niven, Alec Guinness, Eileen Brennan und Maggie Smith) allemal.

SAT 1
15.00 Kimba, der weiße Löwe
Das Geheimnis des verlassenen Dorfes
15.50 Lassie
Diane
16.00 Musikbox
17.00 Geschäft Enterprise
Das Spinnentier
18.00 Westlich von Santa Fé
Lou Mallory kehrt mir
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF Blick
18.45 Extrablatt
Ein Unterhaltungsmagazin
19.45 Affäre Nabab
Franz-deutscher Spielfilm (1960)
Mit O. E. Hasse, Perratte Pradier, Paul Guers u. a.
Regie: Rolf Häbig
Ein junger Gauner möchte einen hohen Herrn um einen wertvollen Edelstein erleichtern, auf den es jedoch auch die schöne Begleiterin des hohen Herrn abgesehen hat.
21.50 APF Blick
22.15 WM - Das Wirtschaftsmagazin
22.45 Jazzbox Extra
Das Comic-Bethaupter
23.00 Matt Houston
Mord auf leisen Sohlen
23.55 APF Blick
Letzte Nachrichten
3SAT
18.00 Mibi-Zib
18.10 Bilder aus der Schweiz
18.20 WM - 22. SSAT-Studio
19.50 Bonny's Pop-Show
Ein herrliches Vergnügen mit internationalen Hits
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
21.45 Es brennt an allen Ecken
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Alan Arkin, Rob Reiner, Vincent Gardenia u. a.
Regie: Alan Arkin
Der autoritäre Textilkaufmann Benny Fikus hat es nicht leicht mit seiner exzentrischen Gattin Ruth und seinen vertreteten Söhnen Ezra und Russell. Zu allem Überflus ist auch noch sein Konfektionsgeschäft pleite...
23.15 Kennwort: Kino
Anschl. 3SAT-Nachrichten
RTL-plus
18.55 Hallo RTL
18.55 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karibien
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmerzschau
20.50 Zehn Freiwild erklärt
Franz.-ital. Spielfilm (1975)
Mit Marlene Jobert u. a.
Regie: Yves Boisset
22.10 RTL-Spiel
22.15 Helau
Rosenmontag bei RTL-plus
22.58 Wetter / Horoskop / Bethaupter

Will Marcos die Wahl ignorieren?

Fortsetzung von Seite 1
halben Million Stimmen Vorsprung, während NAMFREL Corazon Aquino mit 800 000 Stimmen in Führung sah.

Die ganze Situation ist offenbar auch der amerikanischen Beobachterdelegation unter Leitung von Senator Richard Lugar nicht mehr geheuer. Lugar äußerte die Befürchtung, die Wahlkommission verzögere die Auszählung und „massiere“ die Ergebnisse, um besser beurteilen zu können, „wie groß das Problem ist“. COMELEC habe zuerst Zahlen aus den Randprovinzen veröffentlicht, um ein für Marcos günstigeres Bild zu geben.

Gesprächspartner in Manila äußerten sich gestern zurückhaltend über die zu erwartende Fortsetzung in diesem „Wildwestspiel“, wie ein langjähriger Beobachter die Modalitäten der Wahl nannte. Die Siegesverkündung durch Frau Aquino sei wohl zu früh gewesen. Andererseits werde die Opposition etwas unternehmen müssen, falls das offizielle Ergebnis eine Mehrheit für Marcos ergibt. Insbesondere dann, wenn NAMFREL zu einem gegenteiligen Resultat kommt.

Corazon Aquino versprach ihren Anhängern schon am Freitagabend, sie werde sie in diesem Falle auf die Straße führen. Marcos, der auf die Anschuldigungen von Lugar äußerst gereizt reagierte, deutete am Samstag an, er könnte sich unter Umständen auf seine präsidentialen Vollmachten berufen, nach Betrug schreien, die Wahl annullieren und bis zum Ablauf seiner Amtszeit 1987 weiterregieren. Ein Vorhaben, daß das Land teuer zu stehen kommen könnte.

Ob es dann bei Massendemonstrationen bleibe, ist fraglich. Auf jeden Fall sieht Senator Lugar schon jetzt einen entscheidenden Machtverlust für Marcos. Und Kardinal-Erzbischof Jaime Sin sieht schon in der Situation eines ungewissen Wahlausgangs die Gefahr, daß der „kleinste Funke in einen riesigen Flächenbrand verwandelt wird.“

Wie nervös Marcos ist, zeigt die Drohung gegen die USA, er könne sich veranlaßt fühlen, mit der Sowjetunion einen „modus vivendi“ zu suchen, falls Washington seine Hilfe zurückziehen oder seine Militärstützpunkte schließen würde.

Amerikanische Fernsehgesellschaft will Agentenaustausch exklusiv übertragen

Darf auch Schtscharanskis Mutter reisen? / Moskau läßt drei Geschäftsleute frei

DW, Bonn
Der Osten und der Westen werden morgen Nachmittag auf der Glieniker Brücke in Berlin jeweils fünf Personen austauschen. An diesen Plänen werde sich „mit großer Wahrscheinlichkeit nichts mehr ändern“, erfährt die Deutsche Presseagentur aus Regierungskreisen in Bonn. Neben dem sowjetischen Regimekritiker Anatoli Schtscharanski sollen nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ zwei Deutsche ausgetauscht werden, die wegen geheimdienstlicher Tätigkeit zu lebenslanger Haft verurteilt worden seien, sowie zwei Personen mit geringeren Freiheitsstrafen. Die „Bild“-Zeitung will erfahren haben, daß auch Schtscharanskis Mutter, Ida Milgrom, in den Westen ausreisen darf. Der Zeitpunkt stehe allerdings noch nicht fest. Diese Ausreise werde aber, so das Blatt, auf keinen Fall Bestandteil des Agentenaustauschs sein. Schtscharanski selbst soll nach diesen Informationen schon heute in Ost-Berlin eintreffen. Er werde nicht über die Glieniker Brücke herüber kommen, sondern an einem Ort, der bisher noch nicht für einen Austausch genutzt worden sei.

Drei Tage vor dem für morgen erwarteten Agentenaustausch hat die Sowjetunion drei deutsche Geschäftsleute freigelassen, die im vergangenen Jahr im Rahmen der Antikorruptionskampagne Moskaus unter dem Vorwurf der Bestechung verhaftet worden waren. Monika Schanzbach, Bodo Luetke und Pavel Arsenow kamen am Samstagabend auf dem Frankfurter Flughafen an, von wo aus sie ihre Heimreise antraten. In Bonner Regierungskreisen wurde jeder Zusammenhang mit dem Agentenaustausch dementiert.

Im Bonner Regierungsapparat säßen zwei Top-Spione, die vom Bundesverfassungsschutz bisher noch nicht enttarnt werden konnten, berichtete „Bild am Sonntag“. Aus diesem Grund habe sich Bonn bei den Verhandlungen über den Agentenaustausch mit seiner wichtigsten Forderung, der Freilassung der in Ost-Berlin zu 15 Jahren Haft verurteilten BND-Agentin Christa-Karin Schumann, nicht durchsetzen können.

Hans-R. Karutz, Berlin
Der in West und Ost detailliert vor-

bereitete Agentenaustausch soll offenbar live in die Vereinigten Staaten übertragen werden. An der Glieniker Brücke zwischen Berlin und der „DDR“-Nachbarstadt Potsdam traf am Wochenende bereits einer von zwei jeweils 40 Meter hohen, ausfahrbaren Richtfunkmasten der Bundespost ein. Diese Anlagen sind anscheinend dafür gedacht, das Geschehen am weißen Grenzstrich in der Mitte dieser berühmten Ost-West-Brücke live aufzunehmen, per Richtstrahl zur wenige Kilometer



Freigelassen: Monika Schanzbach, die Botschafter Jörg Kasal in seine Arme nimmt. FOTO: AP

entfernten größten Berliner Sendemast auf dem Schäferberg zu geben und dann an einen Satelliten weiterzugeben.

In Berlin gibt es Hinweise, daß US-Botschafter Richard Burt, der sich seit Tagen in der Stadt aufhält, mit einer US-Fernsehgesellschaft exklusive Übertragungsrechte direkt vom Ort des Geschehens vereinbart haben soll. Sämtliche anderen Journalisten, die seit Tagen bei Temperaturen von bis zu minus 20 Grad an der Brücke ausharren, sollen nach diesen Informationen zur „Stunde X“ das Brücken-Vorfeld räumen müssen und bis zum mehrere hundert Meter entfernten Schinkel-Schloß Glienike zurückgedrängt werden. Entsprechende Anweisungen der US-Mission liegen der Berliner Polizei vor.

Für eine Übereinkunft mit den amerikanischen Medien spricht auch, daß sich US-Fernsehtams noch am Wochenende bemühten, in dem als Heimvolkshochschule genutzten Schloß einige Arbeitsräume in den oberen Etagen zu mieten. Der Senat als Hausherr lehnte es jedoch ab, die TV-Teams hereinzulassen.

Der Agentenaustausch dürfte auch bei einem Zusammentreffen des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen am heutigen Montag mit Burt und dem Sonderberater des Weißen Hauses, Michael Deaver, eine Rolle spielen. In erster Linie geht es bei dieser Unterredung im Rathaus Schöneberg jedoch um amerikanische Aktivitäten zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 und die bevorstehende Reise Diepgens in die USA.

Wie zu erfahren war, hält sich Staatssekretär Ludwig Rehlinger aus dem innerdeutschen Ministerium am Montag und Dienstag in Berlin auf. Er war auf Seiten der Bundesregierung in engem Kontakt zum „DDR“-Beauftragten, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, in die Vorbereitungen des Austauschs einbezogen. Eine Exklusiv-Übertragung des Ereignisses auf der Glieniker Brücke wäre kein Novum: Bei einer ähnlichen Aktion im Sommer 1985 gab es die Absprache, daß der Sender Freies Berlin als einzige ARD-Anstalt den Vorgang unmittelbar drehen dürfte. Die Federführung der Aktion auf amerikanischer Seite lag damals ebenfalls bei Richard Burt, dem damaligen Leiter der Europa-Abteilung im State Department.

Als weitere Übergänge, die für einen möglichst unbeobachteten Austausch von Agenten in Betracht kommen, böte sich die abgelegene Oberbaumbrücke in der Stadtmitte im Bezirk Kreuzberg an. Auf der Spreerbrücke herrscht lediglich geringer Fußgängerverkehr. Sie gehört in ganzer Länge zu Ost-Berlin und darf lediglich von West-Besuchern, die nach Ost-Berlin wollen, und „DDR“-Rentnern mit Besuchsziel West-Berlin benutzt werden.

In Spanien wirbt Strauß für atlantisches Bündnis

CSU-Chef zu Gast auf dem Kongreß der Konservativen

ROLF GÖRTZ, Madrid
Vor dem Kongreß der Konservativen Volks-Partei Spaniens, Alianza Popular (AP), warnte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß die bürgerlichen Parteien Spaniens vor einem Scheitern der Volksabstimmung über den Verbleib Spaniens in der NATO.

„Ich will mich nicht einmischen“, aber ein negatives Ergebnis wäre „keine Kleinigkeit“ für das atlantische Bündnis. Strauß, bei dessen Erscheinen sich die 2500 Delegierten unter Beifall erhoben hatten, setzte sich auf diese Weise „auch im Namen meines Freundes Helmut Kohl“ für eine Beteiligung des konservativen Lagers an der Volksabstimmung ein.

Die sozialistische Regierung Gonzalez hat die Abstimmung für den 12. März angesetzt, obwohl sich das Parlament zweimal mit überwiegender Mehrheit für den Verbleib in der NATO ausgesprochen hatte. Die in der Coalicion Popular zusammengefaßten Konservativen, Christdemokraten und Liberalen plädieren ebenfalls für einen spanischen NATO-Beitrag. „Aber ohne Vorbehalte.“ Sie sehen im Referendum „den verzweifelten Versuch der sozialistischen Regierungspartei, ihre bisherige Anti-NATO-Vergangenheit zu bewältigen“, und empfahlen ihren Wählern, sich der Stimme zu enthalten.

Selbstverteidigung

Strauß wertet die drei Vorbehalte der Regierung Gonzalez, das Fernbleiben aus der militärischen Struktur, das Verbot der Aufstellung von Atomwaffen sowie die Reduzierung der amerikanischen Militärpräsenz in Spanien weniger schwer als ein „Nein“ zur NATO bei der Volksabstimmung. „Die NATO ist nicht da, um Kriege zu führen, sondern um den Frieden zu bewahren. Dazu müsse ihre Stärke überzeugen.“ Als einer der Architekten der frühen NATO versichere ich Ihnen, daß niemand daran denkt, spanische Truppen etwa in Deutschland einzusetzen“, sagte Strauß. Die Hauptaufgabe der spanischen Streitkräfte innerhalb der atlantischen Gemeinschaft decke sich mit der nationalen Selbstverteidigung: die Sicherung der europäischen Handelswege im Atlantik. Dieser Aufgabe entspricht das vor 15

Jahren im Rahmen des „NATO-Parallelabkommens“ mit den USA beschlossene Flottenbauprogramm, dessen Kernstück, der Flugzeugträger „Principe de Asturias“, noch in diesem Jahr in Dienst gestellt werden soll.

Zu Beginn des Parteitagess hatten die 2500 Delegierten zum Gedenken an die jüngsten Opfer des in Spanien wütenden Terrorismus links-extremistischer Basken, für den den am Donnerstag ermordeten Admiral Cristobal Colon und dessen Fahrer, gebetet.

Fortschrittspartei

Auf ihrem Parteitag bemüht sich Spaniens Konservative um das Image einer modernen Fortschrittspartei der rechten Mitte, „zwischen Reagan und Kohl“. Ein neues System der offenen Liste sicherte den Einfluß der Parteibasis auf die Vorstandswahl. So mußte die Wiederwahl des Vorsitzenden Manuel Fraga Iribarne mit den meisten Stimmen, 1959 von 2037, dessen absolute Sicherheit an der Spitze der stärksten Mitgliederpartei Spaniens (über 200 000 eingetragene Mitglieder gegenüber nur 170 000 bei der sozialistischen Regierungspartei) bestätigen. Fraga zu Journalisten: „Alle reden immer von dem berühmten Dach, daß ich mit meiner Partei niemals durchstoßen könne. Jedesmal hätten wir den höchsten Punkt erreicht. Bisher aber haben wir immer nur zugewonnen. Bei der Landtagswahl in Galizien waren es über 46 Prozent.“

Unter den Dauphins der Partei profilierte sich der frühere Arbeitsminister Fernando Suarez mit einem Sozialprogramm, das ähnlich dem der CDU in Deutschland in manchen Punkten mehr sozial erscheint, als das der Sozialisten. Neben ihm fand der Degen der Partei, Miguel Herrero, mit seiner Kursbestimmung einer „gemäßigten Mitte“ den meisten Beifall und die meisten Stimmen nach Fraga Iribarne. Der Kongress war ganz auf die bevorstehenden Wahlen im Sommer oder Herbst ausgerichtet. Und ganz realistisch suchte die Rechte eine betont liberale Position gegenüber dem „Modell einer Caudillo-Partei“, wie es die sozialistische Arbeiterpartei unter Felipe Gonzalez tatsächlich und mit Erfolg verwirklicht. (SAD)

Honecker trifft Diepgen auf der Leipziger Messe

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Der „DDR“-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wird Berlins Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen am Tage der Eröffnung der Leipziger Messe, dem 18. März, in einem Gästehaus der „DDR“-Regierung zu einem Gespräch empfangen. Darauf richten sich jetzt Bundesregierung und Senat ein, nachdem Honecker selbst dieses Treffen bei seinem Gespräch mit US-Politikern am 10. Januar den Gästen angekündigt hat.

Das Interesse an einer derartigen Begegnung – der zweiten Honeckers mit einem Berliner Regierungschef, nachdem Richard von Weizsäcker am 15. September 1983 nach Ost-Berlin gefahren war – hatte vor einiger Zeit die östliche Seite bekundet. Diepgen gab das Signal seinerseits in der Jahrespressekonferenz am 17. Januar mit der Bemerkung zurück; ihm sei an einer derartigen Begegnung sehr gelegen. „Mal sehen, wen ich in Leipzig treffe“, hatte der Regierende Bürgermeister in seiner damaligen Pressekonferenz sibyllisch alle Fragesteller beschieden, die weitere Details erfahren wollten. Heute stellt sich Diepgens Formulierung als öffentliche Antwort an die andere Seite dar. Honeckers Offerte anzunehmen. Die Unterredung soll offenbar in erster Linie auf der Parteebene stattfinden – zwischen dem SED-Generalsekretär und dem CDU-Landeschef Berlins. Dieses Amt bekleidet Diepgen ebenfalls.

Das vereinbarte Treffen läßt sich in Leipzig ohne große Schwierigkeiten arrangieren, da Honecker an jedem Nachmittag eines Messe-Eröffnungssamstags eine Reihe von Gesprächspartnern in einem Gästehaus der „DDR“-Regierung empfängt. Im März 1984 saßen beispielsweise der damalige Saar-Premier Zeyer, Bayerns Ministerpräsident Strauß und der damalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf Honeckers Besuchersofa.

Vor seiner Begegnung mit dem „DDR“-Staatschef reist Diepgen am 20. Februar noch für eine Woche in die Vereinigten Staaten. Im Rahmen seiner regelmäßigen Besuche bei den drei Schutzmächten trifft er dort auch mit US-Vizepräsident George Bush zusammen. Bei dieser Gelegenheit ergibt sich die Möglichkeit, mehr über die von Honecker forcierte „Politik der Öffnung“ gegenüber Washington zu erfahren.

Jetzt gibt's eine Million und vier Gründe für den Ford Sierra L. Welche, steht im Kleingedruckten.



Grund eins bis eine Million: der Ford Sierra selber. So oft lief er bis jetzt in Europa vom Band.

Und die weiteren vier Gründe: ein Sonderausstattungs paket für einen be-

sonderen Preis. Metallic-Lackierung. Scheiben-Heckscheiben-Wischanlage und Zentralverriegelung. Für nur tausend DM (Unverbindliche Preisempfehlung).

Dieses Angebot gilt für den Sierra L mit seiner gesamten umweltfreundlichen Motorenpalette. (Die Motoren vertragen alle unverbleites Superbenzin.) Vom 1.6-l über den 1.8-l bis zum 2.0-l.

Hinzu kommen der schadstoffarme 2.0-l-i mit Katalysator (für unverbleites Normalbenzin) und der ebenfalls schadstoffarme 2.3-l-Diesel.

Angenehmer Nebeneffekt: Die

schadstoffarmen Motoren fahren eine Zeitlang steuerfrei. Mehr darüber und über den Sierra L erfahren Sie beim Ford-Händler.

Sierra

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

Planmäßig Kurioses

ews. - Der Plan ist bekanntlich das Maß aller Dinge in der sozialistischen Wirtschaft und die Forderungen des Parteitage sind sofort in Tat und Wirklichkeit umzusetzen. Mehr Konsumgüter, auch und gerade um die dringend notwendigen Überschüsse im Außenhandel zu erwirtschaften, ist seit den 70er Jahren die Maxime. Verlangt werden dabei auch in der „DDR“ hochwertige Güter, nachdem der Bedarf bei Textil langsam gedeckt wird.

Rationalisierung ist auch in der Planwirtschaft ein Instrumentarium geworden. Denn der Mangel an Rohstoffen und Devisen zwingt zur Sparsamkeit. Aber Rationalisierung in den Grundstoffindustrien baut Arbeitsplätze ab. Um dieses Faktum kommt auch die „DDR“ nicht herum, selbst wenn die Verantwortlichen das Phänomen versteckter Arbeitslosigkeit stets leugnen.

Mangel an Konsumgütern auf der einen, Arbeitskräfte-Überschuß auf der anderen Seite - das sind Ideen gefragt. So wurde dann die Herstellung von Verbrauchsgüterindustrien in die Produktionsmittelindustrie verlagert. Mit einigem Erfolg sogar, wie der stolz vermeldete ständig wachsende Anteil zeigen soll. Aber auch mit einigem Kuriosum, wenn beispielsweise Autoanhänger aus dem Gaskombinat oder Klapphocker vom VEB Numerik oder Babykost-

wärmer von den Kabelwerken geliefert werden.

Geholfen ist den Planern allemal - die Genossen sind beschäftigt und sie werden ein wenig besser versorgt. Nur das Grundübel bleibt bestehen: die Flexibilität zur flächendeckenden Bedarfsbefriedigung der Konsumentenwünsche ist weiterhin nicht realisierbar. Doch schließlich ist nur die Planerfüllung verlangt.

Aufkleber

Ha. (Brüssel) - Warum muß ein EG-Abgeordneter, der Parlamentsunterlagen von seinem Wohnsitz in der Bundesrepublik an seine Brüsseler Büroadresse sendet, einen grünen Aufkleber „Zoll-Douane benutzen und darauf ankreuzen, ob es sich bei dem Päckchen um ein Geschenk oder um ein Warenmuster handelt? Er muß dies, weil in der EG zwar die Zölle, nicht aber die Steuererlöse verschwunden sind. Außerdem haben die Postverwaltungen den vor langer Zeit im Weltpostvertrag entworfenen grünen Zettel so lieb gewonnen, daß sie ihn auch im Verkehr zwischen den EG-Staaten beibehalten. Die Kommission rief dem Volksvertreter, keines der Kästchen anzukreuzen, „da Dokumente weder unter die eine noch unter die andere Kategorie fallen“ und statt dessen den Inhalt anzugeben. „Natürlich“ sei der Aufkleber „nicht mehr am Platze“, doch sei es wohl sinnvoller, den Ursachen für die Notwendigkeit von Einfuhrerklärungen nachzugehen.

BETRIEBSPRÜFUNGEN / ÖTV fordert mehr Gleichmäßigkeit in der Besteuerung

Die unterschiedliche Praxis in den einzelnen Ländern stößt auf Kritik

HEINZ HECK, Bonn
Die öffentliche Kritik an unzureichenden und regional sehr unterschiedlichen Betriebsprüfungen wird immer vernehmlicher. Sie kommt nicht nur vom Bundesrechnungshof, sondern verstärkt auch aus den Bundesländern und der ÖTV. Die Länderfinanzministerkonferenz hatte das Thema bereits auf der Tagesordnung ihrer letzten Sitzung. Um Stoltenberg die Teilnahme zu ermöglichen, wurde es auf Ende Februar vertagt.

Massive Kritik an der Betriebsprüfungspraxis hat jetzt der ÖTV-Hauptvorstand in einem Schreiben an Finanzminister Stoltenberg geäußert. Zum einen sieht die Gewerkschaft „die These von der zunehmenden Benachteiligung der Betriebe von Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ bestätigt. Innen werde zivile Lohnsteuer einbehalten, und dies könne erst nachträglich geprüft werden. Daß gerade bei Gewinnerlösen die zutreffende Steuer erst durch die Betriebsprüfung richtig ermittelt. 1984 haben laut ÖTV über 8000 Betriebsprüfer rechtskräftig 9,1 Milliarden Mark Steuereinnahmen erzielt. Der Umfang dieser Mehrergebnisse bestätigte die Bedeutung der Betriebsprüfung für Steuergerechtigkeit und Staatsfinanzen.

Zum anderen macht sich die Gewerkschaft sich die Kritik des Bundesrechnungshofs (BRH) an dem von Bundesland zu Bundesland sehr stark abweichenden Prüfungsstatus zu eigen. Danach betrug die regionale Schwankungsbreite 1983

- Mittelbetrieben 5,3 bis 15,
 - Kleinbetrieben 9,3 bis 52,3,
 - Kleinstbetrieben 24,1 bis 147,4.
- In dem Brief an Stoltenberg ist auch von „Manipulationen“ am Bestand der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe durch Veränderungen bei den Abgrenzungsmerkmalen, die Rede. Die ÖTV schätzt den Einnahmehausfall durch die Absenkung von rund 27 800 Großbetrieben zu Mittelbetrieben ab 1985 auf jährlich 1,4 Milliarden Mark aus Bayern sei „ein Erlaß bekanntgeworden, der den dortigen Prüfungsstellen anweist, zehn Prozent der vorhandenen Großbetriebe nicht mehr zu prüfen, dafür aber mehr Kleinbetriebe in die Überprüfung einzubeziehen“. Auch wisse sie von Plänen der Verwaltungen, künftig den Zwang zur Anschlußprüfung von Großbetrieben abzuschaffen.

Der Bundesrechnungshof hatte bereits in seinen „Bemerkungen“ 1984 auf einen in diesem Zusammenhang bemerkenswerten Sachverhalt hingewiesen, der an den geltenden Mechanismus des Länderfinanzausgleichs anknüpft. Durch die Verbesserung der Finanzkraft eines Landes und seiner Gemeinden verändere sich näm-

lich die Stellung dieses Landes gegenüber dem Länderdurchschnitt mit der Folge höherer Ausgleichsbeträge oder geringerer Zuschüsse. Wörtlich heißt es: „Aufgrund der Verteilungsregeln mögen in dem einen oder anderen Land Zweifel aufgetaucht sein, ob eine Verstärkung des Betriebsprüfungsdienstes tatsächlich zu einer fühlbaren Steigerung der eigenen Haushaltseinnahmen führen würde.“

Die ÖTV fordert, gestützt auf die BRH-Kritik, die Vorschriften für den Finanzausgleich so zu ändern, „daß der Anreiz der illegalen Steuerbegünstigungen im Dienste der Unternehmensansiedlung entfällt“. Die Bundesregierung sollte ihre Verantwortung für die Gleichmäßigkeit der Besteuerung „stärker wahrnehmen“. Die ÖTV regt vor allem eine Veränderung des Finanzausgleichs in der Weise an, „daß die Gründe für eine länderregionale Veränderung der Betriebsprüfung entfallen“.

Hamburgs Finanzsenator Horst Gobrecht (SPD), neuer Vorsitzender der Finanzministerkonferenz, hat jetzt ebenfalls die zum Teil unzureichende Betriebsprüfung in einigen Bundesländern kritisiert und namentlich den Bankenplatz Frankfurt genannt. Der BRH hatte bereits 1984 die Oberfinanzdirektion Frankfurt aufgefordert, „bei einer Anzahl größerer Banken wegen drohender Verjährung noch im Jahre 1984 mit der Betriebsprüfung zu beginnen“.

US-AKTIENMÄRKTE

Trotz Unruhe in Washington erklimmt Dow einen Rekord

H.-A. SIEBERT, Washington

Die US-Aktienmärkte haben einen der wildesten Tage hinter sich. Am Freitag sackte der Dow-Jones-Industrie-Index bis zur Mittagsstunde um rund 18 Punkte, um dann bis zum Börsenschluß nicht nur den Verlust wettzumachen; er stellte sogar wieder einen Rekord auf, indem er bei hektischem Geschäft netto 12,73 Punkte zulegte. Ursache für die Tal- und Bergfahrt in so kurzer Zeit war das Bundesgerichtsurteil in Washington, das einen Teil des Gramm-Rudman-Gesetzes, durch das der US-Haushalt bis 1991 ausgeglichen werden soll, für verfassungswidrig erklärte.

Die Besonnenheit kehrte jedoch zurück, als die Wall Street die aus 50 Seiten bestehende richterliche Entscheidung genauer abklopfte. Danach bleibt das Gesetz, das erheblich zum bisherigen Zinsrutsch - seit Oktober ist beispielsweise die Rendite für 30-tägige Treasury Bonds von 10,5 auf 9,3 Prozent gesunken - beigetragen hat, bis zum endgültigen Votum des Obersten Gerichtshofes in Kraft. Die automatischen Kürzungen im laufenden Budget, die 11,7 Mrd. Dollar ausmachen, werden also termingerecht bis zum 1. März vorgenommen.

Zum anderen ist die Börse davon überzeugt, daß der Kongreß auch ohne den automatischen Streichmechanismus, der einsetzt, wenn sich Exekutive und Legislative nicht auf die festgesetzten Defizitziele einigen, die Haushaltslücke verkleinern wird. Dafür seien in der Bevölkerung zu hohe

Erwartungen aufgebaut worden, was einen starken politischen Druck zum Handeln auslösen werde, hieß es in Manhattan.

Außerdem besteht aus der Sicht der Kreditmärkte kein echter Zwang, den Defizitabbau auf so radikale Weise, also in nur fünf Jahren, durchzuführen. Die Reduzierung von rund 200 auf null Mrd. Dollar könne auch in kleineren Portionen vorgenommen werden, wurde weiter betont. Zumindest kurzfristig würden die Märkte durch die niedrigeren Ölpreise entlastet. Sie drückten die Inflation und auf diese Weise die Zinsen.

Eine größere Unsicherheit im Handel mit amerikanischen Regierungsanleihen, die Geld verteuern kann, wird allerdings mit dem Hinweis nicht ausgeschlossen, die US-Notenbank werde ohne eine abgesicherte Haushaltskonsolidierung die Geldschleusen kaum weiter öffnen. Dieses Argument gewinnt aber auch dadurch an Gewicht, daß die in Amerika kräftig erhöhte Beschäftigung einen gestiegenen Konjunkturpegel anzeigt, bei dem eher eine monetäre Zurückhaltung ratsam ist.

Die „Fed“ wird ihre Geldmengenziele in dieser Woche überprüfen. Ob sie geändert werden, teilt Paul Volcker kurz nach dem Kongreß mit. Im Wochenverlauf nahm der „Dow“ um 42,43 (Vorwoche: 41) auf 1613,42, der Standard & Poor's 500 um 2,78 (Freitag: 1,09) auf 214,56 und der umfassende NYSE-Index um 1,58 (0,57) auf 123,71 Punkte zu.

Narren und Kasse

Von EBERHARD NITSCHKE

Wer soll das bezahlen? wurde im Karnevalsschlag von 1949 gefragt. In der Grundausgabe ist das Lied von damals noch immer am aktuellsten. Wieviel das Narrentreiben, das mit der Weiberfastnacht offen ausbricht und mit dem Aschermittwoch eine knappe Woche später vorbei ist, eigentlich kostet, darüber gibt es nur Vermutungen, hochgerechnet am Preis von Saaldekorationen, Prinzenwagen oder schlicht am Literpreis von alkoholischen Getränken.

Die Industrie- und Handelskammer von Köln hat da schon handfeste Zahlen. Nein, eine Umfrage über Arbeitsausfall als Folge des Karnevals hat es noch nicht gegeben, auch geht die närrische Begeisterung „in den Unternehmen ja bis in die Spitze“, so daß es nur hier und da echte Vereinbarungen über frühere Schlußzeiten an der Arbeitsstelle gibt. Aber bei der IHK hält man das Brutto-Sozialprodukt von Köln-Stadt in Höhe von nunmehr rund 35 Milliarden Mark jährlich der Feststellung gegenüber, daß es an je fünf Arbeitstagen der Woche minus Urlaub minus Feiertage und Krankheitsausfall erarbeitet wird - und daß man vom Rest zwei Tage „vergessen“ kann: „An Weiberfastnacht wird nur bis mittig was getan, am Rosenmontag überhaupt nichts, und am Karnevalsdienstag auch nur einen halben Tag lang“.

Zu diesen Basis-Kosten müßte man, was sich in Narrenhochburgen zwischen Münster in Westfalen und München niemand einfallen läßt (und warum auch?) die Aufwendungen für Umzüge, Kostüme, Orden oder Büttenredner rechnen, schließlich noch die Mehrkosten für die städtischen Reinigungsbetriebe, die hinterher alles wieder zusammenkehren müssen. Selbst wenn es (wie in Düsseldorf geschehen) jemand vom Fest-Komitee einfallt, ausgerechnet jede Menge Bananen von den Wagen des Rosenmontagszuges ins Volle zu werfen.

Was geben die Städte aus ihren gebettelten Kassen zum allgemeinen Frohsinn hinzu? Der „Bund der Steuerzahler“ hat vor einigen Jahren den Rathausbeamten an Rhein und Ruhr angelernt, daß sie in elf ihrer „närrischen Hochburgen“ 1 075 350 Mark den Narren auf die Konten schrieben. Das können keine großen Städte gewesen sein, denn zum Beispiel Düsseldorf gibt in diesem Jahr rund 320 000 Mark für den Zug, 120 000 Mark für das Karnevals-Bühnenbild in der Stadthalle, das später theatralemäßig weiterverwendet werden soll. Köln zahlt dem Festkomitee für diesen Zweck in diesem Jahr 400 000 Mark und bezahlt die Straßendekoration mit 50 000 Mark. Das ist soviel, wie der Architekt Paul Petry in seiner Eigenschaft als „Paul I.“, Karnevalsprinz und Chef des „närrischen Dreigestirns, das außer ihm noch aus „Bauer“ und „Junfrau“ besteht, schon 1977 für die kleinen Ausgaben während seiner Amtszeit vom eigenen Konto abheben mußte.

Immer teurer werden die Karnevals-, Faschings- und Fastnachts-Veranstaltungen, die „Flasche Wein“. Der Kölner Bürgermeister Jan Brüggemann, kein Kind von Traurigkeit, wendet sich in diesem Jahr erstmals gegen Sitzungen, „die auf fünf Stunden ausgedehnt werden, weil die Gastronomen wegen des Verzehrs dazu drängen“. Und „gegenüber der vermarkteten Unterhaltungsindustrie“, die Preise für Büttenredner an die Decke treibt, wolle man zwar nicht zurück zu Opas Karneval, aber ein „Freiraum“ müsse da bleiben.

Eine Million Besucher erwartet Köln wieder an diesem Rosenmontag, 750 000 Düsseldorf, 500 000 Mainz, immerhin 300 000 Bonn. Karneval / Fasching / Fastnacht / denn städtisch des Meins ist es nicht anders als am Rhein, als Konjunkturmotor, als Arbeitgeber? Die Wirte sind immer zufriedener, wenn später Bilanz gemacht wird. Überall wird fleißig Vermögenssteuer kassiert, denn so närrisch war nun der Fiskus auch wieder nicht, als man ihm in den siebziger Jahren vom „Bund deutscher Karneval“ im Auftrag von rund 1200 Gesellschaften und Vereinen ernsthaft vortrug, es handle sich bei dem um gemeinnützige Brauchtumspflege, die abgabefrei bleiben müsse. Schließlich darf man auch die Getränkesteuer nicht vergessen.

„Hilfe zu leisten, wo Not am Mann ist“ war Europas älteste Narrengesellschaft verpflichtet, die Herzog Adolf II. von Kleve 1381 als „Gheselschap van den Gecken“ gründete. Man muß nur daran glauben, daß die Narren weiterheften. Am Aschermittwoch ist sowieso alles vorbei.

AUF EIN WORT



Die gegenwärtige Konjunktur wäre hervorragend geeignet, die Privatisierung und die notwendigen Maßnahmen bei Subventionen und Steuern auf breiter Front durchzuführen, denn die extrem hohe Steuerbelastung der deutschen Unternehmen wird weiterhin ein erheblicher Wettbewerbsnachteil sein.

Jörg Stegmann, Vorstandsvorsitzender der Kabel- und Metallwerke Gutbrodt-Höfner AG, Osnabrück. FOTO: DIE WELT

Zeitungsverlage sind trübsinnig

dpa/VWD, Hamburg
Die deutschen Zeitungsverlage sehen angesichts der für den Branchen-durchschnitt ermittelten Ergebnisverschlechterung von 17 Prozent keinen Grund, für 1986 in den Optimismus der übrigen Wirtschaft einzustimmen. Diese Folgerung ergibt sich aus einer internen Analyse, die der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) erstellt hat. Besorgniserregend sei die Situation im Norden der Bundesrepublik, wo infolge von Arbeitslosigkeit, Leserzahl und Anzeigenaufkommen zurückgingen, heißt es. Der Anteil der Zeitungen am gesamten Werbeaufkommen gehe stetig zurück.

VEREINIGTE STAATEN

Erhöhte Beschäftigtenzahl Indiz für neue Impulse

Sbt. Washington
Eine Beschleunigung des Konjunkturtempo in den USA signalisiert das im Januar verbesserte Beschäftigungsklima - ein ungewöhnlicher Vorgang für diese Jahreszeit. Gegenüber Dezember sank die Arbeitslosenrate von 6,9 auf 6,7 Prozent (ohne Militär), die Zahl der Amerikaner ohne Job von acht auf 7,8 Millionen. Nur noch 1,1 Millionen waren länger als sechs Monate arbeitslos. Damit ist eine wichtige Barriere durchbrochen. Mit 109 Millionen erreichte die Gesamtbeschäftigung einen Rekordhöhe; 60,6 Prozent der US-Bürger hatten einen Arbeitsplatz.

In einer Erklärung wertete das Weiße Haus die neuesten Statistiken als Beweis für die Neubelebung der nun 37 Monate alten wirtschaftlichen Erholung, nachdem das Realwachstum 1985 nur 2,3 Prozent ausmachte. Die

Zweifel an plus vier Prozent in diesem Jahr seien jetzt beseitigt, meinte der Sprecher Larry Speakes. Fachleute halten die saisonal bereinigten Zahlen aber aus technischen Gründen für verzerrt; zum Beispiel wegen einer unüblich hohen Jobzunahme im Einzelhandel.

Nach Angaben des US-Arbeitsministeriums wurden im vergangenen Monat 565 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Im verarbeitenden Gewerbe waren es 35 000 und seit Oktober 185 000; in den ersten neun Monaten 1985 waren 325 000 verlorengegangen. Bei den Männern sank die Arbeitslosenquote von 5,9 auf 5,7, bei den Frauen von 6,2 auf 6,1 und bei den Teenagern von 18,8 auf 18,4 Prozent. In der weißen Bevölkerung waren 5,7 (5,9), in der schwarzen 14,4 (14,9) und in der hispanischen 10,1 (10,4) Prozent ohne Arbeit.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Bei weiter niedrigem Ölpreis Zunahme der Beschäftigung

Ha. Brüssel
Mit einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 0,8 Prozent rechnet die EG-Kommission bis 1987, falls der Rohölpreis in den kommenden zwei Jahren bei rund 20 Dollar bleibt. Die Zahl der Beschäftigten könnte sich nach internen Schätzungen um 0,5 Prozent erhöhen, die Inflationsrate im EG-Durchschnitt um ein Prozent zurückgehen.

über mehrere Jahre hinweg durchsetzen sollte. Dann bestehe die Gefahr, daß die seit 1975 unternommenen Anstrengungen, den Energieverbrauch einzuschränken, wieder zunichte gemacht würden.

Die Experten fürchten vor allem einen geringeren Anreiz zur Ausbeutung der Öl- und Gasvorräte in der Nordsee und nachlassende Investitionen im Bereich der Energieeinsparung (mit ihren Negativfolgen für das Wirtschaftswachstum), auch der Bau neuer Atom- und Kohlekraftwerke könne gebremst werden. Schließlich müsse mit einem nachlassenden Interesse für Projekte zur Entwicklung neuer Energien gerechnet werden.

Den EG-Staaten bleibt nach der Analyse deshalb nur die Wahl, entweder die Marktkräfte wirken zu lassen oder die Ölpreise durch Steuern zu stabilisieren, was indes politisch delicate Probleme aufwerfe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Lufthansa senkt Preise

Hamburg (DW) - Nach Informationen von „Bild am Sonntag“ wird Lufthansa mit der Lufthansa betrieblüch billiger. Vom 1. April an will die Deutsche Lufthansa auf den innerdeutschen Routen ihren „Flieg-und-Spar-Tarif“ um 30 Prozent senken. Auch bei den sogenannten Holiday-Tarifen sinken die Preise um bis zu zehn Prozent. Der Parlamentarische Staatssekretär Dieter Schulte vom Bundesverkehrsministerium zu „Bild am Sonntag“: „Das wird die Attraktivität der Lufthansa bei den Urlaubs- und Geschäftsreisen noch weiter steigern.“

Opec tagt am 15. März

Genf/Moskau (dpa/VWD) - Die 13 Mitgliedstaaten der Organisation erdöl-exportierender Länder (Opec) werden am 15. März in Genf zu ihrer geplanten Sonderkonferenz zusammenkommen. Ein entsprechender Bericht der Kuwaitischen Nachrichtenagentur (KUNA) wurde in Genf bestätigt. Das Treffen soll sich mit dem rapiden Verfall der Rohölpreise am Weltmarkt befassen.

Stetige Kohlepolitik

Datteln (dpa/VWD) - Trotz des derzeitigen Ölpreises hält die Bundesregierung an ihrer bisherigen Kohlepolitik fest. Dies versicherte Regierungssprecher Friedhelm Ost. Die Energiepolitik der Bundesregierung ist laut Ost auf Jahrzehnte angelegt mit besonderer Berücksichtigung der Sicherung heimischer Reserven. Daß es im Bundestag nach wie vor eine „große Koalition“ in der Kohlepolitik gebe, werde sich „sicher“ zeigen, wenn die Bundesregierung noch vor der Sommerpause ihre „energiepolitische Gesamtaussage“ vorlege.

Dynamics zugelassen

Washington (dpa) - Der amerikanische Rüstungslieferant General Dynamics darf sich wieder an Ausschreibungen für Aufträge des Verteidigungsministeriums beteiligen. Das teilte das Pentagon mit. Der Konzern war am 3. Dezember 1985 vom Erhalt neuer Aufträge suspendiert worden, weil das Unternehmen und vier Ma-

nager des Betruges beschuldigt werden. Wie ein Sprecher des Ministeriums mitteilte, erklärte sich General Dynamics bereit, ein Sonderkonto mit 50 Mill. Dollar einzurichten, mit denen mögliche Bußen aufgrund dieser Beschuldigung und anderer, gegen den Konzern laufender Ermittlungen gezahlt werden können.

Schiffahrtseignung

Genf (dpa/VWD) - Die Vertreter von rund 100 Ländern haben in Genf Einigung über eine internationale Konvention über die Registrierung von Handelsschiffen erreicht. Wichtigster Punkt des Abkommens im Rahmen der Welthandelskonferenz (UNCTAD) ist die Beziehung der Flaggenstaaten zu den Schiffen, die bei ihnen registriert sind. Dazu gehören vor allem die Unterstellung der Schiffe unter die Gesetze der Flaggenstaaten und ein bestimmter Anteil von deren Staatsbürgern an den Besatzungen, ebenso wie die Verpflichtung der Flaggenstaaten, besondere Schiffsbehörden einzusetzen.

Wachstumsschub erwartet

Bonn (rt) - Ein weiterer Rückgang des Rohölpreises auf 15 US-Dollar je Barrel würde nach Ansicht des Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Hans K. Schneider, zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum von real 3,5 Prozent gegenüber bisher geschätzten drei Prozent, zu einer Inflationsrate von nur etwa einem Prozent und zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um gut 400 000 führen.

Londoner Kassapreise

	7.2.	31.1.
Kupfer(£/t)	994,50	1008,50
Blei(£/t)	258,50	281,50
Zink(£/t)	440,50	451,50
Zinn(£/t)	-	-
Gold(\$/Unze)	338,50	349,625
Silber(\$/Unze)	418,50	431,90
Kalno(£/t)	1674,50	1734,50
Kaffee(£/t)	2502,50	2327,50
Zucker(£/t)	141,50	139,50
Kautschuk(p/kg)	61,00	60,00
Wolle(p/kg)	428,00	425,00
Baumwolle(cts/lb)	54,60	54,20

*)Abladung Mai-7)Abladung Mai-7)A-Index-Preis Liverpool

AriDeka 1,80 DM
DekaFonds 1,30 DM
DekaRent 3,00 DM
RenditDeka 2,30 DM

Marktgerechte Ausschüttungen für 1985. Vielversprechende Perspektiven - nach Spitzen-ergebnissen 1985: SparkassenFonds.

Am 17. Februar 1986 schütten vier Sparkassen-Wertpapierfonds markt-gerechte Erträge aus. Vielversprechende Perspektiven für SparkassenFonds - nach Spitzen-ergebnissen in 1985 - und attraktive Rabatte sind gute Gründe, die Ausschüttungen sofort wieder anzulegen! Eine Wiederanlage verbessert zudem den langfristigen Anlageerfolg deutlich. Der Wertzuwachs einer Anlage in AriDeka etwa betrug im Laufe der letzten 10 Jahre ohne Ertragswiederanlage 109%, mit Ertragswiederanlage aber 190%.

Auch Zusatz- und Neuanlagen in SparkassenFonds sind aussichtsreich. Denn die Erwartungen für die Aktien- und Rentenmärkte sind positiv. Und SparkassenFonds bieten Invest-Management für Ihre Wertpapieranlagen. Mehr über Invest-Management erfahren Sie beim Geldberater der Sparkassen.

Sparkassen-Wertpapier-fonds	Wert-zuwachs 1985*)	Ausschüttung am 17. Februar 1986			Wieder-anlage-Rabatt**)	
		Ertrag-schein	Bar-Aus-schüttung	+ anrechen-bare Körper-Aus-schüttung		
AriDeka	49,8%	Nr. 24	DM 1,58	+ DM 0,22	DM 1,80	2,5%
DekaFonds	72,2%	Nr. 31	DM 0,98	+ DM 0,32	DM 1,30	3,0%
DekaRent	11,0%	Nr. 17	DM 3,00	-	DM 3,00	2,0%
RenditDeka	10,8%	Nr. 18	DM 2,30	-	DM 2,30	2,0%

*) auf Basis der Anteilwerte und bei Wiederanlage der Erträge. **) bis 18. April 1986.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage **Deka**

LUCIA / Umsatz ist um mehr als elf Prozent gestiegen

Weiterhin auf Erfolgskurs

JAN BRECH, Hamburg Die Lucia Strickwarenfabrik AG, Lüneburg, die zu den größten Anbietern der Damenoberbekleidungsbranche mit gestrickter und gewirkter Ware gehört, ist auch im Geschäftsjahr 1987/88 (31. Oktober) auf Erfolgskurs geblieben. Die AG steigerte den Umsatz um 11,4 Prozent auf 191 Mill. DM, in der Gruppe, die die US-Tochter Lucia Inc. in North Carolina mit einschließt, wuchs das Geschäftsvolumen um 5,4 Prozent auf 293 Mill. DM.

Unternehmen 131 Mill. DM um. Dabei brachte das Inland lediglich ein Plus von 2,1 Prozent, während das Exportgeschäft um 28,4 Prozent wuchs. Von der Lucia-Kollektion werden insgesamt 26 Prozent jenseits der Grenzen verkauft, von Lecomte fast 30 Prozent.

VERSCHULDUNG / Wertverlust des Dollar hilft den Entwicklungsländern kaum

Ölpreisverfall wirkt sich neutral aus

Von KAREN SÖHLER Die Ölpreise purzeln. Experten sagen voraus, daß sie auf 15 Dollar pro Barrel (159 Liter) fallen. Auch die Zinsen sinken, und der Dollar verliert Stärke. Was bedeutet das für die Verschuldungskrise? Pauschal lautet die Antwort: Erleichterung. Doch nicht jeder dieser Faktoren trägt gleichermaßen dazu bei.

wenig Energie. Democh macht die Öleinfuhr auch bei einem Land wie Sudan, das über 8 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten ausweist, etwa 20 Prozent des Imports aus; die verbleibende Energie wird durch Exportüberschüsse zu erzielen, steigen Den Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) zu leisten, viele damit jedoch leichter. Schließlich bringt der Export Devisen ins Land.

Sechs Länder (mit Auslandskrediten von insgesamt über 200 Milliarden Dollar) geraten also durch die fallenden Ölpreise in noch größere Liquiditätsschwierigkeiten. Der Öl-exporteur Malaysia zählt nicht dazu, weil das südostasiatische Land keine Schuldenprobleme hat; außerdem macht der Ölport weniger als 50 Prozent der gesamten Ausfuhr aus.

ZINN / Londoner Handel soll im März wieder einsetzen

Annäherung an eine Lösung

fi, London In der ersten Märzhälfte wird der Zinnhandel in London nach dem viermonatigen Aussetzen wieder aufgenommen. Dieses Datum hat sich die Londoner Metallbörse gesetzt, nachdem der Termin bislang praktisch Woche für Woche wieder verschoben worden war. Allerdings ist jetzt eine Lösung der Zinnkrise in greifbarer Nähe. Nur noch 20 Millionen Pfund trennen die Mitgliedsländer der Internationalen Zinnratte auf der einen und die Gläubigerbanken und Metallhändler auf der anderen Seite von einer Einigung.

wie die Lücke bis zu den erforderlichen 270 Mill. Pfund gefüllt werden kann. Die Zinnverwaltungsfirma Newco soll die Verbindlichkeiten des Internationalen Zinnrates, dem 23 Export- und Abnehmerländern angehören, sowie die Zinnvorräte des Ausgleichslagers übernehmen. Die Außenstände gegenüber den Gläubigerbanken und Metallhändlern werden auf bis zu 900 Millionen Pfund beziffert. Sie entstanden durch Stilllegungen, die vom Verfall des Ausgleichslagers am 24. Oktober wegen Zahlungsunfähigkeit eingeleitet werden mußten.

NAMEN

Hans Hack, Geschäftsführer der Agro Progress Kienbaum International GmbH, Bonn, und Dr. Ralf-Peter Thübbach, Geschäftsführer der Kienbaum International, sind zu Partnern der Kienbaum und Partner GmbH, Düsseldorf, bestellt worden.

tenden Heinz Sievers auf den Posten des Vorstandsvorsitzenden folgen. Karl-F. Schulte-Uebing (31), Betriebsbildungsreferent der Vestischen Gruppe der Industrie- und Handelskammer Münster zu Gelsenkirchen, ist zum Geschäftsführer der Vestischen Gruppe der Kammer gewählt worden.

Situation verschärft sich nur für eine Minderheit

Die Dollarschwäche macht sich in der Dritten Welt also kaum bemerkbar. Und der Ölpreisverfall? Lindert er die Verschuldungsprobleme? Diese Frage ist nicht so leicht zu beantworten. Falsch ist jedenfalls die Ansicht, daß sich die Situation verschärft. Das gilt für einige ölproduzierende Länder, aber nicht für die Mehrheit. Denn von den etwa 145 Entwicklungsländern (einschließlich Opec) müssen rund 100 Staaten das schwarze Gold importieren und mit harter Währung bezahlen. Viele sind arm. Sie verbrauchen aufgrund der kaum vorhandenen Industrie noch

Nur sinkende Zinsen bringen Erleichterung. Bleiben also die sechs Staaten, die unter dem Preisverfall leiden. Das scheint wenig im Vergleich zu den über 100 erleichterten Ölimportländern. Daraus auf eine Entspannung in der Verschuldungskrise zu schließen, wäre logisch. Doch so leicht ist die Rechnung nicht. Die Mehrzahl dieser Länder gehört nicht zu denen, die den internationalen Banken und dem Internationalen Währungsfonds Sorgen bereiten.

In einer internen Liste der Banken sind rund 60 Länder aufgeführt, bei denen „Zahlungsrückstände beobachtet wurden, die sich in Umschuldungsverhandlungen befinden oder welche anstreben“. Sie schuldeten dem Ausland Ende 1984 etwa 580 Milliarden Dollar. Rund achtzig Milliarden entfallen jedoch auf 30 Länder, die jeweils weniger als zwei Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten ausweisen; knapp 100 Milliarden auf Länder wie Argentinien, Peru oder die Elfenbeinküste, die für den Eigenverbrauch Öl fördern und damit nicht vom Markt abhängen.

RENTENMARKT / Auslandsinteressen halten an

Geschäft auf Sparflamme

Das Rentengeschäft verlief in der vergangenen Woche nach wie vor in ruhigen Bahnen. Die Umsätze hielten sich in Grenzen, die Kurse veränderten sich kaum. Im Durchschnitt konnten die Sätze in allen Laufzeitbereichen um 0,05 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Die neue 6½-Prozent-Bundesanleihe (3 Mrd. DM Volumen, davon 750 Mill. DM zur Marktpflege) fließt zwar ab, aber der Verkauf ist noch nicht abgeschlossen. Derzeit werden im Markt Abschlüsse

Table with 5 columns: Emissionen, 7.2, 31.1, 30.12, 28.12, 30.12. Rows include Anleihen von Bund, Bahn und Post, Kommunaltitel, Schulverschreibungen von Sonderinstituten, etc.

Hotel Landhaus Höpen. Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verköstigt im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min) Fragen? Sie uns, wir informieren Sie gern.

Unternehmensberatung in der VW vermarktet lukratives Ersatzprodukt für übrige Ersatzteile. Zusätzl. erhalten wir mit K. 8529 an WELT-Verlag, Fr. 10 05 54, 4200 Essen.

Ein Kind kann man nicht kleben. Jedes Jahr kommen in der Bundesrepublik Deutschland 80.000 Kinder zur Welt, die das Risiko tragen, ein Leben lang behindert zu sein. Die Chancen stehen gut, daß eines Tages ihr Kind nicht darunter ist.

Die Stiftung für das behinderte Kind bemüht sich um gesundheitliche Betreuung, medizinische Versorgung und individuelle frühtherapeutische Betreuung.

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

Die aktuelle WELT-Prämie. Sie können wieder ganz entspannt zu Hause zurücklehnen, die Augen schließen und klassische Musik hören... Stellen Sie sich für mehrere Abende ein großes Festprogramm zusammen, wie es Ihnen am meisten Freude macht.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36. Prämien-Gutschein. Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich:

Bestellschein. Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementpreis beträgt im Inland monatlich DM 27,10, anteilige Versandkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W.288

DIE WELT. UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Herausgeber: Axel Springer jr., Dr. Herbert Kemp. Chefredakteur: Peter Götter. Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehn.

Vertical text on the right edge of the page, including 'Pan und', 'Gute', and other fragments.

SENNHEISER / Belegschaft erheblich aufgestockt

Weiter auf Wachstumskurs

Bei der Sennheiser electronic KG, Bissendorf, hat sich 1985 nach dreijähriger Konsolidierungsphase der erwartete Erfolg eingestellt. Das Unternehmen, das zu den führenden Herstellern von Mikrofonen und hochwertigen Kopfhörern gehört und auf dem Gebiet der drahtlosen Übertragungstechnik Pionierarbeit geleistet hat, verzeichnete im Berichtsjahr einen Umsatzsprung um 27 Prozent auf gut 90 (1984: 71) Mill. DM.

WESTFÄLISCHE SPARKASSE / Automation im Blick

Neues Rechenzentrum geplant

Die Sparkassenorganisation in Westfalen mit 99 Instituten und 1818 Geschäftsstellen wird noch in diesem Frühjahr ein zweites Rechenzentrum in Betrieb nehmen, das eigens für Testzwecke und weitere Entwicklungen der Bankautomation bestimmt ist. Nach den Worten des Präsidenten des Westfälischen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Keffler, sollen hier zunächst Pilotprojekte mit dem automatisierten Kassensystem Point-of-Sale (POS) und einer computerunterstützten Sachbearbeitung (CSB) für Kundenberater in Sparkassen vorangetrieben werden.

WÜSTENROT / Zehn Prozent weniger Baugeld bereitgestellt - Neugeschäft erhöht

Finanzpalette kräftig verbreitert

Die Wüstenrot-Gruppe, Ludwigsburg, deren Kernbereich das Bauspargeschäft ist, das in den letzten Jahren Zug um Zug durch andere Finanzdienstleistungen ergänzt wurde, führt auf diesem Weg zielstrebig fort. So baut beispielsweise die zur Gruppe gehörende Wüstenrot-Bank AG, einstmals als reines Spezialkreditinstitut zur Unterstützung und Abwicklung des Bauspargeschäftes und der Wohnbaufinanzierung gegründet, ihr Programm immer mehr in Richtung einer Geschäftsbank aus: Sie bietet nunmehr auch Dispositionskredite, die Führung von Lohn- und Gehaltskonten sowie eine große Bandbreite von Geldanlagemöglichkeiten an. Ausgeklammert bleiben das gewerbliche Kundengeschäft wie auch das Auslandsgeschäft.

HANSE-MERKUR / Mit Neugeschäft nicht zufrieden

Stabile Beiträge auch 1986

Im fünften Jahr hintereinander hält die Hanse-Merkur Krankenversicherung AG, Hamburg, auch 1986 die Beiträge ihrer Versicherten stabil. 1985 wurden sie in der Vollversicherung sogar um bis zu 20 Prozent gesenkt. Dabei werden nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Gerdt-Wind im Bericht über den Geschäftsjahr 1985 sind Barauschüttungen von 7,8 (nach 6,2 und 3) Mill. DM für leistungsstarke Versicherte sowie Beitragsermäßigungen von 36,1 (nach 13,4 und 9,4) Mill. DM für ältere langjährige Versicherte vorgesehen.

DEUTSCHE CONTINENTAL / Währungsrisiko durch den hohen Auslandsanteil

Verbesserte Schadenquote erwartet

Die Deutsche Continental Rückversicherungs-AG, Hannover, rechnet im Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) erneut mit einer deutlichen Zunahme des Geschäfts. Die Bruttoprämie soll nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden, Johann-Peter Stier, um gut zehn Prozent auf 300 (270) Mill. DM steigen; parallel dazu erwartet Stier für das Beitragsaufkommen im Eigenbehalt einen Zuwachs auf über 200 (176) Mill. DM. Wegen des hohen Anteils des Auslandsgeschäfts - darauf entfallen inzwischen über 80 Prozent - könnten sich diese Zahlen im Falle einer Aufwertung der D-Mark allerdings noch nach unten verändern.

RENAULT / Konsolidierter Umsatz gestiegen

Verlusthöhe noch unbekannt

Der staatliche französische Renault-Konzern hat seinen konsolidierten Umsatz im vergangenen Jahr um 4,6 Prozent auf 122 Mrd. Franc (rund 40 Mrd. DM) gesteigert. Davon entfielen 72,2 Prozent auf Personwagen, 13,1 Prozent auf Nutzfahrzeuge, 4,7 Prozent auf andere Industrie-Interessen; zehn Prozent trug der Export zum Konzernumsatz bei.

INHORGENTA / Fachhandel ist verhalten optimistisch - Produzenten mit gutem Start in das neue Geschäftsjahr

Uhrenbranche im Sog einer stärkeren Konsumnachfrage

Die Uhrenbranche sieht bessere Zeiten heraufziehen. Von den günstigen konjunkturellen Prognosen auch für die Konsumgüter-Sparten erhofft sich die Uhrenbranche auf das inländische Geschäft mit Zeitemessern. Dies gewinnt vor allem für die Industrie an Bedeutung, weil der abgeschwächte Dollarkurs die Möglichkeiten im Export einzuschränken beginnt. Der deutsche Uhrenmarkt stagnierte im vergangenen Jahr bei 18 Mill. Armbanduhren (daneben wurden acht Mill. Großuhren verkauft).

WERNER NEITZEL, München: Die Uhrenbranche sieht bessere Zeiten heraufziehen. Von den günstigen konjunkturellen Prognosen auch für die Konsumgüter-Sparten erhofft sich die Uhrenbranche auf das inländische Geschäft mit Zeitemessern. Dies gewinnt vor allem für die Industrie an Bedeutung, weil der abgeschwächte Dollarkurs die Möglichkeiten im Export einzuschränken beginnt.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokio, listing various stocks and their closing prices.

Advertisement for Schleswig-Holstein, featuring the headline '49 PROZENT' and 'FÖRDERUNG DURCH DEN SCHLESWIG-HOLSTEIN-EFFEKT'. It describes financial incentives for investors in Schleswig-Holstein.

ERGEBNISSE

Stuttgart - Hannover	1:0 (2:0)
Dortmund - Düsseldorf	1:0 (0:1)
Leverkusen - Nürnberg	0:0
Bremen - Köln	2:0 (1:0)
Gladbach - Hamburg	2:1 (0:1)
München - Saarbrücken	5:1 (1:1)
Frankfurt - Bochum	1:0 (0:0)
Klautern - Mannheim	ausgeschieden
Schalke - Uerdingen	2:0 (1:0)

DIE SPIELE

Stuttgart - Hannover 1:0 (2:0)
 Stuttgart: Jäger - Zietzsch - Schäfer, Karbeitz Förster (71. Schlegel), Nuschler - Müller, Allgöwer, Sigurvinsson, Buchwald - Klismann, Fasic - Essener: Rynio - Hellberg - Surmann, Geschlecht, Thiele (83. Ronge) - Thomas, Giesel, Gerber, Baier - Gue, Schaub - Schiedsrichter: Weber (Zweifel). - Tore: 1:0 Klismann (28.), 2:0 Nuschler (37., Elfmeter), 4:0 Nuschler (63., Elfmeter), 5:0 Klismann (74.), 6:0 Allgöwer (81.), 7:0 Müller (88.). - Zuschauer: 10.000 - Gelbe Karten: Zietzsch (4), Klismann (4), Schäfer (4/1), Sigurvinsson (3) - Thomas (4), Schaub (4).

Dortmund - Düsseldorf 1:2 (0:1)
 Dortmund: Immel - Pagelsdorf - Storck, Hupe - Bittcher (70. Simmes), Zorc, Loose, Radmann, Kirtowski - Wegmann, Schiller, Düssel, Schmadtke - Fach - Keim, Kuczinski - Bockenfeld, Weid, Zewe, Grabotin, Düssel - Thiele, Holmquist - Schiedsrichter: Witzel (Zweifel). - Tore: 0:1 Hupe (33.), 0:2 Fichtel (70.), 1:2 Hupe (82.). - Zuschauer: 16.000 - Gelbe Karten: Thiele (4/1), Grabotin (1).

Leverkusen - Nürnberg 0:0
 Leverkusen: Vollborn - Hörster - Zechel, Reinhardt, Bielscher - Hantziadis, Schreier, Hinterberger (83. Drews), Fatke - Waas, Tschä - Nürnberg: Schiller, Leuter (81. Kister), Frommeck, Thomas Brunner, Lieberwirth, Güttler, Wagner - Philipkowski, Andersen, Eckstein (46. Stenzel, 83. Hans-Jürgen Brunner). - Schiedsrichter: Werner (Ausschauer). - Tore: Zehnspiele. - Zuschauer: 8.300 - Gelbe Karten: Hantziadis - Eckstein (2).

Bremen - Köln 2:0 (1:0)
 Bremen: Burdinski - Pezay - Kutzop, Otten - Schaaf, Wolter, Hermann, Meier, Okudera - Burgmüller, Neubarth - Köln: Schumacher - Steiner - Fransen, Müller, Lehmann, Gellert, Gellert, Kricheldorf, Gellert, Gellert, Gellert - Littbarski, Alofs. - Schiedsrichter: Homheim (Zweifel). - Tore: 1:0 Neubarth (20.), 2:0 Schaaf (72.). - Zuschauer: 21.800.

M'gladbach - Hamburg 2:1 (0:1)
 M'gladbach: Sude - Bruns - Hannes, Borowka - Winchold, Drehsen, Hochstetter, Lieuten (78. Kister), Frommeck, Crien, Mill - Hamburg: Stein - Plessers - Jakobs, Schröder - Wasner, Lux, Magath, Kroth, Homp - Rolf, von Heesen (70. Balz), Schiedsrichter: Tritschler (Zweifel). - Tore: 0:1 Müller (8.), 1:1 Mill (88.), 2:1 Mill (73.). - Zuschauer: 13.000 - Gelbe Karten: Drehsen (4/1), Hannes (4) - Wasner (2).

München - Saarbrücken 5:1 (1:1)
 München: Aumann - Augenthaler - Eder, Pflüger - Nachtwitz, Matthäus, Lerby, Willner - Wohlfarth, Hoeneß, Rummelgige (78. Hartmann). - Saarbrücken: Kallmann, Betschell (84. Wegmann), Kühn - Fischer, Kuntz. - Schiedsrichter: Barnick (Scheffelder). - Tore: 1:0 Thies (53., Foulelfmeter). - Zuschauer: 10.000 - Gelbe Karten: Kitzmann - Oswald (2), Tenhagen (2).

Schalke - Uerdingen 2:0 (1:0)
 Schalke: Junghans - Fichtel - Kruse, Schipper - Kleppinger, Dierden, Dietz, Hartmann, Jakob - Thon, Thuber - Uerdingen: Vollack - F. Funtke - Wöhrin, Dämgens - Sommer, W. Funtke (28. Brinkmann), Klinger, Herget, Buttgeriet - Gudmundsson, Ekdalsson - Schiedsrichter: Theobald (Wiesloch). - Tore: 1:0 Klaus Thuber (33.), 2:0 Thuber (83.). - Zuschauer: 7.700 - Gelbe Karten: Jakobs (3), Kleppinger (2) - Bommer (4).

FUSSBALL / Wieder nur 95 000 Zuschauer: Der 22. Spieltag war ein wirkungsvolles Plädoyer für eine Winterpause



Auch das passiert auf Schneeboden: Der Hamburger Jakob schießt im Wegrutschen kraftvoll auf das eigene Tor - und trifft die Latta. FOTO: GEM

Netzer rätselt über das Glück: Fünf Jahre hatten wir es. Irgendwann ist die Portion aufgebraucht

U. SCHRÖDER, M'gladbach
 Felix Magath kann die härtesten Sachen so nett und verbindlich sagen. „Der Schiedsrichter hat unseren Sieg verhindert“, teilte er auf dem Mönchengladbacher Bökelberg zwischen Dusche und Bus mit. Und dabei zog ein sanftes Lächeln um seine Lippen. Die Brillengläser glitzerten freundlich, und die Wörter „Betrug“, „Diebstahl“, „Schiebung“ standen lediglich als unhörbare Sprechblasen über den Köpfen.
 Magath meint in erster Linie diese Szene: ein Stückchen hinter der Mittellinie, in Hamburgs Hälfte, holt Drehsen den Magath von den Beinen. Aber da ist Kroth schon mit dem Ball weg, steht allein vor Sude, hat also das 2:0 und damit den HSV-Sieg auf dem F.u.B. Doch Schiedsrichter Tritschler pfeift, gibt Freistoß und gelbe Karte.
 „Wenn das einem Anfänger passiert, gut, dann will ich mich nicht beschweren“, sagte Günter Netzer, „aber einen international erfahrenen Mann wie Tritschler? Einem FIFA-Schiedsrichter? Nein, das kann ich nicht akzeptieren. Das geht zu weit.“
 Ernst Happel nuschelte seinen üblichen Kommentar herunter, kritisch mit der eigenen Mannschaft, wohlwollend für den Gegner, kühl und treffend. Und genau so setzte er die Pointe: „über die Leistung des

Schiedsrichters möchte ich nichts sagen.“
 Damit hat er natürlich genug gesagt. Und Felix Magath sagte noch mehr. „Man kennt das doch. Da sind die vielen unbedeutenden Pfeife. Mal hier ein kleines Foull, mal da. Aber geöffnet wird immer nur gegen uns. So drifft das Spiel langsam, aber sicher auf die andere Seite.“
 Gut, vielleicht ist das eine Erklärung für die sonderbare Erscheinung im Team des Hamburger SV. Aber sie trübe nur auf die Partie gegen Borussia Mönchengladbach zu. Nicht auf andere Gelegenheiten. Die sonderbare Erscheinung ist folgende: Eine gewisse Zeitlang spielt der HSV gut, sehr gut, brillant. Und plötzlich geht die ganze Truppe ein wie ein Kaiser schmarrn im Durchzug.
 Im Spiel gegen Leverkusen war der Paradefall zu erleben. Eine Halbzeit lang schien der HSV seine alte Zeit wiedererzählen zu haben, führte 2:0. Aber in der zweiten Halbzeit holten die Stars durchs Tal der Mittelmaßigkeit, verloren 2:3. Im Spiel gegen Werder Bremen hatte der HSV eine knappe Stunde lang alles im Griff. Aber wieder nur auf einem sinkenden Schiff. Und nun die Panne auf dem Bökelberg.
 Bis zur 30. Minute rollte die Hamburger ein zappeliges Borussia-Häuflein vor sich her, führen durch Schröder 1:0, müssen sich über die von

Rolf ausgelassene Möglichkeit zum 2:0 gar nicht sonderlich ärgern, denn es scheint unumgänglich: Das 2:0 und der HSV-Sieg werden kommen.
 Aber plötzlich ist alles vorbei, und das muß auch Felix Magath zugeben: „Der Schiedsrichter war nicht für, er war gegen uns. Aber als die Borussia anfangen zu stürmen, hat er nicht mitgesteuert.“ Warum also, müssen sich Magath, Happel, Netzer fragen, warum sind sie wieder ungenutzt?
 Magath meint, einer wie Kaltz fehle ihnen (und diesmal auch Gründel wegen vier gelber Karten), und da reiche die Qualität der Mannschaft eben nicht mehr aus. Ernst Happel lobt den Gegner, klagt über die ausgelassenen Chancen von Rolf. Und so weiter. Günter Netzer argumentiert zuerst aus der Borussia-Ecke seines Herzens: „Immerhin war der Gegner nicht irgendwer.“
 Für den Rest flüchtet sich Netzer ins Jenseitige. „Fünf Jahre lang hatten wir Glück. Jetzt haben wir nur noch Pech. Vielleicht gibt es das wirklich: Irgendwann ist eine Portion an Glück aufgebraucht, du mußt ohne Glück leben. Und damit mußt du fertig werden.“ Vielleicht hat er recht. Vielleicht ist das wirklich so. Wenn es so wäre, hätte er auch recht damit, aufzuhören in Hamburg und den Felix Magath auf den Managerstuhl zu lassen.

Magath hat schon seine Pläne für diese Zeit. Einen Libero will er verpflichten, einen erstklassigen. Aber mit Plessers habe dieser Wunsch nichts zu tun, sagt er. Den Plessers wolle er behalten. Und einen Stürmer will er. Auch einen erstklassigen. „Zur Zeit haben wir nur einen, Gründel. Und mit einem Stürmer kann keiner Meister werden“, sagt Magath.
 Obwohl sie verloren haben, wieder mal verloren, redet Magath gerne nach dem Spiel in Mönchengladbach. Denn für ihn war's ein schöner Nachmittag. Magath hat ein sehr gutes, in vielen Szenen glänzendes Spiel gemacht. „Der Mann ist großartig“, sagt Jupp Heynckes, „aber er hat zwei Gesicht: Magath in der Nationalelf, Magath in der HSV-Elf.“ Diese Feststellung - landauf und landab nirgendwo bestritten - reicht Heynckes nicht.
 Der Borussia-Chef nutzt die Gelegenheit wieder einmal, dem Teamchef Beckenhauer eins vor den Latz zu geben. Warum tut er das? Weil er gerne selber Bundestrainer wäre? Weil da noch uralte Rechnungen offen stehen? „Daß Magath sein einzigartiges Können in der Nationalelf nicht einsetzen kann“, sagt Heynckes, „das ist nicht meine Sache, das ist Sache des Teamchefs.“ Dafür kriegt er in Borussia's Klubhaus Szenen-Beifall.



„Zufalls-Fußball für die Kunden unzumutbar“

Von ULRICH DOST
 Wer in diesen eisigen Tagen nur die Nase zur Tür heraushält, den treibt es zurück ins mollig-warme Wohnzimmer. Der freut sich auf eine heiße Tasse Tee, eine warme Heizung und Behaglichkeit. Kann da ein Fußballbesuch im Freien eine Alternative sein? Mit der Erwartung einer tropfenden Nase, kalter Ohren und einer unangenehmen Kälte, die von den Füßen ganz langsam den Körper emporkriecht? Mühselig. Es werden immer weniger, die Samstag-nachmittag ins Stadion gehen, wenn das Thermometer weit unter Null zeigt und draußen überall Schnee liegt. Nur noch 85.000 - ihre Unverdrossheit ist zu bewundern - sahen die acht Bundesligaspiele an diesem Wochenende.
 Die Bundesliga muß um jeden Gast buhlen wie wohl selten zuvor. Galtien früher die Argumente für eine längere Winterpause meist den eigenen Interessen (Zufall spielt auf rutschigem Boden mit, Verletzungsgefahr für Spieler), so scheinen die Klubs allmählich erkannt zu haben, daß die Zuschauer wegbleiben, weil es ihnen draußen zu ungemütlich ist. Dabei ist es ihnen egal, eventuell ein gutes Spiel zu verpassen. Nur 12.000 Besucher wollten das Spitzenspiel in Mönchengladbach gegen den Hamburger SV sehen. Da zog Trainer Jupp Heynckes (40) den Schluss: „Noch nie hatten wir so wenig Zuschauer gegen den HSV.“ Das beweist, daß bei Eis und Schnee in dieser Jahreszeit nicht gespielt werden darf.
 In Leverkusen gaben Erich Ribbeck (48) und Heino Höher (47) der alten Diskussion neuen Zündstoff. Der Leverkusener Trainer schimpfte: „Der Rasen war beschissen, kein Zweifel. Aber wie? Ich werde mich in Zukunft dafür einsetzen, daß auch solche Spiele ausfallen. Die Stürmer

ein Mann, weiße Haare, gute Kleidung, vornehm Aussehen auf die Geschäftsstelle, um zwei Karten für das Spiel gegen Leverkusen abzuholen. Plötzlich rattert das Gehirn: Hoppla, das ist doch einer, den wir als Nachfolger von Hannes Löhr (43) gebrauchen könnten. Es vergehen nur vier Tage, dann ist die Sache tatsächlich perfekt. Der Mann mit den weißen Haaren und den guten Manieren heißt Georg Kessler (53), der seit einem Dreivierteljahr arbeitslos war und nun unverhofft wieder eine Anstellung fand. So engagiert der 1. FC Köln seine Trainer. Getreu dem böscen Motto: „Was soll's? Et is noch immer joi jejangen.“
 Und wenn dieser weitgereiste Mann noch Geschichten erzählen kann, die seinen Mut bezeugen, dann sind sie in Köln ganz aus dem Häuschen. Das muß einer sein. Auch vor dem Namen Johan Cruyff (42) hat Kessler in seiner Zeit als holländischer Nationaltrainer nicht halbgemacht. Doch sein Husarenstück lieferte er 1974 in Berlin. Hertha BSC hatte sich damals gerade von Dettmar Cramer (60) getrennt und Kessler bereits verpflichtet. Plötzlich wollte Cramer weitermachen. Die Mannschaft wollte auch lieber ihn behalten. Die Spieler sollen sogar Geld gesammelt haben für Kessler, damit er aus seinem Vertrag wieder aussteigt. Kessler blieb hart und erinnert sich heute: „Das habe ich durchgezogen. Wir haben uns mit der Mannschaft zusammengedungen und wurden gleich Vize-Meister.“
 Georg Kessler, ein Mann ohne Furcht und Tadel? Er sagt: „Es ist unvernünftig, sich selbst als mutigen Mann zu bezeichnen. Mut muß man durch Taten zeigen, nicht durch Worte.“ Befürchtungen, die etablierten Stars wie Harald Schmacher (31), Pierre Littbarski (28) oder Klaus



Jetzt gibt er die Richtung an: Georg Kessler. FOTO: WERK

alle gemerkt, daß uns das Wasser bis zum Hals steht, und entsprechend die kämpferische Einstellung.“ Solche Worte ausgerechnet aus dem Munde vom Kapitän lösten bei vielen Überraschung aus. Denn gerade Zewe war es, der so häufig in dieser Saison lasch spielte, so daß ihn sein Golf-Partner Brei vor kurzem aus der Mannschaft warf und ihn öffentlich kritisierte. Jetzt müßten andere den Karren aus dem Dreck ziehen.
 Der Vorstand hatte schon vorher verkündet, Zewe's Vertrag werde am Saisonende nicht mehr verlängert. Förster: „Dabei bleibt es auch, das haben wir dem Gerd klipp und klar gesagt. Wir stellen aber mit Genugtuung fest, daß er sich danach im Training voll reingekniet hat und daß er dabei ist, einen guten Abschied zu verschaffen. Ganz sicher wird er nach Nummer 14 zum Teil glanzvollen Prof-Jahren bei der Fortuna ein würdiges Abschiedsspiel bekommen.“ So stehen denn am Ende der „schlimmsten Woche“ von Förster auch ein paar freundliche Töne. Anders in Dortmund, dort hat Trainer Paul Csernai zornig angekündigt, er werde schon am heutigen Rosenmontag die Peitsche auspacken. Denn: „Einige Spieler haben den normalen Ton der letzten Wochen offensichtlich nicht vertragen.“

Allofs (28), die sich gegen eine Trennung von Löhr aussprechen, könnten gegen ihn arbeiten, hat Kessler nicht: „Das sind erfahrene Profis, die Leistungen bringen wollen.“ Nach dem 0:2 in Bremen wollten sie der neue Kölner Trainer nicht kritisch über einzelne Spieler äußern. Vom Abstieg redet er auch nicht. Das braucht er auch (noch) nicht, nachdem Präsident Peter Weiland (63) schon vorsorglich darauf hingewiesen hat, daß die Mannschaft die nächsten Spiele durchaus verlieren könne. Nur für Vize-Präsident und Schatzmeister Karl-Heinz Thiele (45) ist klar: „Wir spielen gegen den Abstieg.“ Aber in Köln ist ja immer noch alles gut gegangen.
 Die Bundesliga bietet immer noch ein Novum: Der Stuttgarter Verteidiger Michael Nushör (23) veränderte beim 7:0 über Hannover 96 gleich drei Elfmeter. Amüsiert merke er an, daß er auch den vierten geschossen hätte. Obwohl ich dann wahrscheinlich keine Ecke mehr gewußt hätte.“ Schon beim dritten Elfmeter aber wollte sich Karl Allgöwer (29) den Ball schnappen, weil Nushör beim zweiten schon viel Glück hatte. Doch Nushör sagte: „Laß mich noch einmal schießen.“ Dann landete der Ball wieder im Winkel.
 Karl Allgöwer traut im übrigen den Hannoverern kaum noch zu, den Abstieg zu vermeiden. Allgöwer: „Hannover war noch viel schwächer als der 1. FC Köln, den wir mit 5:0 besiegten.“ Hannover 96 und Trainer Jörg Berger (41) haben sich zwar noch nicht aufgegeben, doch die Zukunft ist nicht rosig. Berger sagt: „Personelle Alternativen habe ich nicht. Innerhalb der Mannschaft muß der Funke überspringen.“ Eine vage Hoffnung.
 Die Kollegen in der Bundesliga geben es ihm schriftlich: Klaus Thuber (27) ist der Klopper der Bundesliga, unfairer als er spielt niemand. Thuber antwortete zweimal. Zuerst verbal: „Das sind alles geistige Tiefstflieger, die sich an dieser Umfrage beteiligen haben. Mich läßt das kalt. Darüber kann ich nur lachen.“ Dann eine sportliche: Er erzielte beide Treffer für Schalke 04 zum 2:0 über Uerdingen 05. Nun ist alles klar.

Weil Gerd Zewe wieder rackert, hofft Düsseldorf

BERND WEBER, Düsseldorf
 „Zuweilen“, so Peter Förster, Präsident von Fortuna Düsseldorf, „zwingt einen das Amt zum Scheitern, denn man kann im Interesse des Vereins nicht immer die volle Wahrheit rauslassen.“ Gemünzt war dieses Bekenntnis auf seinen Freischafter am Samstagabend im Dritten Programm des Westdeutschen Fernsehens. Da saß der Chef von Fortuna Düsseldorf und kommentierte geradezu auffällig zurückhaltend die Sensation dieses Spieltages der Fußball-Bundesliga: Das 2:1 seiner Mannschaft bei Borussia Dortmund, den ersten Auswärtssieg der Düsseldorf in dieser Saison.
 Förster flüchtete sich beim Interview in Allgemeinplätze wie diese: Natürlich freue er sich über den unerwarteten Erfolg, selbstverständlich sei er glücklich darüber, daß die Düsseldorf den letzten Tabellenplatz zum ersten Mal seit dem 2. November vergangenen Jahres wieder an einen Konkurrenten abgegeben hätten. Das ist alles richtig, aber wenn er offen und ehrlich gewesen wäre, hätte das flau Gespräch einen anderen Verlauf genommen.
 Die Wirklichkeit nämlich sieht anders aus. Wahrheit ist, daß Förster in der vergangenen Woche, so sieht er es jedenfalls selbst, die schlimmste Zeit

seit seiner Amtsübernahme vor einem Jahr durchgemacht hat. Förster zur WELT: „Ich wurde aus dem Umfeld des Vereins in übelster Weise an den Pranger gestellt. Die Attacken gipfelten in dem Vorwurf, ich würde die Fortuna kaputtmachen. Und solche Dinge kann ich auch nach dem Sieg in Dortmund nicht so einfach wegstecken.“
 Der Streit, um den es hier geht, beschäftigt die Düsseldorf Szene nun schon seit Monaten. Es geht um die Frage, ob Trainer Dieter Brei der Mann ist, der die Mannschaft vor dem Abstieg bewahren kann. Nein, behaupten viele. Brei habe kein Durchsetzungsvermögen, er lasse sich von den Stars auf dem Kopf herumtanzen, und außerdem sei er bislang nicht in der Lage gewesen, ein akzeptables Langzeit-Konzept zu entwickeln. Daß Förster doch noch mit Gewalt an Brei festhalte, sei nur damit zu erklären, daß die beiden persönlich eng miteinander befreundet wären. Förster bestreitet das entschieden. Er bescheinigt dem Trainer Sachkompetenz. „Er ist intern sehr viel härter, als es die Öffentlichkeit ahnt.“ Es besteht keine Veranlassung, ihn zu entlassen.
 Daß Förster diese These nach dem Überraschungserfolg in Dortmund noch entschiedener vertreten wird als

bislang schon, steht außer Zweifel. Daß er dabei auf einem ziemlich schmalen Grat balanciert, ist ebenso klar. Eine Heimniederlage am nächsten Samstag gegen Leverkusen würde die endlose Diskussion um den Trainer erneut zuspitzen. Brei selbst sieht es so: „Was die beiden Punkte in Dortmund wert sind, wird sich erst nächsten Samstag zeigen.“
 Fest steht indes, daß die Fortuna-Spieler endlich wieder ein wenig Lust an Fußball bekommen haben. Im Westfalenstadion boten sie eine Leistung, die den Klassenerhalt zumindest noch erhoffen läßt. Angetrieben von ihrem 35jährigen Routinier Gerd Zewe, der im Mittelfeld souverän Regie führte und der das wichtige 1:0 mit einem 16-Meter-Schuß schaffte, setzten die Düsseldorf ihre Gastgeber sofort unter Druck, der bis weit in die zweite Halbzeit hinein anhält. Und erst als die Borussia, nach dem 0:2 durch Holmquist endgültig mit dem Rücken zur Wand stehend, mit aller Gewalt zur Sache gingen, geriet Fortuna noch in arge Verlegenheit. Da aber rettete sie Torhüter Jörg Schmadtke mit einer ganzen Serie von Glanzparaden. Nur gegen einen von eigenen Vorstörper Günter Kuczinski abgefälschten Ball war der 21jährige Schlussmann machtlos.
 Zewe zum Sieg: „Endlich haben

alle gemerkt, daß uns das Wasser bis zum Hals steht, und entsprechend die kämpferische Einstellung.“ Solche Worte ausgerechnet aus dem Munde vom Kapitän lösten bei vielen Überraschung aus. Denn gerade Zewe war es, der so häufig in dieser Saison lasch spielte, so daß ihn sein Golf-Partner Brei vor kurzem aus der Mannschaft warf und ihn öffentlich kritisierte. Jetzt müßten andere den Karren aus dem Dreck ziehen.
 Der Vorstand hatte schon vorher verkündet, Zewe's Vertrag werde am Saisonende nicht mehr verlängert. Förster: „Dabei bleibt es auch, das haben wir dem Gerd klipp und klar gesagt. Wir stellen aber mit Genugtuung fest, daß er sich danach im Training voll reingekniet hat und daß er dabei ist, einen guten Abschied zu verschaffen. Ganz sicher wird er nach Nummer 14 zum Teil glanzvollen Prof-Jahren bei der Fortuna ein würdiges Abschiedsspiel bekommen.“ So stehen denn am Ende der „schlimmsten Woche“ von Förster auch ein paar freundliche Töne. Anders in Dortmund, dort hat Trainer Paul Csernai zornig angekündigt, er werde schon am heutigen Rosenmontag die Peitsche auspacken. Denn: „Einige Spieler haben den normalen Ton der letzten Wochen offensichtlich nicht vertragen.“

Hannover 96 jetzt Letzter - 0:6 Punkte und 3:16 Tore aus drei Spielen

	Hins	Auswärts
1. Bremen	22 16 3 3 61:30	35:9 21:1 21:21 14:8
2. München	22 14 3 5 50:24	31:13 36:9 20:2 14:15 11:11
3. M'gladbach	22 12 7 3 50:31	31:13 31:15 19:3 19:18 12:8
4. Leverkusen	22 10 5 4 45:31	27:17 30:14 19:5 15:17 8:12
5. Hamburg	22 11 3 8 35:23	25:19 22:6 15:5 15:17 10:14
6. Stuttgart	22 9 5 8 40:34	23:21 24:10 13:9 16:17 10:12
7. Uerdingen	22 9 5 8 33:49	23:21 18:18 14:6 15:31 9:15
8. Mannheim	20 8 5 7 30:25	21:19 23:10 16:4 7:15 5:13
9. Frankfurt	22 5 10 7 24:33	20:24 15:10 15:9 9:23 5:15
10. Bochum	20 9 7 10 38:33	19:21 25:13 15:5 13:20 6:16
11. Schalke	22 7 5 10 34:35	19:25 22:11 14:8 12:24 5:17
12. Dortmund	22 7 5 10 34:35	19:25 22:11 14:8 12:24 5:17
13. Klautern	21 4 6 9 26:30	18:24 17:9 14:8 9:21 4:16
14. Köln	21 5 8 8 31:38	18:24 20:14 12:8 11:24 6:16
15. Nürnberg	22 7 4 11 32:34	18:26 19:18 10:12 13:16 8:14
16. Saarbrücken	22 4 7 11 28:43	15:29 19:14 13:7 9:29 2:22
17. Düsseldorf	22 5 4 13 30:49	14:30 20:16 12:10 10:33 2:20
18. Hannover	22 5 4 13 34:49	14:30 16:21 9:11 18:48 5:19

● Schon zwölf Spiele vor dem Ende der Saison wurde die letzte Spielzeit in trauriger Art überboten. Der Saarbrücker Santos Muntubila und Dietmar Klinger wurden als 19. und 20. Spieler vom Platz gestellt - beide für Revanchefouls. In der letzten Saison gab es 19 Platzverweise. Die bisher meisten roten Karten gab es in der Saison 1983/84 (21). Gleich sieben Spieler wurden am Samstag zum vierten Mal verwundet und sind für den nächsten Spieltag gesperrt: Schaub, Thiele, Wayne Thomas (alle Hannover), Klismann, Zietzsch (beide Stuttgart), Hannes (Gladbach), Bommer (Uerdingen).

● Ein Novum im 23. Bundesligajahr: Michael Nushör veränderte für Stuttgart gleich drei Elfmeter gegen Hannover 96. Einen Hattrick mit Strafstoßen gab es noch nie. Neubarth und Allgöwer verbesserten sich in der Torschützenliste durch ihre Treffer auf Platz zwei (14 Tore zusammen mit Remark und Tschä Bum). Es führt weiter der Bochumer Kuntz mit 16 Treffern. Klaus Fichtel, 41 Jahre alt, wurde nun schon im 526. Spiel eingesetzt. Er ist der älteste Profi, der jemals in der Bundesliga spielte. Der Bochumer Jupp Tenhagen bestritt als elfter Profi der Bundesliga-Geschichte sein 450. Spiel.

● Neue Besen kehren nicht immer gut. Hannover 96 muß es erfahren. Unter Trainer Jörg Berger, der Werner Biskup zu Jahresbeginn ablöste, gab es 0:6 Punkte und 3:16 Tore. Die Niedersachsen sind jetzt Tabellenletzter, weil Fortuna Düsseldorf, das bisherige Schlusslicht, seinen ersten Auswärtssieg erkämpfte. Kurioserweise gewannen die Düsseldorf nun schon zum sechsten Mal in Dortmund mit 2:1. Ebenfalls bemerkenswert: Bremen, aber auch Nürnberg und Frankfurt sind im neuen Jahr noch ohne Gegentor. Die Zahl der Spieldauerfälle seit 1963 erhöhte sich auf 311.

erdgas IST EINE SAUBERE SACHE.

VORSCHAU
 Samstag, 15. Februar (15.30 Uhr)
 Hamburg - München (0:2)
 Nürnberg - Bremen (1:2)
 Düsseldorf - Leverkusen (1:3)
 Mannheim - Dortmund (0:0)
 Bochum - Klautern (0:3)
 Uerdingen - Frankfurt (1:1)
 Hannover - Schalke (2:2)
 Saarbrücken - Stuttgart (1:3)
 Köln - Gladbach (1:1)

Handwritten signature or mark.

SKI ALPIN / Slalomfahrerin Maria Epple-Beck bereitet ihren Rücktritt vor

Erster Weltcup-Sieg für Wasmeier

sid/dpa, Morzine Avoriaz
 Nun wird Markus Wasmeier doch noch zum einzigen ernsthaften Konkurrenten von Weltcup-Verteidiger Marc Girardelli. Der Weltmeister im Riesentorlauf feierte in Morzine Avoriaz (Frankreich) gleich zwei Siege auf einen Schlag. Mit der Startnummer eins war Wasmeier die unbestrittene Nummer eins: Er gewann den Super-G und als Draufgabe auch noch die Kombination.

Der Weltmeister aus Schliersee verfolgte die Jagd auf seine Bestzeit ab Startnummer drei in der Fernseh-Kabine des ZDF. Doch die Konkurrenz hinter Wasmeier zurück. Im Sog von Wasmeier sammelten mit Hans Stuffer aus Samberg als Siebtem, und den Berchtesgadenern Michael Eder als Elftem sowie Peter Roth drei weitere Läufer des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) Weltcup-Punkte.

Noch im Zielraum setzte sich Wasmeier, dessen wichtigstes Vorhaben („Mit einem Weltcup-Sieg den WM-

Titel bestätigen“) nun erfüllt ist, ein neues Ziel: Er will Sieger im Gesamt-Weltcup 1985/86 werden. „Zum Saisonbeginn wollte ich unter die ersten fünf der Gesamtwertung kommen. Jetzt könnte es sogar noch ein bisschen mehr werden“, kündigte Wasmeier an. Immerhin ist er im Kampf um den Weltcup nun Dritter hinter Girardelli (212 Punkte) und dem Schweizer Peter Müller (186), der am Samstag die Abfahrt von Morzine vor dem früheren österreichischen Abfahrts-Olympiasieger Leonhard Stock gewonnen hatte.

Kann Wasmeier den Weltcup gewinnen? Bei seiner Siegesfahrt in Morzine behinderte ihn erneut ein entzündeter Knorpel im Knie, was ihm übrigens schon die ganze Saison über Probleme bereitet. Wasmeier: „Ich verspüre wieder Schmerzen im Knie. Und wenn ich viele Rennen fahre, kommen die Schmerzen immer wieder. Ich brauche eine Pause.“ Eine Pause, die freilich die Konkurrenten dann nutzen könnten, weil er zuschauen müßte, wie ohne sein Zutun die Weltcup-Punkte aufgeteilt werden.

Jubel bei den deutschen Herren,

Freude bei den deutschen Ski-Damen, die in Traudi Hächer aus Schleching ihren neuen Star gefunden haben. Die 23jährige Gemeinde-Angestellte bestätigte nach dem Sieg vor drei Wochen in Oberstaufen und Platz vier vor vier Tagen in Valzdana ihr derzeitiges Leistungshoch. Beim Riesentorlauf in Jasna in der Hohen Tatra fuhr sie auf Platz drei vor. Nun kann sie sich sogar Hoffnungen auf den Sieg im Riesentorlauf-Weltcup machen. Mit 63 Punkten rückte sie hinter der Schweizerin Vreni Schneider (70) und der Jugoslawin Mateja Svet (84) auf Platz drei vor.

Den Spezialslalom von Jasna gewann die Schweizerin Corinne Schmidhauser vor der Italienerin Nadia Bonfini und Erika Hess (Schweiz). Maria Epple-Beck aus Seeg, die beste deutsche Slalom-Spezialistin, war nicht dabei. Die 26jährige Allgäuerin bereitete ganz offensichtlich ihren Rücktritt vor. Wie Willi Lesch, der Damentrainer des Deutschen Skiverbandes, mitteilte, werde die Riesentorlauf-Weltmeisterin von 1978 nur noch bei den deutschen Meisterschaften am Wochenende in Todtnau im Schwarzwald starten.

BIATHLON / Viel Ärger um den Termin der deutschen Meisterschaft

Angerer fehlte, Titel für Pichler

DW/W. JUNGE, Friedenweiler
 Der verärgerte Hauptdarsteller reiste ab und überließ den anderen Feld und Titel. Peter Angerer hatten die deutschen Biathlon-Meisterschaften von Friedenweiler von Anfang an nicht ins Konzept gepasst. Er fühlte sich in seiner Vorbereitung auf die Weltmeisterschaften in Oslo (18. bis 23. Februar) gestört. Über 20 Kilometer war er so nur widerwillig und auf Druck des Verbandes gestartet und hatte am letzten Schießstand, bis dahin fehlerfrei und als Schnellster in Führung liegend, gleich fünfmal danebengeschossen. „Das mache ich nicht noch einmal“, hatte Angerer erklärt. Und als der Meister auf der Zehn-Kilometer-Strecke ermittelt wurde, trainierte er in Südtirol schon wieder in aller Ruhe für die WM.

Seine Abwesenheit nutzten andere: Ernst Reiter aus Eisenärzt, der erstmals Meister auf der langen Strecke wurde, und Walter Pichler aus Ruhpolding, der seinen ersten Titel über zehn Kilometer vor Reiter gewann. Reiter wurde als erfolgreichster Skijäger mit dem goldenen Ski des Deutschen Ski-Verbandes (DSV)

ausgezeichnet - doch alle Erfolge konnten ihn nicht glücklich stimmen. „Beides, Titel und Auszeichnung, würde ich gern gegen ein WM-Ticket tauschen“, meinte der Bundeswehr-Feldwebel, der sich bei den Weltcup-Rennen im Januar nicht für die Weltmeisterschaften qualifiziert hatte. „Ich habe auf die WM hintrainiert und nicht auf die Qualifikation“, erklärte er traurig. „Jetzt, wo ich in Hochform bin, muß ich zu Hause bleiben.“ Pichler dagegen gehört zum Sextett, das am Holmenkollen auf Medaillenjagd gehen will. Der 24jährige Zollbeamte mußte nach einem Fehlschuß eine Strafrunde laufen und lag im Ziel nur sieben Sekunden vor dem fehlerfreien Reiter.

Auch Fritz Fischer hatte die Nominierung schon in der Tasche. In Friedenweiler erreichte ihn die Nachricht, daß er zum zweiten Mal Vater geworden war. „Ich bin froh, daß das Kind jetzt da ist“, meinte auch Bundestrainer Jürgen Seifert, „jetzt kann sich der Fritz voll auf die Weltmeisterschaft konzentrieren.“

Aus dem Team der WM-Fahrer zeigte Fischer die ansprechendste

Leistung als Zweiter über 20 und Dritter über zehn Kilometer. Franz Wudy aus Rabenstein, Angerers vermeintlicher Nachfolger, hatte nach den schweren Weltcup-Rennen vom Trainer eine Ruhepause verordnet bekommen. Herbert Fritzenwenger aus Ruhpolding, noch weit von seiner Bestform entfernt, wurde über zehn Kilometer Achter, nachdem er drei Fahrkarten geschossen hätte. Der Bad Tölzer Florian Hüttner, der in Oslo auf einen Einsatz im Sprint und in der Staffel hofft, besandete die zehn Kilometer mit nur einem Fehlschuß als Fünfter.

„Wenn es jetzt bei der WM nicht läuft, wird man uns dies mit dem Meisterschaftstermin ankneiden“, meinte ahnungsvoll Peter Bayer, Biathlon-Referent des Deutschen Ski-Verbandes. Seiner Meinung nach seien jedoch die Ausreiter nicht ernst zu nehmen. „Bis zu den Weltmeisterschaften sind alle in Hochform.“ Auch Trainer Seifert zog hoffnungsvoll Bilanz. Zwar sei Angerer der einzige Siegläufer des Teams, doch in der Staffel ist bei der WM von Platz eins bis fünf alles drin.“

SKISPRINGEN

Klauser auf der Großschanze vorn

sid/dpa, Willingen
 Thomas Klauser aus Reit im Winkel verteidigte bei den deutschen Meisterschaften im Skispringen auf der Großschanze in Willingen im Sauerland seinen erst im Dezember 1985 in Ruhpolding gewonnenen Titel erfolgreich. Mit der Note 225,9 und Weiten von 104 und 110,5 Metern verwies er Wolfgang Steiert aus Hinterzarten (218,6/104 und 106) und Wolfgang Schilli aus Schonach (214,8/105 und 105) auf die Plätze.

Der Oberstdorfer Andreas Bauer, der Meister auf der Normalschanze, belegte Platz fünf. Die erstmals verbundene deutsche Mannschaftsmeisterschaft auf der Normalschanze gewann der Bayerische Ski-Verband.

Bei der Weltmeisterschaft im Skifliegen Anfang März am Kulm bei Bad Mitterndorf wird der erste 200-m-Flug in der Geschichte dieser Sportart erwartet. Die Schanze wurde dafür entsprechend umgebaut. Zuständig dafür waren Lado Gorsek und Miloslav Belonznik, die schon die Schanzen in Planica (Jugoslawien) und Harrachov (CSSR) konstruiert haben.

DER LANCIA DELTA S4 GEWINNT DIE RALLYE MONTE CARLO '86.



Die beiden ersten Starts des neuen Lancia Delta S4 fanden bei den beiden wichtigsten Rallies der Welt statt: Er gewann souverän die RAC-Rallye in England und jetzt spektakulär die Rallye Monte Carlo '86. Eine aufsehenerregende Bestätigung für die technische Überlegenheit des Lancia Delta S4 und seiner weltweit einzigartigen Techno-

logie: 4-Zylinder-Reihenmotor mit 16 Ventilen, ca. 400 PS, Doppelaufladung durch Turbolader und Kompressor, Allradantrieb. Der Lancia Delta S4 ist der vollkommene und aktuelle Beweis für die Lancia-Philosophie: sportliche, sichere, umweltfreundliche und technisch anspruchsvolle Autos zu bauen, die Spaß am Fah-

ren machen. Bei Rallies genauso wie täglich auf der Straße. Jedes einzelne Lancia-Modell kann diesen Beweis antreten. Angefangen beim kleinen frechen Y10 über die sportliche Mittelklasse Delta und Prisma bis hin zu unserem Flaggschiff Thema. Alle haben selbstverständlich Frontantrieb, und in allen schlägt ein sportliches Herz.



Schlußklassement der Rallye Monte Carlo '86, vom 18.1. bis 24.1.1986:

1. Toivonen/Cresto, Lancia Delta S4,
2. Salonen/Harjanne, Peugeot 205 Turbo,
3. Mikkola/Hertz, Audi Sport Quattro,
4. Röhl/Geistdörfer, Audi Sport Quattro.

Lancia Delta S4 siegt mit Pirelli-Reifen.

Handwritten signature: "J. M. 1986"

Zugspitze meldet 31 Grad unter Null

dpa, Hamburg
 Deutschland hat ein wahrhaft „sibirisches“ Wochenende hinter sich: Auf der Zugspitze sank das Quecksilber auf 31 Grad unter Null, im Flachland sanken die Temperaturen nachts bei überwiegend klarem Himmel zum Teil unter 20 Grad minus. Noch am Sonntagvormittag wurden vielerorts minus zehn Grad gemessen. Die Skiläufer hatten Schnee genug, doch mußten sie sich mit mehreren Lagen Kleidern dick verkleiden.

Beim närrischen Mummschanz auf den Straßen froren den jüngsten Jecken die Finger blau, die älteren versuchten sich mit Glühwein zu helfen. Der traditionelle Straßenkarneval, Fasching und Fasnet feierten nichtsdestotrotz mancherorts fröhliche Urständ. Nur 20 000 frierende Jecken säumten allerdings in Köln die Straßen, als der „Schull- und Veedelszöch“ vorbeizog. In dem selbstfinanzierten Zug nehmen Schulen und Vereine jene Probleme aufs Korn, die sie in der Rheinmetropole am meisten bewegen. 1985 waren zu dem Großereignis nach Angaben der Polizei zehnmal so viele Zuschauer gekommen.

Die Kälte ist jetzt bis zu 40 Zentimeter tief in den Boden eingedrungen. Doch die Gewässer sind noch nicht sicher zugefroren: Am Samstagnachmittag brach eine viertköpfige Familie beim Schlittschuhlaufen durch das Eis des niedersächsischen Steinhuder Meers. Sie konnte in letzter Minute gerettet werden, die Polizei nahm ein Propellerboot zu Hilfe. Beide Eltern und eines der Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Autobahnen und Hauptstraßen waren zumeist trocken und gut befahrbar. Es kam zu keinen größeren Behinderungen. In Bayern allerdings führte der Ansturm der Skiläufer auf das Gebirge zu größeren Staus und langen Wartezeiten an der österreichischen Grenze.

In einer ersten Karnevalsbilanz zollte die Polizei den Autofahrern verhaltenes Lob: Insgesamt scheint die Zahl der alkoholbedingten Unfälle mit Toten und Verletzten unter dem Vorjahresniveau zu bleiben. Immerhin mußten in Nordrhein-Westfalen 17 780 Fahrer in die Tüte blauen und 724 Fahrer sich überdies Blut abzapfen lassen. Nach Ansicht der Meteorologen ist eine Erwärmung vorerst nicht zu erwarten, im Norden soll zusätzlich Wind aufkommen. Auch sollen Wolken aus östlicher Richtung neuen Schnee bringen.

Wurde „Shergar“ längst erschossen?

SAD, Dublin
 Die irische Polizei wußte schon vier Tage nach der spektakulären „Shergar“-Entführung, daß der teuerste Zuchtstier der Welt von der IRA erschossen worden war. Das behauptet der in Liverpool lebende Schriftsteller und Journalist Roy David in einem neuen Buch über das Verbrechen, das vor drei Jahren rund um den Globus Schlagzeilen gemacht hatte.

Daß nach dem spurlos verschwundenen Tier (das vom Aga Khan geführte Eigner-Syndikat bezifferte seinen Wert mit zehn Millionen Pfund) wochenlang gefahndet wurde, hält David für eine Farce. „Der Polizei war bekannt, daß die Terroristen Shergar töteten, als sie die Aussicht auf eine Zahlung des geforderten Zwei-Millionen-Lösegeldes begraben mußten.“ Die Großfahndung sei nur fortgesetzt worden, um das Ausbrechen einer Panik unter den Pferdezüchtlern zu verhindern.

Schlimmstes Eisenbahnglück Kanadas / Zwei Züge frontal aufeinandergeprallt / Ursache ungeklärt



Mindestens 58, wahrscheinlich aber bis zu 60 Menschen verloren ihr Leben bei dieser Zugkollision auf einer abgelegenen Strecke in den kanadischen Rocky Mountains, als ein Güter- und ein Personenzug aufeinanderprallten. (FOTOS: AP)



60 Tote in den Rocky Mountains?

WOLFGANG WILL, Hinton
 „Der Speisewagen gleicht einer quer durchgeschnittenen und dann mit einer Riesenfäust zusammengedrückten Sardinenbüchse. Daß da noch drei Leute rausgekommen sind, ist ein Wunder. Und im Wagen davor konnte nur entkommen, wer durch die Wucht des Aufpralls durch ein Fenster geschleudert wurde.“

So schilderte ein Bahnbeamter, der zu den Rettungseinheiten gehört, die Szene an der kanadischen Hauptstrecke in der Provinz Alberta, 310 Kilometer von Edmonton entfernt: In den dortigen Rocky Mountains Kanadas waren Samstag früh, während die meisten der 130 Fahrgäste noch schliefen, zwei Züge frontal aufeinandergeprallt: Ein Güterzug mit 114 Waggons, der von drei Dieselloks gezogen wurde, und ein Personenzug mit neun Waggons. Die Unglücksregion ist unzugänglich, weshalb für die Rettungsarbeiten vorwiegend Hubschrauber eingesetzt sind. Die

Bergungs- und Rettungsarbeiten gestalten sich des unzugänglichen Geländes wegen äußerst schwierig. Daraus erklären sich die ungenauen Angaben über die Zahl der Opfer: 38 Tote wurden bis gestern mitgeteilt, aber ein Sprecher der kanadischen Polizei meinte, man müsse mit „bis zu 60 Toden rechnen“.

Dutzende Verletzte wurden in das nahegelegene Krankenhaus von Hinton am Jasper-Nationalpark, einige schwerverletzte nach Edmonton geflogen. Mit Sicherheit steht bereits fest, daß es sich um das schlimmste Eisenbahnglück in der Geschichte Kanadas handelt. Bisher galt der Zusammenstoß von 1947 als das folgenschwerste kanadische Bahnglück: Damals waren 31 Menschen getötet worden.

Das Unglück ereignete sich 13 Kilometer östlich der kleinen 1800 Einwohner großen Stadt Hinton, ein Zentrum des Holzfallens, der Holzverarbeitung und der Papierherstellung. Kurz hinter Hinton wird

die bis dahin zweigleisige Strecke eingeleist, und auf den ersten 60 Metern der eingeleisten Bahnlinie stießen die beiden Züge zusammen: Alle Personenzüge und wenigstens 20 Güterwaggons sowie die Lokomotiven entgleisten. Ein Augenzeuge: „Die Züge mühen sich mit hoher Geschwindigkeit aufeinandergeprallt, sein man kann sich das kaum vorstellen: Mindestens 30 Waggons liegen übereinander und ineinander verkeilt. Ende des Jahres eine Masse Stahl gewahrt, kann kaum noch Einzelwaggons unterscheiden. Außerdem brach sofort ein Feuer aus. Offensichtlich gerieten einige Tankwagen in Brand. Das Feuer mußte von Hubschraubern bekämpft werden.“

Ein mit der Untersuchung der Ursachen für die Katastrophe beauftragter Bahnbeamter erklärte: „Alles ist möglich – ein falsch gestelltes Signal oder menschliches Versagen: Wir sind im Augenblick noch ratlos.“ (SAD)

Erdmagnetischer Sturm über den USA

AP, Boulder
 Einer der stärksten erdmagnetischen Stürme seit 1970 hat am Samstag nach Angaben eines Sprechers der US-Behörde für Ozean- und Atmosphärenforschung in weiten Teilen Nordamerikas die Nachrichtenübermittlung unterbrochen. Die Störungen des normalen erdmagnetischen Feldes stellten für den Funkverkehr mit Satelliten, den Rundfunk und den Flugverkehr Probleme dar. Der Sprecher erklärte, die Atmosphäre habe sich verdichtet und Satelliten aus ihrer Umlaufbahn gedrückt. Man habe Kurskorrekturen vornehmen müssen, um die Sendefähigkeit der Satelliten aufrechterhalten zu können. Auch seien die mit den Stürmen verbundenen Polarlichter weit südlich zu sehen gewesen. Erdmagnetische Stürme sind relativ starke zeitliche Variationen des erdmagnetischen Feldes. Sie sind ein Teil der erdmagnetischen Aktivität, die durch besondere Stromsysteme in der Ionosphäre in 100 bis 10 000 Kilometer Höhe und durch starke Plasma-Schwüngen in der Magnetosphäre angeregt werden.

Erfolgreiche „Welt mobil“

dpa/WVD, Stuttgart
 Mehr als 170 000 Besucher sahen die gestern in Stuttgart zu Ende gegangene „Jahrhundertschau“ des Autowelt. Aus Anlaß des 100. Geburtstags des Automobilbaus hatte Daimler-Benz neun Tage lang die schiedenen Epochen der Automobilgeschichte präsentiert. „Welt mobil“ wird in den nächsten Monaten noch in Hannover, Berlin, Düsseldorf und Mannheim zu sehen sein.

Yamasaki gestorben

rt, Detroit
 Minoru Yamasaki, einer der bekanntesten Architekten der USA, ist, wie erst gestern bekannt wurde, in der vergangenen Woche in Detroit gestorben. Der 73jährige Sohn japanischer Einwanderer erlag einem Krebsleiden. Yamasaki hatte das New Yorker World Trade Center entworfen.

Falschgeld in Hannover

AP, Hannover
 4000 gefälschte US-100-Dollarscheine hat die Polizei am Wochenende im Auto eines 48jährigen Ausländers in Hannover sichergestellt. Nach derzeitigen Kurs haben die „Blüten“ einen Wert von einer Million Mark. Bereits in den vergangenen Wochen wurden in Hannover zwei Männer – ein 54jähriger Gastwirt mit tausend falschen 100-Dollar-Noten und ein 27jähriger Mann – verhaftet.

„Kokolores“ aus Mainz

dpa, Mainz
 Die 32. Ausstrahlung der Fernsehserie „Mainz bleibt Mainz – wie es stinkt und lecht“ ist zwar an den Publikumsrängen vom Vorjahr nicht herangekommen, hat aber überwiegend positive Reaktionen ausgelöst. Die Anrufer beim Sender – diesmal deutlich weniger als die fast 400 bei der Sendung 1985 – kritisierten vor allem, daß in der Bitt kaum noch „Politik“ glosiert, dafür aber viel „Kokolores“ präsentiert wurde. Viele vermühten diesmal den „Til“, die Symbolfigur der literarisch-politischen Mainzer Fastnacht, 18,3 Millionen Menschen haben die fast vierstündige Sendung; 1980 waren es noch 30 Millionen gewesen.

LEUTE HEUTE

Begriffen

Vor der „Little White Chapel“ in Las Vegas steht neuerdings ein Riesenschild, das gar profan verkündet: „Hier hat Joan Collins geheiratet!“ Wer es dem 52jährigen Denver-Star, der im vergangenen November den 14 Jahre jüngeren Peter Holm ehelichte, nachtun will, wird von den Geistlichen, die die modernen Werbestrategien offensichtlich begriffen haben, gerne informiert: Umgerechnet 200 Mark müssen Heiratswillige für eine „Joan-Collins-Hochzeit“ mit Chauffeur, Glitterdekoration und Videoaufzeichnung hinblättern. Kommentator der Namenspatronin: „Denen ist wohl gar nichts heilig.“

Behängt

Zwei uneheliche Kinder werden in den nächsten Monaten im Hause O'Neal zur Welt kommen. Nicht nur Farrah Fawcett schiebt ihre Hochschwangeren O'Neal hinaus, auch dessen Tochter Tatum, die eine romantische Zeremonie mit John McEnroe am Valentinstag angekündigt hatte, will noch warten, bis sie sich den Brautschleier umhängt. Ihre Gründe sind gewichtig: „Ich gehe doch nicht wie ein Elefantbaby zum Altar“, sagt die hochschwangere Jungschauspieler.

Gekniffen

Daß Liz Taylor kein besonderes Zutrauen in ihre angehenden Fahrkünste hat, vermeldete die WELT bereits vor ein paar Tagen. An die Wagenkolonne sei erinnert, mit der die Fahrlehrerin unterwegs war, um im Falle eines Falles nur eigene Autos zu rammen. Für den vergangenen Samstag schien sie sich dann doch ein Herz gefaßt zu haben: Die praktische Führerscheinprüfung stand im Terminkalender. Wie's ausging? Gar nicht! Am Himmel über der Sonnenstadt Hollywood-Diva eine Wolke erspäht haben. Und bei Regen fährt die Taylor nicht.

Geschenkt

Ein Stammgast aus Fernost wurde in diesen Wochen im „Golden Nugget“ gesichtet, einem der Glitzerpaläste von Las Vegas. Täglich lauschte der O'Scheich dem Gesang des Altmeisters Paul Anka, der zur Zeit die Attraktion der Show ist. Am letzten Abend schenkte der unerkannt gebliebene Gönner ihm den Schlüssel zu einem 75 000-Dollar-Sportwagen, münktel man jetzt in Kollegenkreisen. Ob Anka auch mit dem dazugehörigen Auto rechnen kann, ist nicht bekannt.

Die „Schakale“ lauern in ihren Zellen

In Sizilien sieht man dem Prozeß gegen 474 Mafiosi mit gespaltenen Gefühlen entgegen

KLAUS RÜHE/DW, Palermo
 Palermo ist seit dem Wochenende in Alarmzustand. Vor einem der größten Prozesse in der Geschichte der italienischen Justiz, der heute vor einem örtlichen Schwurgericht gegen 474 Mafiosi beginnt, wurden 2000 Polizisten aus ganz Italien zur Verstärkung aufboten. Ununterbrochen ertönt Sirenengeheul, Richter und Polizeikommissare bewegen sich in der Stadt nur mit Sicherheitseskorte. Im Gefängnis von Ucciardone wartet etwa die Hälfte der Angeklagten – die übrigen sind flüchtig oder auf freiem Fuß – in winzigen Zellen auf ihren Prozeß. Die Inhaftierten werden das Zuchthaus auch für den Prozeß nicht verlassen: Im Inneren der Anlage wurde ein gepanzerter Bunker gebaut.

Wie als Auftakt zu dem Mammutverfahren ist am Samstag Pippo Calo, der „Schatzmeister“ der Organisation von einem römischen Gericht zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Seine Aufgabe soll es gewesen sein, das von der „ehrenwerten Gesellschaft“ eingenommene Geld „reinzuwaschen“. Wenn in Palermo unter dem Vorsitz des 60jährigen Alfonso Giordano von heute an 95 Morde verhandelt werden, sitzt Calo wieder auf der Anklagebank.

8000 Aktenseiten hat Giovanni Falcone, der die Untersuchungen leitete, zusammengetragen. Sie sollen durchleuchten, wie die Mafia mit Politik, Wirtschaft und Finanz verknüpft ist. Besonders interessiert zeigt sich die amerikanische Öffentlichkeit: Vier Stunden Satelliten-Übertragungen aus Palermo sind pro Tag geplant.

Eine Hauptrolle in der auf ein Jahr angelegten Verhandlung spielt Tommaso Buscetta. Mit seinen Aussagen hofft der ehemalige Boß, sich Straf nachlass und vor allem Schutz vor Racheakten ehemaliger Konsorten gesichert zu haben. Buscetta sorgte

dafür, daß Hunderte der „Freunde der Freunde“ den Michaelstag 1984 nicht so schnell vergessen werden. An diesem Septembertag holte die Polizei zum großen Schlag gegen die aus, deren Namen „Don Masino“ offenerzigt ausgeplaudert hatte.

Die Bevölkerung sieht dem „Prozesse“ mit gemischten Gefühlen entgegen. Nur wenige sind überzeugt, daß es sich um mehr als eine „Karnavalveranstaltung“ handelt. Allerdings hoffen viele Sizilianer, daß der Prozeß endlich mit den engen Ver-

zwischen Aristokratie und kleinen Bauern – sie trieben Steuern und Pachten ein, wiegelten aber auch Eindringlinge von außen ab. Während die Bedeutung der „Leoparden“, des italienischen Adels, Ende des 19. Jahrhunderts verblaßte, bauten die „Schakale“, die Clans und Familien der „Ehrenwerten Gesellschaft“, ihre Machtstellung vor allem auf der Insel aus. Aus den „Familienbetrieben“ wurde bald ein internationales Verbrechenyndikat, ein Marktführer im Heroinhandel.

Die Sizilianer duldeten zwar lange Mord und Totschlag in ihrer Umgebung, denn „die Freunde der Freunde“ gaben Arbeit und Brot. So kaufte die Organisation Lizenzen für öffentliche Dienstleistungen wie Müllabfuhr oder Straßenreinigung. Dann aber gab es doch erste Anti-Mafia-Demonstrationen in Palermo. Das war im September 1982 nach dem Mord an dem Carabinieri-General Dalla Chiesa. Er soll die bis dahin weitestgehenden Ermittlungen angestellt haben.

Dieser Tage gingen 600 Sizilianer erneut auf die Straße – doch die Parolen klangen diesmal anders: „Wir wollen die Mafia“ forderten sie auf Spruchbändern. Fast alle Demonstranten waren Arbeiter des in Palermo ansässigen Bauunternehmens Lesca-Farsura, das 40 Jahre lang die Stadtreinigung regelte. Die Aufgabe sollen nun zwei römische Firmen übernehmen, die schon mit Entlassungen gedroht haben. Später erläuterten die Demonstranten, die pure Verzweiflung habe sie in die Öffentlichkeit getrieben. Oder war es doch die Angst, irgendwas gegen die Omertà, das oberste Gesetz der Mafia, verstoßen zu haben? Es lautet: „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, und sich an nichts erinnern“ – alles andere nämlich könnte tödlich sein.



Giovanni Falcone: als Leiter der Ermittlungen Siziliens gefürchteter Polizist. (FOTO: AP)

Kompliment für einen nervenstarken Boeing-Piloten

Kritische Situation auf dem Internationalen Flughafen von Chicago Donnerstagabend vergangener Woche: Eine Boeing 727 der United Airlines kommt herunter ohne ausgefahrene Bugräder. Wie ein Artist balanciert der Pilot die Maschine auf den Heckrädern und senkt das Cockpit erst im allerletzten Moment. Eine Glanzleistung, die Nase des Vogels solange in der Luft zu lassen. Die 56 Passagiere

kommen mit dem Schrecken davon. Selbst die Maschine bleibt relativ unbeschädigt. Nicht mehr als ein paar Kratzer. Ein dicker Schaumteppich verhinderte den Funkenflug und vertrieb die Explosionsgefahr. Kompliment dem Piloten, aber auch dem geistesgegenwärtigen Fotografen, der im rechten Moment die Camera hochgerissen hat. (FOTO: AP)

WETTER: Kalt, Schneefall

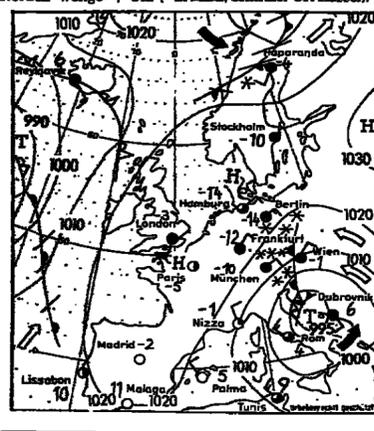
Lage: Die von Nordosten einfließende Kaltluft bleibt für Deutschland wetterbestimmend. In der Höhe gleitet Warmluft aus dem Mittelmeerraum auf. Sie führt besonders im Südosten zu Schneefall.

Vorhersage für Montag: Im Norden aufgehellt, sonst überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und vor allem im Süden länger andauernder Schneefall. In der Mitte nur zeitweise Schneefall, im Norden weitge-

hend niederschlagsfrei. Temperaturen minus 3 bis minus 8 Grad, nachts minus 10 bis minus 15, im Südosten um minus 6 Grad. Schwächer bis mäßiger, im Süden zeitweise böiger Wind um Nordost.

Weitere Aussichten: Abklingende Schneefälle, sonst wenig Änderung. Sonnenaufgang am Dienstag: 7:44 Uhr*, Untergang: 17:30 Uhr, Montag: 9:04 Uhr, Untergang: 20:28 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 10. Feb., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 12 Uhr (MEZ)

Deutschland:	Paris	12	bw
Berlin	-12	S	1
Bielefeld	-14	wf	1
Bremen	-13	bd	1
Dresden	-15	wf	1
Düsseldorf	-17	S	1
Frankfurt	-17	wf	1
Hamburg	-14	wf	1
Köln	-14	wf	1
München	-12	wf	1
Nürnberg	-12	wf	1
Wuppertal	-12	wf	1
Zürich	-12	wf	1
London	-10	wf	1
Madrid	-10	wf	1
Wien	-10	wf	1
Brüssel	-10	wf	1
Amsterdam	-10	wf	1
Oslo	-10	wf	1
Stockholm	-10	wf	1
Helsinki	-10	wf	1
Warschau	-10	wf	1
Prag	-10	wf	1
Bratislava	-10	wf	1
Budapest	-10	wf	1
Belgrad	-10	wf	1
Sofia	-10	wf	1
Aten	-10	wf	1
Jerusalem	-10	wf	1
Tel Aviv	-10	wf	1
Tokio	-10	wf	1
Hongkong	-10	wf	1
Singapur	-10	wf	1
Manila	-10	wf	1
Bangkok	-10	wf	1
Hanoi	-10	wf	1
Yokohama	-10	wf	1
Osaka	-10	wf	1
Kyoto	-10	wf	1
Beijing	-10	wf	1
Peking	-10	wf	1
Shanghai	-10	wf	1
Guangzhou	-10	wf	1
Shenzhen	-10	wf	1
Chengde	-10	wf	1
Xi'an	-10	wf	1
Wen	-10	wf	1
Zürich	-10	wf	1

Welt-Kontakte kann man abonnieren.

Bitte:

Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
 Bitte liefern Sie mir vom nächstnächsten Termin an bis auf weiteres

DIE WELT
 zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Nachname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Beruf: _____
 Vorw./Tel.: _____
 Datum: _____
 Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____ 01-468

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

ZU GUTER LETZT

Wenn das Vertrauen nicht mehr da ist, dann gibt's für mich nur eins: Entweder Vertragsverlängerung oder Aus- Kölns zurückgetretener Fußball-Trainer Hannes Lohr, Samstagabend im Sportstudio.

Handwritten signature or note at the bottom of the page.